

Lokale Maßnahmen gegen antimusli- mischen Rassismus

Handlungsempfehlungen
für Stadtverwaltungen und
ihre Partner*innen

Hinweis zum Inhalt

Die in dieser Veröffentlichung geäußerten Ansichten und Meinungen sind die der Autor*innen (Städte, NGOs und Expert*innen) und spiegeln nicht unbedingt die offizielle Politik oder Position der Herausgeber*innen bzw. der Veröffentlichung insgesamt wider.

Im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus unterstützt die ECCAR eine Vielfalt der Stimmen. Die Beiträge bedingen sich daher nicht gegenseitig, sondern sollen die Bandbreite der Debatte erweitern. Mit diesem Leitfaden soll ein respektvoller und umsichtiger Dialog zu diesem Thema angestoßen werden.

Die ECCAR ist politisch unabhängig. Alle Aktivitäten basieren auf dem Zweck der ECCAR gemäß der Satzung.

Ziel ist es, jede Form von Rassismus und Diskriminierung auf städtischer Ebene zu bekämpfen und damit zum Schutz und zur Förderung von Menschenrechten, von Respekt vor der Vielfalt Europas, von Weltoffenheit, von Toleranz in allen gesellschaftlichen Bereichen und von Völkerverständigung beizutragen.

Mit ihrer Arbeit sensibilisiert die ECCAR die europäische Öffentlichkeit für die Werte einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, um die breite Öffentlichkeit dazu anzuregen, rassistischen bzw. diskriminierenden Meinungen und Verhaltensweisen entschieden entgegen zu treten.

Dieser Leitfaden wurde von der ECCAR-Arbeitsgruppe zu antimuslimischem Rassismus koordiniert.

Herausgeber*innen: Dr.ⁱⁿ Linda Hyökki
und Danijel Cubelic

Koordination: Jana Christ

Übersetzung: Susanne J. Schneider,

Christina Müller

Satz und Gestaltung: renk.studio

© Copyright 2023 European Coalition of
Cities Against Racism (ECCAR e. V.)

Alle Rechte vorbehalten.

Die Vervielfältigung dieses Dokuments ist
ausschließlich für private Zwecke gestattet
und nur in vollständiger und unverän-
deter Form. Die Vervielfältigung dieses
Dokuments für gewerbliche Zwecke ist
untersagt.

**Europäische Städtekoalition gegen Ras-
sismus (ECCAR e. V.)**

Bergheimer Strasse 69

69115 Heidelberg

Telefon: +49 6221 58 155 19

E-mail: office@eccar.info

Website: www.eccar.info

**Kofinanziert von der Europäischen Union.
Die geäußerten Ansichten und Meinungen
entsprechen jedoch ausschließlich denen
des Autors bzw. der Autoren und spiegeln
nicht zwingend die der Europäischen
Union wider. Weder die Europäische Union
noch die Bewilligungsbehörde können
dafür verantwortlich gemacht werden.**

**Die Unterstützung der Europäischen Kom-
mission bei der Erstellung dieser Publika-
tion stellt keine Zustimmung zu ihrem In-
halt dar, der auf den Ansichten der Autoren
basiert. Die Kommission übernimmt keine
Haftung für die mögliche Verwendung der
enthaltenen Informationen.**

Die Umsetzung dieses Leitfadens wäre
nicht möglich gewesen ohne die Unterstüt-
zung der ECCAR-Städte und der Stadtange-
stellten sowie unserer Expert*innen, die
ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Zeit
beigetragen haben. Die ECCAR und die
Herausgeber*innen danken allen Beitra-
genden für die Zusammenarbeit (Kontakt-
daten finden sich am Ende des Leitfadens).



Internationale Koalition inklusiver und
nachhaltiger Städte - ICCAR



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Kofinanziert von der Eu-
ropäischen Kommission

1

Inhalt

2	VORWORT	9
2.1	UNESCO	11
2.2	ECCAR	13
3	AUSGANGSLAGE	15
3.1	Antimuslimischer Rassismus in Europa	16
3.2	ECCAR-Arbeitsdefinition von antimuslimischem Rassismus	20
3.3	Über diesen Leitfaden: Grundprinzip und Methode	26
3.4	Abbildung der Ausgangslage: ECCAR-Umfrage zu Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus	30
3.5	Hoffnung und Sicherheit in der Stadt: Schutz von Muslim*innen in Europa (European Network Against Racism - ENAR)	42
4	AUFGABENFELDER FÜR DIE LOKALE ARBEIT GEGEN ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS	47
4.1	Intersektionalität und vulnerable Gruppen	48
4.1.1	Einführung: ein intersektionaler Ansatz in der Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus	49
4.1.2	Die Bedeutung des Geschlechts	51
4.1.2.1	Viktimisierung muslimischer Männer durch antimuslimischen Rassismus: ECCAR-Interview mit Prof. Peter Hopkins	51
4.1.2.2	Gesellschaftliche Inklusion von muslimischen Frauen (European Forum of Muslim Women, EFOMW)	55
4.1.2.3	Die Notwendigkeit die marginalisierten Stimmen von queeren Muslim*innen in den Fokus zu rücken (Leyla Jagiella)	58
4.1.3	Kommunale Praxisbeispiele	62
4.1.3.1	Runder Tisch für muslimische Frauen (Graz, Österreich)	62
4.1.3.2	Die Bekämpfung von Flüchtlingsfeindlichkeit (Chemnitz, Deutschland)	64
4.2	Die Stadt als Hüterin von Chancengleichheit	68

4.2.1	Ein menschenrechtsbasierter Ansatz zur Politikgestaltung (Dr. Klaus Starl)	69
4.2.2	Die Schaffung lokaler Aktionspläne gegen antimuslimischen Rassismus	71
4.2.2.1	Bologna, Italien	71
4.2.2.2	Barcelona, Spanien	75
4.2.3	Kommunale Praxisbeispiele	78
4.2.3.1	Die Gewährleistung kultursensibler Bestattungen (Toulouse, Frankreich)	78
4.2.3.2	Interkulturelle Kompetenzschulung für Angestellte im öffentlichen Dienst (Wien, Österreich)	81
4.3	Die Stärkung der Bürger*innenbeteiligung	86
4.3.1	Die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus durch die Förderung von Räumen für Ausdruck und künstlerische Kreativität (Dr. ⁱⁿ Amina Easat-Daas)	87
4.3.2	Kommunale Praxisbeispiele	90
4.3.2.1	Die Stadt und die Gemeinschaften an einem Tisch: gemeinsame Planung von Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus (Leipzig, Deutschland)	90
4.3.2.2	Politische Bildung durch muslimische Organisationen (Muslimische Akademie Heidelberg, Deutschland)	94
4.3.2.3	Dienstleister*innen unter muslimischer Selbstverwaltung in der Sozialarbeit und Wohlfahrt (Nicole Erkan)	98
4.3.2.4	Moscheen als Orte der Begegnung und Kooperation: ECCAR-Interview mit Tuncay Nazik von der Moschee Herne-Röhlinghausen	100
4.4	Bürger*innenbildung und Bürger*innendialog	104
4.4.1	Kommunale Praxisbeispiele	105
4.4.1.1	Die Widerlegung von Hassmythen: Das Heidelberger Bündnis für Jüdisch-Muslimische Beziehungen (Heidelberg, Deutschland)	105

4.4.1.2	Marginalisiertes Gemeinschaftsleben in die Mitte holen: Die Muslimischen Kulturtage (Karlsruhe, Deutschland)	108
4.4.1.3	Die Förderung der Arbeit von NGOs (Zürich, Schweiz)	113
4.4.1.4	Vom Fachwissen muslimischer Gemeinschaften pro- fitieren (Kortrijk, Belgien)	114
4.5	Die Bekämpfung von Hassverbrechen und Diskriminierung	116
4.5.1	Voreingenommenheitsindikatoren für antimuslimische Hassverbrechen als Grundlage für Dokumentations- und Berichterstattungssysteme (CLAIM - Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit)	117
4.5.2	Die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus durch spezielle Beratungsstellen - ein Berliner Modell	121
4.5.2.1	Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS)	121
4.5.2.2	Schutz des Rechts auf Unterkunft (Fair Mieten - Fair Wohnen, FMFW)	124
4.5.2.3	Die Gewährleistung von Gleichbehandlung in Schulen (Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen, ADAS)	128
4.5.3	Kommunale Praxisbeispiele	131
4.5.3.1	„Eine sichere Stadt muss auch digital sicher sein“ - Die Bekämpfung von Hass im Netz (Malmö, Schweden)	131
4.5.3.2	Observatorio de las discriminaciones en Barcelona (Barcelona, Spanien)	136
4.5.3.3	„BanHate“: Europas erste App zum Melden von Hassrede (Graz, Österreich)	143
4.5.3.4	Forschung für die Praxis: Muslim*innen und Arbeitsmarktdiskriminierung (Rotterdam, Niederlande)	147

[illegible]

A large, stylized white number '2' is centered within a dark gray circle. The circle is set against a dark gray background that occupies the left half of the page.

Vorwort



Gabriela Ramos,
Assistant Director-
General for Social
and Human Sciences
der UNESCO

Muslim*innen erfahren in ganz Europa weiter Diskriminierung. Laut der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) gab ein Drittel der muslimischen Befragten an, Opfer von Diskriminierung oder Schikane aufgrund von sichtbaren religiösen Zeichen, wie etwa ihre Kleidung, geworden zu sein. Die Zahl der Befragten, die bei der Jobsuche Diskriminierung erfahren, ist ähnlich hoch. Da die Zahl der Muslim*innen in Europa erwartungsgemäß weiter steigen wird – einige Schätzungen gehen davon aus, dass Muslim*innen bis 2050 bis zu 14 % der Gesamtbevölkerung ausmachen werden –, ist das potenzielle Ausmaß der zunehmenden Islamophobie besorgniserregend.

Diese Formen der Diskriminierung sind tief verwurzelt. Es ist bekannt, dass Faktoren wie Race¹, ethnische Zugehörigkeit, kulturelle Identität und Geschlecht die strukturellen Vulnerabilitäten bestimmter Gemeinschaften beeinflussen und prägen. Diese Vulnerabilitäten verschärfen sich im Kontext von Ausnahmezuständen weiter, was sich besonders deutlich an den unverhältnismäßig großen Herausforderungen zeigt, denen ohnehin schon diskriminierte Gruppen, einschließlich Muslim*innen, während der COVID-19-Pandemie gegenüberstanden.

Um solchen Herausforderungen zu begegnen, braucht es einen ganzheitlichen, sensiblen und praktischen Ansatz. Lösungen müssen auf die strukturellen Ursachen von Diskriminierung abzielen, um die persönlichen Erfahrungen von und Folgen für Menschen in vulnerablen Situationen zu verbessern. Kommunalverwaltungen gehören hier zu den zentralen Akteur*innen, die solche Ansätze vorantreiben können. Sie sind nahe genug dran, um die Bedürfnisse und Prioritäten zu verstehen, sie verfügen über die Berechtigung und Befugnis zum Handeln sowie über die Reichweite, auf ganz pragmatischer Ebene etwas zu bewirken.

Seit fast zwei Jahrzehnten stehen bei der UNESCO die Städte im Zentrum ihrer Strategie im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung in all ihren Formen. Der Global Call Against Racism, den die Mitgliedstaaten der UNESCO 2020 als politischen Handlungsauftrag gegen die wachsende Bedrohung durch Rassismus und Diskriminierung – unter anderem im Zuge der COVID-19-Pandemie – veröffentlicht haben, hat diese Stellung noch einmal gefestigt. Im Rahmen dieses Aufrufs wurde eine UNESCO Roadmap Against Racism and Discrimination (Fahrplan gegen Rassismus und Diskriminierung) gefordert, in deren Rahmen lokalen Maßnahmen eine tragende Rolle zukommen sollte, genauso wie ein Global Forum Against Racism and Discrimination (jährliches globales Forum gegen Rassismus und Diskriminierung). Die zweite Ausgabe dieses Forums wurde im

¹In dieser deutschen Fassung des englischen Originaltexts wird der englische Begriff *race* im gesamten Text mit *Race* übersetzt. Geprägt von der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung hat der Begriff *race* im Englischen einen Bedeutungswandel von einer heute wissenschaftlich widerlegten biologistischen Kategorie hin zu einer sozialwissenschaftlichen Analysekategorie durchlaufen. Der Begriff „Rasse“ hingegen wird im deutschen Sprachgebrauch noch immer mit der Idee von vermeintlichen Menschenrassen verknüpft. Durch die Verwendung von *Race* in dieser Übersetzung wird somit auf die soziale Konstruiertheit dieser Kategorie verwiesen.

November 2022 in Mexiko-Stadt ausgerichtet. Auf der Tagesordnung standen mehrere wichtige Bereiche, um wirksamere städtische Maßnahmen im Kampf gegen diese epochale Herausforderung auf den Weg zu bringen.

Der Internationalen Koalition inklusiver und nachhaltiger Städte der UNESCO kommt eine entscheidende Rolle dabei zu, diese neue strategische Vision voranzubringen. Die Regionalbüros konnten hier bereits wichtige Fortschritte erzielen. Eine zentrale Akteurin ist hierbei die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), die im Rahmen des Fahrplans zahlreiche Chancen ergriffen hat. Dazu zählt etwa die Unterstützung der UNESCO Master Class Series gegen Rassismus und Diskriminierung. Mit dieser Reihe wurden über 6000 Teilnehmende erreicht, die über die konkreten Auswirkungen von Rassismus informiert und dazu angehalten wurden, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Die ECCAR-Städte haben außerdem aktiv zum ersten Politikdialog beigetragen, der im Oktober 2022 gemeinsam mit der ICCAR abgehalten wurde, um sich auszutauschen über Erfahrungen und gewonnene Erkenntnisse in Bezug auf den Aufbau eines rechtlichen und institutionellen Rahmens für den Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Außerdem hat die ECCAR viele innovative Initiativen zum Empowerment der Kommunalverwaltungen auf den Weg gebracht. Starke Belege dafür sind die Datenerhebung, die bewährten Verfahren, die gesetzten Maßstäbe, der Kapazitätenaufbau und dieser Leitfaden. Damit legt die ECCAR auf Erfahrung basierende Empfehlungen im Kampf gegen antimuslimische Diskriminierung in den verschiedensten Politikbereichen vor, die in den Zuständigkeitsbereich von Stadtverwaltungen fallen. Weil dass dieser Leitfaden auf konkreten Beispielen aus dem Alltag der Städte beruht – von gemeinsamen Iftar-Veranstaltungen, die von Moscheen im belgischen Löwen ausgerichtet werden, über die Bemühungen der österreichischen Antidiskriminierungsstelle Steiermark, Beziehungen zu muslimischen Frauen aufzubauen – ist er fest in der Praxis verankert. In diesem Leitfaden finden sich das Wissen und die Methodik, welche Kommunalverwaltungen brauchen, um Islamophobie in Europa und weltweit auszumerzen können.

Mein Lob für diese Arbeit geht an die ECCAR und ich freue mich, unsere Kooperation weiter zu entwickeln, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen: Rassismus in all seinen Formen ein Ende zu bereiten.



Benedetto Zacchioli,
ECCAR Präsident



Danijel Cubelic,
ECCAR-Vizepräsident/
Leiter des Amtes für
Chancengleichheit der
Stadt Heidelberg

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen soll „[e]ine gerechte, faire, tolerante, offene und sozial inklusive Welt, in der für die Bedürfnisse der Schwächsten gesorgt wird“, geschaffen werden. Als Mitglied der Internationalen Koalition inklusiver und nachhaltiger Städte (ICCAR) setzt sich die Europäische Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR) dafür ein, dieses Ziel

zu erreichen sowie den gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und städtischen Angeboten für alle sicherzustellen und institutionellen Rassismus auf lokaler Ebene zu bekämpfen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir Vorurteile, Hassrede und Falschinformationen bekämpfen sowie eine Kultur der Vielfalt fördern. Damit wollen wir die demokratische Beteiligung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Antimuslimischer Rassismus als eine Form des kulturellen Rassismus richtet sich gegen Muslim*innen und gegen Personen, die basierend auf rassifizierten Markern der Fremdheit, wie Aussehen, Kleidung, Name oder Sprache, als Muslim*innen gelesen werden. Damit können auch Nicht-Muslim*innen zum Ziel werden, vor allem wenn ihnen ein „Migrationshintergrund“ bzw. eine Herkunft aus einer „muslimischen“ Gesellschaft zugeschrieben wird. Antimuslimischer Rassismus reicht von gewalttätigen Angriffen gegen Menschen und Sachen über Hassrede im Internet bis hin zu struktureller Diskriminierung und Voreingenommenheit in der medialen und politischen Debatte.

Nach der ECCAR-Mitgliederversammlung im Jahr 2020 haben zahlreiche Mitgliedstädte hervorgehoben, wie wichtig die Gründung einer Arbeitsgruppe ist, die sich gezielt mit dem Kampf gegen antimuslimischen Rassismus im jeweiligen lokalen Kontext auseinandersetzt. Die ECCAR erkennt an, dass antimuslimischer Rassismus die Entwicklung inklusiver Städte und das friedliche Zusammenleben in demokratischen, offenen und freien Gemeinschaften behindert. Seit der Gründung unserer Arbeitsgruppe haben über 80 Mitgliedstädte an unseren Workshops und anderen Veranstaltungen teilgenommen. Die Gespräche auf unseren Veranstaltungen haben gezeigt, dass viele europäische Städte antimuslimischen Rassismus mittlerweile als Problem anerkennen, das gezielt bekämpft werden muss.

Als ECCAR erkennen wir den Kampf unserer muslimischen Mitbürger*innen an und arbeiten daran, die Diskriminierung zu beenden und die Religionsfreiheit in allen Lebensbereichen zu schützen. Wir setzen uns für die Förderung von Inklusivität und gegenseitigem Respekt an den Orten ein, an denen sich europäische muslimische Bürger*innen zu Hause fühlen: in den Städten. Unser Ziel ist die Förderung der Anerkennung der Diversität des religiösen und kulturellen muslimischen Lebens als natürlichen Bestandteil europäischer Gesellschaften.

In diesem Leitfaden haben wir kommunale Praxisbeispiele aus 17 europäischen Städten gesammelt, die den großen Einsatz der ECCAR-Städte für Nicht-Diskriminierung belegen. Die Erstellung dieses Leitfadens ist ein entscheidender erster Schritt, um Kommunalverwaltungen, Wissenschaftler*innen, Politikberater*innen und NGOs zusammenzubringen, und so einen Austausch bezüglich optimaler Verfahren und Fachwissen zu ermöglichen, sodass bessere Richtlinien für regionale und lokale Kontexte erarbeitet werden können.

3

Ausgangslage

Antimuslimischer Rassismus in Europa

Je nach Land steht antimuslimischer Rassismus im Zusammenhang mit bestimmten politischen, historischen und gesellschaftlichen Beziehungen. Intoleranz und Hass gegenüber sowie Diskriminierung von Muslim*innen und als Muslim*innen gelesenen Personen weisen jedoch in allen europäischen Ländern Gemeinsamkeiten auf. Studien haben gezeigt, dass Muslim*innen und als Muslim*innen gelesene Personen vielfältige Formen von Stigmatisierung, Diskriminierung und Gewalt erfahren, die von hassmotivierter Gewalt über verbale Beleidigungen bzw. Beleidigungen im Internet bis hin zu Racial und Religious Profiling sowie Missbrauch von Polizeigewalt reichen. Zur strukturellen Diskriminierung gehören der Zugang zu Bildung, zum Arbeits- und zum Wohnungsmarkt sowie Maßnahmen und Gesetze, die indirekt auf Muslim*innen abzielen bzw. diese unverhältnismäßig stark treffen und ihre Religionsfreiheit übermäßig einschränken. Im Rahmen der öffentlichen Debatte in den Medien und dem politischen Diskurs zeigt sich antimuslimischer Rassismus in Form von pauschalisierenden Stigmatisierungen von Muslim*innen und in Form von Othering. Bei dieser Form von Stigmatisierung werden Muslim*innen ausschließlich als gesellschaftliches und politisches Problem wahrgenommen und nicht als Handelnde, die am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und dazu beitragen können.

Ein vor Kurzem erschienener Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) stellt die praktischen Konsequenzen der Normalisierung von antimuslimischem Rassismus dar. Darin tauchen alarmierende Zahlen zu Hassverbrechen in ganz Europa auf. Bis zu 90 % der durch Hassverbrechen viktimisierten Personen melden den Vorfall nicht den Behörden. Zu den gängigen Gründen dafür zählen laut Bericht ein Mangel an Vertrauen in die Behörden und die übermäßige Bürokratie bei der Meldung. Über 40 % der Muslim*innen, die durch Vorurteile motivierte Beleidigungen oder Gewalt erfahren haben, meldeten die Vorfälle nicht, weil sie das Gefühl hatten, eine Meldung ändere nichts.

Die Diskriminierung und die Feindseligkeit, die Muslim*innen in Europa erfahren, treten intersektional auf. Geschlecht, sexuelle Orientierung, (vermeintliche) Ethnie und/oder Race, Hautfarbe, (vermeintliche) religiöse Identität und gesellschaftliche Schicht überlappen sich als Diskriminierungsmotive oft. Da der Islam und damit auch Muslim*innen in Europa als „fremd“ betrachtet werden, erfahren einheimische Muslim*innen wie die Tatar*innen in Finnland und Polen, die Pomak*innen in Bulgarien, die Muslim*innen auf dem Balkan und Konvertit*innen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung ebenso wie Muslim*innen mit Migrationsgeschichte. Die Folgen dieser Diskriminierung und Marginalisierung im gesellschaftlichen und politischen Diskurs sowie dieser sehr greifbaren Formen der Bedrohung sind tief verwurzelt und äußerst disruptiv, auch auf individueller Ebene. Sie können zu Ängsten, zu einem Gefühl der Verwundbarkeit oder der Erniedrigung und zu einem geringen Selbstwertgefühl führen. Außerdem können sie zu einer tiefsitzenden Wut gegen die Mitte der Gesellschaft und ihre Mitglieder führen. Aber auch eine völlige Verleugnung und ungesunde Unterdrückung können die Folge sein. Viele in Europa lebende Muslim*innen fühlen sich konstant dem Druck ausgesetzt,

ihre Identität für eine vorurteilsbehaftete und in manchen Fällen offen antimuslimische Öffentlichkeit akzeptabler zu machen. Unter Umständen verstecken oder spielen sie ihre religiöse Identität daher herunter, um (unbegründeten) Verdächtigungen der Öffentlichkeit vorzubeugen und das ständige Risiko von Diskriminierung oder sogar Gewalt zu senken. Sie haben das Gefühl, nicht öffentlich sichtbar als Muslim*innen auftreten zu dürfen, wenn sie ihre gesellschaftlichen Rechte und ihre Menschenrechte zur Gänze ausüben wollen.

Diese Gefühle führen zu einer dramatischen Situation, in der bereits die Erwartung von Diskriminierung, körperlicher Gewalt und die daraus resultierende praktische Selbstzensur zu ständigem Alltagsstress führen. Diese psychische Belastung kann noch schwerwiegender sein als die tatsächliche Diskriminierungserfahrung. Für Kinder kann das besonders schlimm sein: Studien legen nahe, dass die Beobachtung von rassistischen Vorfällen und das Gefühl, sich in der Kindheit selbst zensieren zu müssen, im späteren Leben zu sozioemotionalen Problemen führen können. Neben diesen Auswirkungen auf den Alltag und die individuelle Psyche hat antimuslimischer Rassismus in Europa eindeutig auch Auswirkungen auf die strukturelle und institutionelle Behandlung von Muslim*innen und als Muslim*innen gelesenen Personen. Muslim*innen erfahren auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierung, was dazu führt, dass ihr Wohnungsstandard geringer ist. Auch auf dem Arbeitsmarkt kommt es zu Diskriminierung. Muslim*innen haben ein niedrigeres Einkommen, sie sind länger und öfter arbeitslos und privilegierte und erstrebenswerte Berufe sind für sie nur eingeschränkt zugänglich. All das führt zu einem niedrigeren Gesundheitsstandard und einem niedrigeren Bildungsstand. Diese strukturelle und institutionelle Diskriminierung hat insbesondere einen Langzeit-Dominoeffekt, der nicht nur den direkt Betroffenen Schaden zufügt, sondern auch künftigen Generationen.

Muslim*innen, die in mehrheitlich nicht-muslimischen europäischen Gesellschaften leben, fühlen sich ständig unter Generalverdacht gestellt. Sie werden oft als Vertreter*innen „aller Muslim*innen“ bzw. mehrheitlich muslimischer Gesellschaften und Nationen sowie deren Politik betrachtet. Regelmäßig wird von ihnen erwartet, sich von Terroranschlägen, bei denen der*die Täter*in Muslim*in war, oder von der Situation in mehrheitlich muslimischen Gesellschaften zu distanzieren. Das ist auch dann der Fall, wenn Muslim*innen, die in mehrheitlich nicht-muslimischen europäischen Gesellschaften leben, keinerlei Verbindung zu Gewalttäter*innen haben und weder in Beziehung stehen zu gewalttätigen Gruppen noch in solchen politisch aktiv sind. Sie haben das Gefühl, sich ständig dafür rechtfertigen zu müssen, Muslim*innen zu sein, und den Islam verteidigen zu müssen.

In den letzten Jahrzehnten hat sich der Fokus des medialen und politischen Diskurses über Muslim*innen in Europa in vielen europäischen Ländern in Richtung „Sicherheitsbedenken“ verschoben, was einen spürbar negativen Effekt auf das Sicherheitsgefühl der muslimischen Gemeinschaften hatte. Dadurch hat die Redefreiheit von Muslim*innen

Schaden genommen und ihre politische Teilhabe wurde eingeschränkt. Junge Muslim*innen, die in einem Umfeld aufgewachsen sind, das durch die Versicherheitlichung des Islam und den „Generalverdacht“ geprägt sind, fühlen sich oft entmutigt und nehmen an Politik und am gesellschaftlichen Leben nicht teil. Muslim*innen, die in so einem gesellschaftlichen und politischen Klima leben und explizit als „Verdächtige“ herausgegriffen wurden, begleitet das Trauma, die Scham und die strukturelle Diskriminierung noch Jahre und Jahrzehnte danach, selbst wenn sie offiziell entlastet wurden. Die Folgen davon sind auf allen gesellschaftlichen Ebenen spürbar. Sie betreffen Erwachsene, die mit der Justiz in Berührung kommen oder Verdächtigungen am Arbeitsplatz ausgesetzt sind, genauso wie Kinder, die im Schulsystem eine ungerechte Behandlung erfahren.

Außerdem können Anti-Terror-Politik bzw. -Maßnahmen eine feindselige Atmosphäre innerhalb von muslimischen Gemeinschaften schaffen und das Vertrauen, das Gemeinschaften bzw. Einzelpersonen in Behörden haben, erschüttern. Dieses mangelnde Vertrauen führt zur Nicht-Meldung von Hassverbrechen und zur Entfremdung auf personeller wie auf gesellschaftlicher Ebene. Das wiederum führt zu einer noch größeren gesellschaftlichen Spaltung und einem noch geringeren Maß an sozialer Integration.

Wie aus den oben aufgeführten Beobachtungen ersichtlich wird, gefährdet antimuslimischer Rassismus die Rechte aller muslimischer Bürger*innen und als Muslim*innen gelesener Bürger*innen in europäischen Ländern sowie ihre Gleichbehandlung und ihre Chancengleichheit in der Gesellschaft. Außerdem stellt antimuslimischer Rassismus auch eine generelle Bedrohung für das friedliche Zusammenleben in einer demokratischen, offenen und freien Gesellschaft dar. Werte wie Demokratie, Freiheit und ein offener Diskurs werden oft als inhärenter Teil europäischer Gesellschaften verstanden. Sie gehören zu den Grundwerten der Europäischen Union und des Europarats. Daher ist es von grundlegender Bedeutung, der Gefährdung dieser Werte durch antimuslimischen Rassismus zu begegnen.

Politische Inklusionsmaßnahmen auf lokaler Ebene können enorme Auswirkungen in Bezug auf den Schutz dieser Werte haben. Im Rahmen dieser Maßnahmen sollte es z. B. einfache und niedrigschwellige Möglichkeiten zur Meldung von Diskriminierung und Rassismus geben, der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen der Zivilgesellschaft und der lokalen politischen Strukturen sollte für ein breiteres gesellschaftliches Spektrum gewährleistet werden und die politische Stimme der von antimuslimischem Rassismus betroffenen Menschen sollte gestärkt werden. Schließlich setzt sich die ECCAR für gleichberechtigte, inklusive und solidarische Gesellschaften sowie den Schutz der Bürger*innen unserer Städte vor Diskriminierung jedweder Art ein.

ECCAR- Arbeits- definition von antimus- limischem Rassismus

Europäische und globale Institutionen wie ECRI (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz), FRA (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte), die Koordinatorin der Kommission zur Bekämpfung von Hass gegen Muslime, das ODIHR (Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE) und der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Religions- und Weltanschauungsfreiheit haben in der Vergangenheit in ihren Berichten verschiedene Termini verwendet, darunter „Islamophobie“, „antimuslimischer Hass“, „Diskriminierung von Muslim*innen“ und „Vorurteile gegenüber Muslim*innen“ sowie „antimuslimischer Rassismus“, um die Diskriminierung und Feindseligkeit, die Muslim*innen erleben, zu beschreiben. Für die ECCAR ist „antimuslimischer Rassismus“ dabei vor allem deshalb ein starker Begriff, weil er auf einem Verständnis von Race als Produkt und nicht als Voraussetzung von Rassismus beruht. Damit erkennen wir auch die historischen und strukturellen Aspekte des Phänomens als Form von Rassismus an.

Bei diesem Verständnis von Race und Rassismus spielt das Konzept der Rassifizierung eine wichtige Rolle. Die ECRI definiert Rassifizierung als „Prozess der Zuschreibung von Merkmalen und Attributen, die als der betreffenden Gruppe angeboren dargestellt werden, und der Erschaffung von falschen gesellschaftlichen Hierarchien bezogen auf die Race sowie die damit einhergehende Ausgrenzung und Feindseligkeit“.¹ Im Prozess der Rassifizierung von Muslim*innen wird die tatsächliche oder vermeintliche „Muslimhaftigkeit“ als Marker für eine minderwertige „Andersartigkeit“ gedeutet, so wie Race früher als angeborener körperlicher oder biologischer Marker von Minderwertigkeit betrachtet wurde. Im Rahmen von antimuslimisch-rassistischen Denk- und Handlungsweisen werden alle als muslimisch gelesenen Personen als einer „anderen Race“ zugehörig und damit als minderwertig eingestuft. Das ist mit ein Grund, warum die ECCAR

antimuslimischen Rassismus als besonders gefährlich für die Gesellschaft und für das demokratische Zusammenleben betrachtet. Wegen ihres Aussehens können etwa Sikhs oder arabische Christ*innen/Jüd*innen als Muslim*innen gelesen und aufgrund von antimuslimischem Rassismus diskriminiert werden.

Trotz der weit verbreiteten Behauptung, dass „Muslim*innen nicht zu Europa gehören“, können der Islam und auch Muslim*innen auf eine lange Geschichte in Europa zurückblicken. In Teilen Spaniens, Portugals und Italiens waren große Teile der Bevölkerung im Mittelalter muslimisch. Auch unter christlicher Herrschaft lebten dort bis weit in die Moderne weiter Muslim*innen (wenn auch oft insgeheim bzw. im Untergrund). Die lange interreligiöse Geschichte der Iberischen Halbinsel führte zu einem kulturellen und religiösen Austausch und zu einer beeindruckenden Produktion von Wissen, das später die europäische Renaissance und schließlich die Entstehung des modernen Europas prägen sollte. Auch in Ländern wie Frankreich, Kroatien und Ungarn (lange vor der Ansiedelung der muslimischen Bevölkerung unter der Osmanischen Herrschaft) gab es schon seit dem Mittelalter muslimische Minderheiten. In Polen und Litauen sind seit dem 15. Jahrhundert durchwegs muslimische Tatar*innen vertreten gewesen, in Finnland seit dem 19. Jahrhundert. Unter Osmanischer Herrschaft etablierten sich die muslimischen Minderheiten im heutigen Griechenland, Bulgarien und Rumänien, wo sie bis heute leben. In zahlreichen Mitgliedsländern des Europarates gibt es heute größere muslimische Bevölkerungsteile bzw. gar mehrheitlich muslimische Bevölkerungen, beispielsweise in Albanien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien und der Türkei. Muslimische Gemeinschaften standen mit nicht-muslimischen Gemeinschaften in Europa über Jahrhunderte hinweg im Austausch und prägten so die europäische Kultur, Politik und Wissenschaftsgeschichte. Auf die europäische Identität hatten sie einen langfristigen positiven Einfluss. Diese alte muslimische Geschichte in Europa setzt sich auch in der neuen globalisierten Welt fort, die durch Migration und transnationale Beziehungen geprägt ist. In den letzten 60 bis 70 Jahre sind neue muslimische Gemeinschaften – zumeist bestehend aus neuen Immigrant*innen aus mehrheitlich muslimischen Ländern und ihren Nachkommen und zu einem geringeren Maße auch aus Einheimischen, die zum Islam konvertiert sind – zu einem natürlichen Bestandteil vieler europäischer Gesellschaften geworden.

Trotz der langen Geschichte der Muslim*innen und des Islam in Europa sind Muslim*innen in der europäischen Wahrnehmung seit jeher „die Anderen“. Sowohl in der iberischen als auch der südost- und zentraleuropäischen Geschichte wurden Muslim*innen oft mit der politischen Bedrohung durch erobernde Nationen assoziiert, beispielsweise mit der muslimischen Herrschaft in al-Andalus oder im Osmanischen Reich. In einigen post-osmanischen Gesellschaften ist insbesondere die rhetorische Distanzierung von der muslimischen Vergangenheit und den muslimischen Einflüssen auf Kultur und Gesellschaft Teil der nationalistischen Ideologie geworden. Andere Länder wie Ungarn oder Polen kultivieren oft den Mythos, eine „Mauer gegen den Islam“ zu sein – ein Bild, das in rechtsgerichteten und konservativen politischen Diskursen aktuell gern verwendet

wird. In Westeuropa wurde gezielt ein Bild von Europa geschaffen, das muslimische Gemeinschaften und ihre Beiträge unsichtbar macht.

Während des kolonialen Imperialismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert herrschten mehrere europäische Staaten über muslimische Bevölkerungen, vor allem Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande und das Vereinigte Königreich. Die Vorstellung der Überlegenheit der Weißen nicht-muslimischen europäischen Gesellschaft und Kultur über den Islam und die Muslim*innen war ein starker ideologischer Antrieb für die kolonialen Vorhaben. Damit wurde die Darstellung von Muslim*innen als den „ewigen Anderen“ in Europa gestützt. Auch hier findet sich bereits eine aufkommende Wahrnehmung von Muslim*innen als „Sicherheitsrisiko“, da religiöse Bewegungen und Aufstände in der muslimischen Welt oft als Bedrohung für die Kolonialherrschaft angesehen wurden.

Diese Bilder wurden im Kontext westlicher (also auch europäischer) postkolonialer Geopolitik wiederbelebt, vor allem im „Krieg gegen den Terror“, der nach den tragischen Ereignissen vom 11. September ausgerufen wurde. Das hat eine globale Gewaltspirale ausgelöst, in der der Islam von dschihadistischen Terrorist*innen unterwandert und im Folgenden darauf reduziert wurde. Diese Wahrnehmung diente als Rechtfertigung für mehrere Kriege und Menschenrechtsverletzungen auf der ganzen Welt. Auch diente sie als Rechtfertigung für die europäische Immigrationspolitik und verstärkte Gewalt gegenüber Migrant*innen an den EU-Grenzen. Die Berichterstattung sowie die politischen Entwicklungen in ganz Europa zeugen davon, dass antimuslimischer Rassismus befeuert wird von Nationalismus, Fremdenhass und politischem Populismus, die in den letzten zehn Jahren in allen europäischen Ländern zugenommen haben. In der öffentlichen Wahrnehmung vieler europäischer Gesellschaften sind Muslim*innen meist ein Problem –, keine Mitglieder einer religiösen und kulturellen Gemeinschaft, die seit Langem und bis heute einen positiven Beitrag zum europäischen Leben leistet.

Die Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus muss daher auf dem Verständnis fußen, dass die Stärkung der Beteiligung von muslimischen Bürger*innen und ihrer politischen Teilhabe in Europa die Beziehungen zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen verbessert. Diskriminierende politische Maßnahmen und ausgrenzende öffentliche Haltungen hingegen schaden der sozialen Integration, dem Frieden und der Sicherheit. Antimuslimischer Rassismus muss zwingend als Hindernis für die erfolgreiche politische und wirtschaftliche Entwicklung einer multikulturellen Post-Migrationsgesellschaft in ganz Europa betrachtet werden.

Alle ECCAR-Mitglieder streben danach, die Inklusion und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verbessern. Trotzdem stellt jede Stadt einen eigenen lokalen Kontext dar, der durch verschiedene Faktoren bestimmt wird, die die Inklusionsarbeit behindern können. Dazu gehören die verfügbaren finanziellen Mittel für den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus, die Struktur der Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung, das verfügbare Personal, die Größe und Demographie der lokalen muslimischen Gemeinschaft und die historischen Beziehungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den ethnischen bzw. religiösen Minderheiten. Antimuslimischer Rassismus durchdringt alle

gesellschaftlichen Schichten und Lebensbereiche. Die ECCAR-Städte erkennen antimuslimischen Rassismus dementsprechend einerseits als strukturelles Problem an, andererseits als Ideologie und Triebkraft, die das friedliche Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften gefährden. Trotz bestehender Herausforderungen haben die ECCAR-Städte schon große Anstrengungen unternommen, um bewährte Maßnahmen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus in verschiedenen Bereichen umzusetzen. Dazu zählen Medien, politischer Diskurs, institutionelle Gleichbehandlung, Freizeit, Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung, Privatsektor, Arbeitsmarkt, Strafverfolgung und Justiz sowie die Alltagsbeziehungen zwischen verschiedenen Gruppen.

Um die Mitgliedstädte bei der Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus auf lokaler Ebene zu unterstützen, hat die Arbeitsgruppe eine Arbeitsdefinition zu diesem Thema erstellt. Im globalen Einsatz gegen antimuslimischen Rassismus mangelt es oft an den richtigen Definitionen der verwendeten Terminologie, sodass Praktiken sich nicht durchsetzen und unter anderem auch die Entwicklung und die Umsetzung effizienter und gezielter politischer Maßnahmen erschwert wird. Wir weisen darauf hin, dass diese Definition nicht verbindlich ist. Nichtsdestotrotz kann sie als Basis für die Kooperation zwischen der ECCAR, ihren Mitgliedstädten und Partner*innen dienen. Außerdem können die Städte diese Definition an ihre jeweiligen lokalen Kontexte anpassen. Die ECCAR verwendet in diesem Leitfaden den Begriff antimuslimischer Rassismus. Wir weisen jedoch darauf hin, dass in einigen der nachfolgenden Beiträge andere Begriffe verwendet werden, wie beispielsweise Islamophobie, da dieser Terminus vor allem im englischsprachigen Diskurs weithin akzeptiert ist. Der Runnymede Trust Report 2017, *Islamophobia: Still a Challenge for Us All*^{III} (Islamophobie: Immer noch eine Herausforderung für uns alle), definiert Islamophobie als „antimuslimischen Rassismus“. Hier zeigt sich, dass diese Begriffe sich überlappen können. Diese Definition wurde mit Expert*innen und den ECCAR-Mitgliedstädten in einem Online-Meeting im Oktober 2021 diskutiert und auf der Mitgliederversammlung der ECCAR im Dezember 2021 in Bordeaux vorgestellt.

ECCAR-Arbeitsdefinition von antimuslimischem Rassismus

Antimuslimischer Rassismus umfasst die Diskriminierung, den Hass und die Ausgrenzung, die Muslim*innen oder als Muslim*innen gelesene Personen aufgrund ihrer (vermeintlichen) religiösen Identität erfahren. Es handelt sich um eine Ideologie, die in allen gesellschaftlichen Schichten präsent ist und die von der Straße bis hinauf in die höchsten behördlichen Ebenen wirkt. Gemäß dieser Ideologie gelten Muslim*innen als grundlegend anders als Nicht-Muslim*innen und verdienen daher keine Gleichbehandlung. Antimuslimischer Rassismus wirkt intersektional. Die Betroffenen können also gleichzeitig auch andere Formen der Diskriminierung erfahren, die auf Geschlecht, religiöser Identität, Ethnie oder Hautfarbe und Gesellschaftsschicht basieren. Die Erfahrung von antimuslimischem Rassismus kann bei muslimischen Frauen of Colour ganz anders sein als bei Weißen muslimischen Männern. Antimuslimischer Rassismus kann explizit oder implizit in Form von Verhalten, Gesten, verbaler Kommunikation, struktureller Diskriminierung oder körperlicher Gewalt auftreten. Da antimuslimischer Rassismus ähnlich wie andere Formen von Rassismus wirkt, dient er vorrangig dazu, Muslim*innen von den gleichen Rechten und Vorteilen der Staatsbürgerschaft auszuschließen, die Nicht-Muslim*innen genießen. Dies geschieht durch Othering bis zu dem Maße, dass möglicherweise gar die Grundrechte der Muslim*innen verletzt werden. Antimuslimischer Rassismus befeuert Hass unter den verschiedenen Bürger*innengruppen und gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Grundsätze der Demokratie.

gesellschaftlichen Schi
limischen Rassismus de
seits als Ideologie und
Gesellschaften gefährde
te schon große Anstren
gegen antimuslimische
zählen Medien, politisc
leistungen und Gesund
Justiz sowie die Alltags

Um die Mitgliedstäd
lokaler Ebene zu unters
Thema erstellt. Im glob
an den richtigen Defini
durchsetzen und unter
und gezielter politische
Definition nicht verbind
zwischen der ECCAR, il
nen die Städte diese De
verwendet in diesem Le
jedoch darauf hin, dass
werden, wie beispielsw
chigen Diskurs weithin
Still a Challenge for Us (201
alle), definiert Islamop
diese Begriffe sich über
Diese Definition wurde
line-Meeting im Oktobe
im Dezember 2021 in Bo

**Antimuslimischer
Rassismus muss
zwingend als Hinder-
nis für die erfolgrei-
che politische und
wirtschaftliche Ent-
wicklung einer multi-
kulturellen Post-Mi-
grationsgesellschaft
in ganz Europa be-
trachtet werden.**

Über diesen Leitfaden: Grundprinzip und Methode

Um die Mitglieder im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus zu unterstützen, hat die ECCAR im Dezember 2020 eine ständige Arbeitsgruppe unter Leitung der Stadt Heidelberg eingerichtet, die von der Europäischen Kommission finanziell gefördert wird. Bei der Gründung der Arbeitsgruppe wurden die Ergebnisse der ECCAR-Mitgliederversammlung 2020 (am 19. und 20. November in Bologna) zugrunde gelegt, bei der auch ein Treffen der Arbeitsgruppe zu antimuslimischem Rassismus stattfand. Eine erste wichtige Empfehlung war die Gründung einer strukturierten Arbeitsgruppe, um lokale politische Maßnahmen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus in den ECCAR-Mitgliedstädten zu besprechen. Die Arbeitsgruppe wurde gegründet, damit die produktiven Diskussionen bei der Mitgliederversammlung nicht ungenutzt bleiben, sondern als erster Schritt eines längeren Prozesses dienen würden, in dessen Verlauf bewährte Maßnahmen, Instrumente und Lösungen ausgetauscht werden würden.

Die Arbeitsgruppe hielt ihr erstes Treffen im April 2021 ab und begann mit der Arbeit am Projekt zu bewährten Maßnahmen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus auf lokaler Ebene. Ziel des Projektes über die nächsten zehn Monate war eine Analyse, inwiefern Kommunalverwaltungen in ihrer Funktion als demokratische Institutionen, Gesetzgeberinnen, Arbeitgeberinnen, Dienstleisterinnen und öffentliche Auftraggeberinnen gegen antimuslimische Intoleranz, Diskriminierung und antimuslimischen Hass vorgehen können. Im Juni 2021 schuf die ECCAR die Stelle eines*einer Arbeitsgruppenkoordinator*in, nachdem die Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission der Städtekoalition eine Förderung zugesprochen hatte. Zwischen Juni 2021 und Januar 2022 sammelte und dokumentierte die Arbeitsgruppe bewährte Initiativen verschiedener europäischer Städte, die sich auf antimuslimische Intoleranz, Diskriminierung und antimuslimischen Hass in verschiedenen Bereichen konzentrieren und dabei auf verschiedene Strategien setzen.

Diskriminierungserfahrungen und Hassverbrechen sind oft von Intersektionalität gekennzeichnet, da viele Muslim*innen und als Muslim*innen gelesene Personen vielschichtige Identitäten haben, bei denen auch Ethnie, Race, Geschlechtsidentität und Gesellschaftsschicht eine Rolle spielen. Diese verschiedenen Identitäten können sich bei Gewalt- und Diskriminierungserfahrung überlappen und machen bestimmte Bevölkerungsgruppen auf verschiedene Arten vulnerabel gegenüber antimuslimischem Rassismus. Als Reaktion darauf hat die ECCAR sich verpflichtet, die verschiedenen Perspektiven von muslimischen Frauen, Männern, Angehörigen der LGBTQI+-Community und Geflüchteten hervorzuheben.

Die Sammlung der kommunalen Praxisbeispiele lief in zwei Schritten ab: Es gab eine Umfrage zur Bestandsaufnahme und individuelle Gespräche mit Städten zu ihren bewährten Maßnahmen. Bis Dezember 2021 hatte die Arbeitsgruppe alle bewährten Praxisbeispiele gesammelt und diese auf der Website der ECCAR veröffentlicht. Unter den bewährten Maßnahmen sind Beispiele von einer größtmöglichen Zahl an Städten, um die geographischen Unterschiede bestmöglich abzubilden. Einerseits war das nötig, um die geographische Vielfalt der ECCAR-Mitgliedstädte abzubilden. Andererseits sollte die geographische Vielfalt der abgedruckten Beispiele auch die Lebensrealitäten der muslimischen Gemeinschaften in ganz Europa abbilden.

Dieser Leitfaden ist das Ergebnis der Bemühungen der Arbeitsgruppe, die Zahl der Veröffentlichungen zu bewährten Maßnahmen auf der Website der ECCAR zu erhöhen.

Im Laufe des Jahres 2022 hat die Arbeitsgruppe die bewährten Praxisbeispiele für diesen Leitfaden überprüft, erweitert und nach Thema geordnet, sodass nun sechs verschiedene Aufgabenfelder der Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus abgedeckt werden konnten. Dem wurden Beiträge von Interessenvertreter*innen und Expert*innen aus den entsprechenden Fachbereichen hinzugefügt – darunter Beiträge von Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen von NGOs –, die die vorgestellten bewährten Maßnahmen im jeweiligen Themenfeld begleiten. Dieser Leitfaden richtet sich an verschiedene Interessenvertreter*innen, wie Forscher*innen, Journalist*innen, Aktivist*innen sowie Politiker*innen und vor allem die Mitgliedstädte der ECCAR, damit diese von den Beispielen lernen können und das Wissen in ihren jeweiligen lokalen Kontext übertragen können.

Aufgabenfelder für die lokale Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus

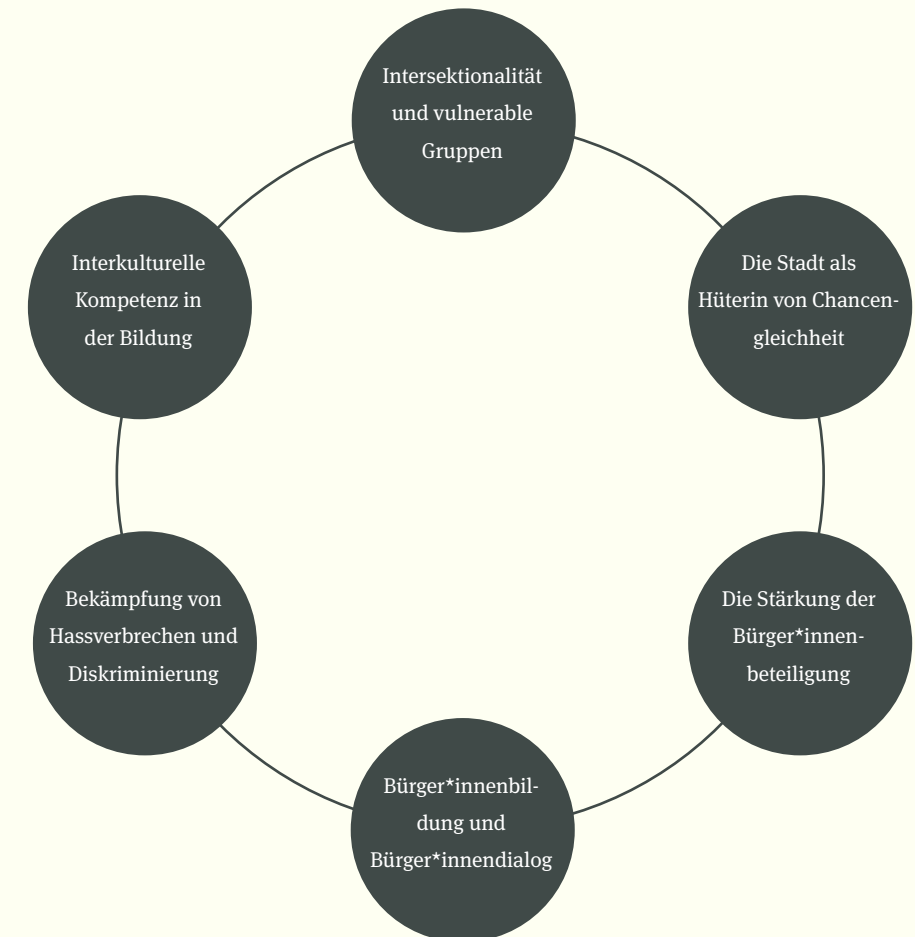
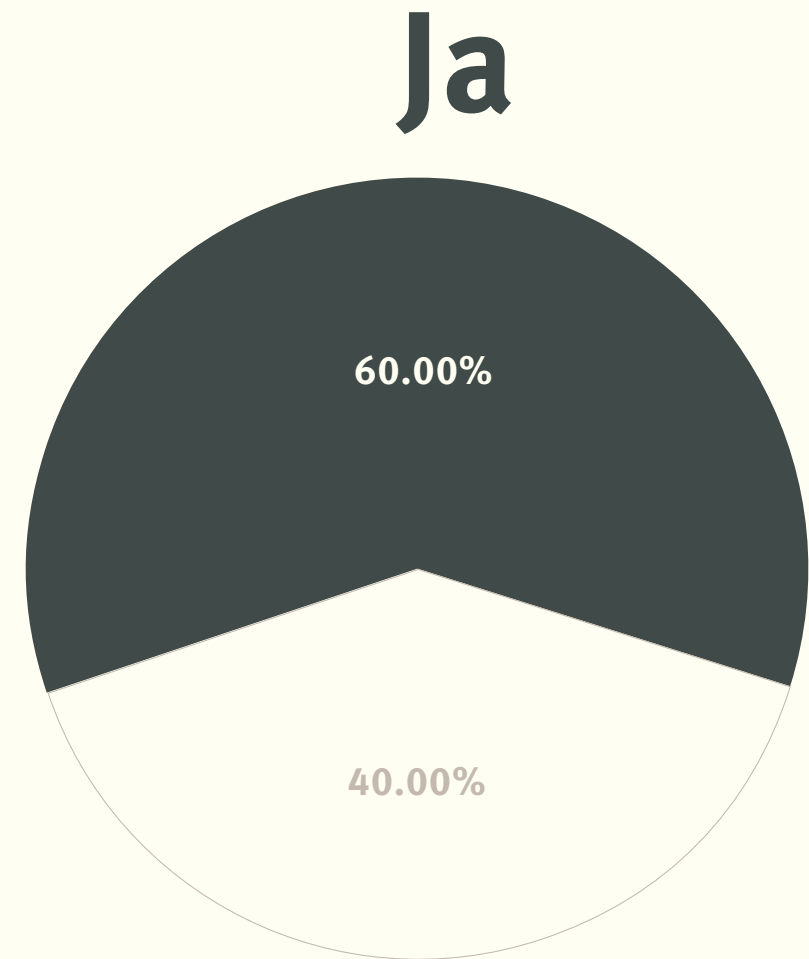


Abbildung der Ausgangslage: ECCAR-Umfrage zu Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus

30

31

Hat Ihre Stadt Erfahrung mit Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus (Maßnahmen, die sich gezielt gegen antimuslimischen Rassismus richten, egal ob vorrangig oder nachrangig)?

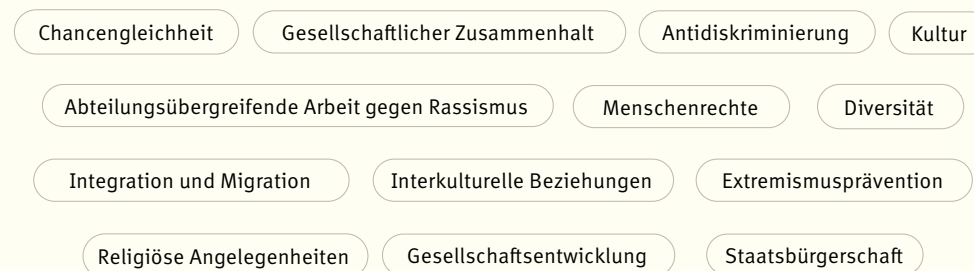


Nein

Die ECCAR-Arbeitsgruppe zu antimuslimischem Rassismus wurde im Dezember 2020 gegründet, um die ECCAR-Mitgliedstädte bei ihrer aktuellen Arbeit in diesem Themenfeld zu unterstützen und denjenigen Städten zur Seite zu stehen, die das Thema in ihrem jeweiligen lokalen Kontext erst noch angehen möchten. Eine Umfrage von 2021 zum Stand der Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus ergab, dass etwa die Hälfte der ECCAR-Mitgliedstädte (N=42) Erfahrung mit lokalen Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus hatte.

Die ECCAR-Mitgliedstädte haben die Arbeit zu antimuslimischem Rassismus an verschiedenen Stellen innerhalb der Stadtverwaltung integriert. Die Entscheidung, die Arbeit einer Abteilung, einem Amt oder einem*einer Beauftragten zu übertragen, der*die sich ausschließlich mit der Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus befasst, spiegelt auch die Bedeutung wider, die dem Thema innerhalb der Stadtverwaltung eingeräumt wird. Wenn die Arbeit zu antimuslimischem Rassismus von einer Abteilung ausgeführt wird, die sich nicht ausschließlich mit diesem Thema beschäftigen kann, wirkt sich das auf die Arbeitsstunden und die Arbeitskraft aus, die die Stadt dem Thema widmen kann. Auch die Agenda der Abteilung insgesamt beeinflusst die Herangehensweise an das Thema. Wird das Thema antimuslimischer Rassismus beispielsweise aus der Perspektive der Integration angegangen, so vernachlässigt das die Diversität der betreffenden muslimischen Gemeinschaft zur Gänze. In zahlreichen europäischen Gesellschaften, deren muslimische Gemeinschaft sich durch Migration vergrößert hat, leben mehrere Generationen von Muslim*innen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Bedürfnisse dieser verschiedenen Gruppen innerhalb einer muslimischen Gemeinschaft angemessen abgebildet werden und dass Bemühungen unternommen werden, diese Bedürfnisse zu erfüllen. Wenn man antimuslimischen Rassismus nur unter dem Aspekt der „Integration von migrantischen Gemeinschaften und Sicherheitsbedenken“ angeht, so begrenzt das die Bedeutung und Reichweite des Themas. Die gesellschaftliche Integration ist ein wichtiges Ziel für alle Mitglieder der Gesellschaft. Muslim*innen stellen kein besonderes Problem für die Integration dar und antimuslimischer Rassismus bzw. andere Schwierigkeiten, denen muslimische Gemeinschaften gegenüberstehen, sind nicht nur das Resultat einer gescheiterten Integration.

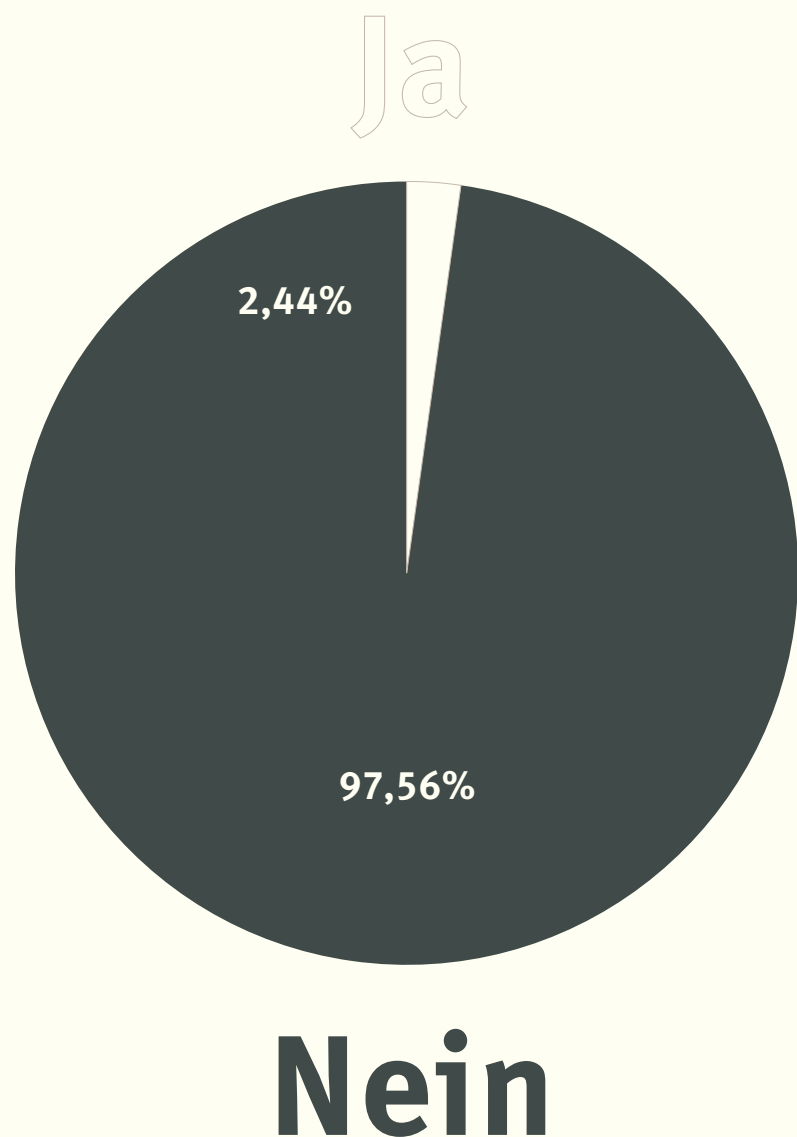
Einige ECCAR-Städte haben jedoch gezielte kommunale Aktionspläne gegen antimuslimischen Rassismus. Beispiele dazu finden sich in Kapitel 4.2.2. Wie die Umfrage zeigt, hat nur eine Stadt eine Abteilung/Ansprechperson, die sich ausschließlich auf die Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus konzentriert. Bei den restlichen befragten Städten ist die Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus in verschiedenen Abteilungen beheimatet und bezieht sich auf folgende bereichsübergreifende Aspekte:



Dabei zeigt sich auch, dass sich die Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus im Rahmen von Projekten je nach Struktur auch an den Abteilungszielen ausrichten müssen und dass es ggf. notwendig ist, die Projekte breiter aufzustellen. Eine deutsche Stadt etwa berichtete, dass man sich der problematischen Berichterstattung in den Medien und der damit einhergehenden Stigmatisierung von Immigrant*innen bewusst sei. Diese behindere ihre Bemühungen, den Integrationsprozess positiv zu gestalten, und bremsen damit auch die Antirassismusbearbeitung insgesamt. Der Umgang mit der Rolle der Medien bei der Verbreitung von negativen Stereotypen und antimuslimischen Narrativen wird in diesem Leitfaden anhand von verschiedenen Beispielen für bewährte Maßnahmen thematisiert. Viele Städte haben Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus in ihre Integrationspolitik, Projekte für den interreligiösen Dialog, allgemeine Antirassismusprojekte oder Menschenrechtsprojekte integriert. Allerdings würden viele Städte gern einen stärkeren Fokus auf antimuslimischen Rassismus legen. Ein*e städtische*r Vertreter*in aus Schweden merkte an, dass man bei der Arbeit vor Ort die verschiedenen Arten von Rassismus normalerweise nicht erfasse. Man erkenne aber die Notwendigkeit dieser Arbeit – also die Notwendigkeit, mehr als nur allgemeine Antirassismusbearbeitung zu betreiben und sich gezielt auf Phänomene wie antimuslimischen Rassismus zu konzentrieren – an.

Insgesamt fallen die Projekte, deren primärer oder nachrangiger Fokus auf antimuslimischem Rassismus liegt, hauptsächlich unter Programme zur Bürger*innenbildung, die die breite Öffentlichkeit für Muslim*innen und den Islam sensibilisieren sollen. Diese Initiativen tragen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus auf der Mikro-Ebene der Gesellschaft bei. Dabei handelt es sich um einen Beitrag von grundlegender Bedeutung, wenn man bedenkt, in welchem Maße diese Initiativen die Haltungen von Einzelpersonen beeinflussen können, was wiederum dazu führt, dass diskriminierendes oder hasserfülltes Verhalten gegenüber Muslim*innen verhindert werden kann. Die ECCAR erkennt die bedeutende Rolle an, die den Kommunalverwaltungen im Hinblick auf eine Veränderung der aktuellen Lage zukommt. Kontroll- und Meldemechanismen können auf lokaler Ebene gut in Kooperation mit NGOs einerseits und staatlichen Behör-

*Hat Ihre Stadt eine Abteilung/Ansprechperson,
die sich ausschließlich mit der Bekämpfung von
antimuslimischem Rassismus befasst?*



den andererseits eingeführt werden. Darüber hinaus können die auf Meldeplattformen mit niedrigschwelligen Angeboten für Opfer von Hassverbrechen und Diskriminierung gesammelten Daten aggregiert und an staatliche Behörden auf staatlicher Ebene weitergegeben werden. Das erhöht die Sichtbarkeit der Viktimisierung und trägt dazu bei, solidere politische Maßnahmen gegen Hassverbrechen und Diskriminierung zu ergreifen. In Kapitel 4.5 dieses Leitfadens stellen wir exemplarisch einige bewährte Maßnahmen für Mechanismen vor, um gegen strukturelle Diskriminierung und die anhaltenden Gefahren von Hass im Netz vorzugehen.

Mit Bildungsprogrammen in Schulen werden ähnliche Ziele verfolgt. Sie wirken sich unmittelbar auf die Beziehungen unter Schüler*innen aus und tragen zu einer besseren Lernatmosphäre für alle bei. Die Beispiele in Kapitel 4.6.2 zeigen, inwiefern Programme Schüler*innen Gelegenheit geben können, ihre interkulturellen Kompetenzen zu erweitern, indem sie mit jungen erwachsenen Muslim*innen in ein Gespräch treten und ihnen Fragen stellen. Projekte wie diese, aber auch andere, zielen auf die Erweiterung der Kompetenzen von Lehrer*innen in der Interaktion mit muslimischen Schüler*innen ab, die unter Umständen aus diversen Sprach- und Kulturräumen kommen und möglicherweise die jeweils vorherrschenden und dominanten Sprachen nur begrenzt sprechen. Die Projekte tragen entscheidend dazu bei, Barrieren zu überwinden und die religiöse Alphabetisierung zu verbessern. Wichtig ist, dass diese Programme aufgrund ihres flexiblen Designs an verschiedenen Orten und in verschiedenen demografischen Kontexten eingesetzt werden können.

Ein weiterer wichtiger Teil der Projekte ist das Empowerment der muslimischen Gemeinschaft hinsichtlich der Bürger*innenbeteiligung. So wird die Sichtbarkeit der Gemeinschaft verbessert, damit sie als integraler Bestandteil von demokratischen Gesellschaften verstanden wird. Solche Maßnahmen bieten muslimischen Bürger*innen einen Rahmen, um unterschiedliche Rollen einnehmen zu können und in diesen auch Gehör zu finden. Anstatt als „Problem“ wahrgenommen zu werden, sieht man sie als Teil der Lösung für gesellschaftliche Fragen, die alle Bürger*innen betreffen, wie in Kapitel 4.3 durch Beispiele von ECCAR-Städten illustriert und von Dr.ⁱⁿ Amina Easat-Daas ausgeführt wird. Die Muslimische Akademie Heidelberg ist ein hervorragendes Beispiel für solch eine Initiative. Auch viele andere Programme stehen mit politischen Maßnahmen von ECCAR-Mitgliedstädten im Bereich Antidiskriminierung in Verbindung. Das zeugt von einem bereits vorhandenen und stark ausgeprägten Bewusstsein für die Probleme, die durch antimuslimischen Rassismus hervorgerufen werden. Gezielte Initiativen mit einem Schwerpunkt auf dem gleichberechtigten Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt sind jedoch immer noch die Ausnahme. Das einzige Beispiel für eine bewährte Maßnahme, von der die ECCAR Kenntnis hat, kommt bislang aus Berlin und wird in Kapitel 4.5.2 vorgestellt.

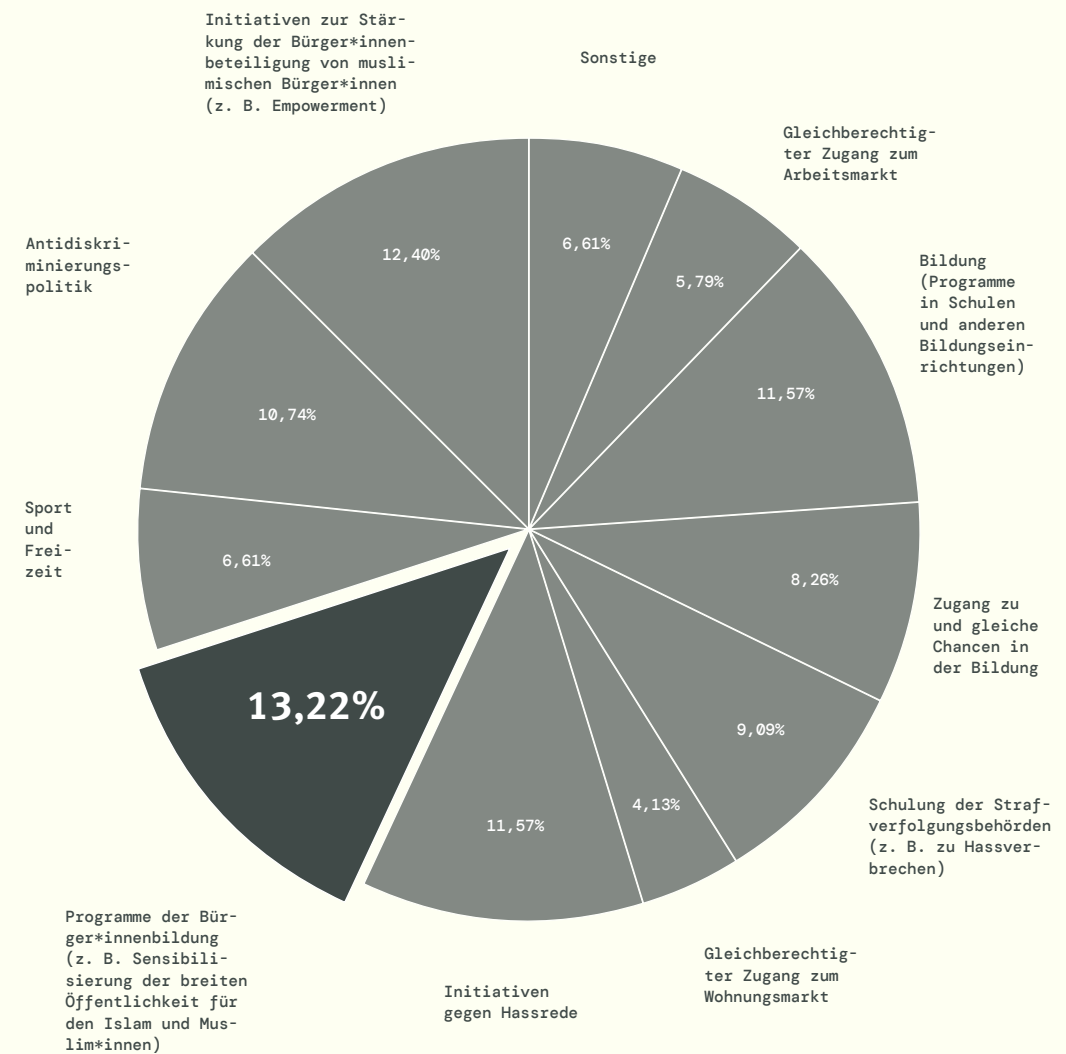
40 % der Städte haben bislang noch keinerlei Erfahrung mit Projekten im Bezug auf antimuslimischen Rassismus. Das könnte damit zusammenhängen, dass manche Städte mit Initiativen im Bereich antimuslimischer Rassismus auf Hürden stoßen. Fehlendes

Personal ist unter den strukturellen Herausforderungen das größte Problem. Das könnte daran liegen, dass manche Abteilungen, die im Bereich antimuslimischer Rassismus tätig sind, zudem auch noch im übergeordneten Bereich Antirassismus oder Menschenrechte arbeiten und damit einen großen Verantwortungsbereich abdecken müssen. Eine schwedische Stadt nannte außerdem fehlende Strukturen innerhalb der Stadtverwaltung als institutionelle Herausforderung. Dieselbe Stadt berichtete zudem von einem fehlenden Verständnis für Alltagsrassismus und strukturelle Diskriminierung gepaart mit einer fehlenden Anerkennung dieser Probleme. Es braucht also mehr Maßnahmen im Bereich Bürger*innenbildung. Aus politischen Gründen wird antimuslimischer Rassismus oft gegen Antisemitismus ausgespielt, sodass man erst genanntes Problem nur schwer angehen kann. Wir hoffen, dass die ECCAR-Arbeitsdefinition von antimuslimischem Rassismus städtischen Vertreter*innen helfen wird, angemessene Maßnahmen zu entwerfen, um beide Phänomene und ihre jeweiligen Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Die Ergebnisse der Umfrage haben gezeigt, dass die Gründung der Arbeitsgruppe zu antimuslimischem Rassismus ein guter Anfang war, um die ECCAR-Mitgliedstädte dabei zu unterstützen, sich über antimuslimischen Rassismus zu informieren. Zwölf Städte empfanden das mangelnde Wissen über antimuslimischen Rassismus als Herausforderung für ihre Arbeit. Neben den offensichtlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeit der Städte berichteten einige Städte auch von politischen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten auf nationaler Ebene unter Verweis auf ein polarisiertes politisches Klima und eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit, die das Ergreifen von spezifischen Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus erschweren. Die Arbeit musste daher in den breiteren Rahmen der Bekämpfung verschiedenster Arten von Rassismus eingebettet werden. Eine andere Stadt berichtete hingegen, dass sie politische Widerstände gegen ihre Arbeit mit den muslimischen Gemeinschaften erfahren würden, da die Opposition bestimmte Nationalitäten in den jeweiligen Gemeinderäten nicht vertreten haben wollte. Eine französische Stadt wies darauf hin, dass die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus im Kontext der allgemeinen politischen Lage in Frankreich gegenwärtig schwierig sei. Eine weitere Stadtvertretung aus Frankreich bedauerte, dass der französische Gesetzgeber den Begriff des antimuslimischen Rassismus nicht anerkenne. Daher sei schon die bloße politische bzw. gesellschaftliche Debatte bezüglich des Phänomens immer von Spannungen begleitet. Eine deutsche Stadt berichtete, dass in ihrem Falle eine mangelnde Nachfrage in Bezug auf Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus bestünde.

Im Gegensatz dazu berichtete eine andere Stadt, dass innerhalb der muslimischen Gemeinschaft mangelndes Interesse und Vertrauen bezüglich einer Zusammenarbeit mit der Stadt bestünde. Die Ressourcen der muslimischen Gemeinschaften sind sehr begrenzt, zudem verhinderten Sprachbarrieren den Kontaktaufbau. Auch eine spanische Stadt berichtete zustimmend, dass es innerhalb der muslimischen Gemeinschaft eine mangelnde Bereitschaft gebe, sich zu beteiligen. Um herauszufinden, woher dieses vermeintlich mangelnde Vertrauen und die fehlende Bereitschaft zur Teilnahme kom-

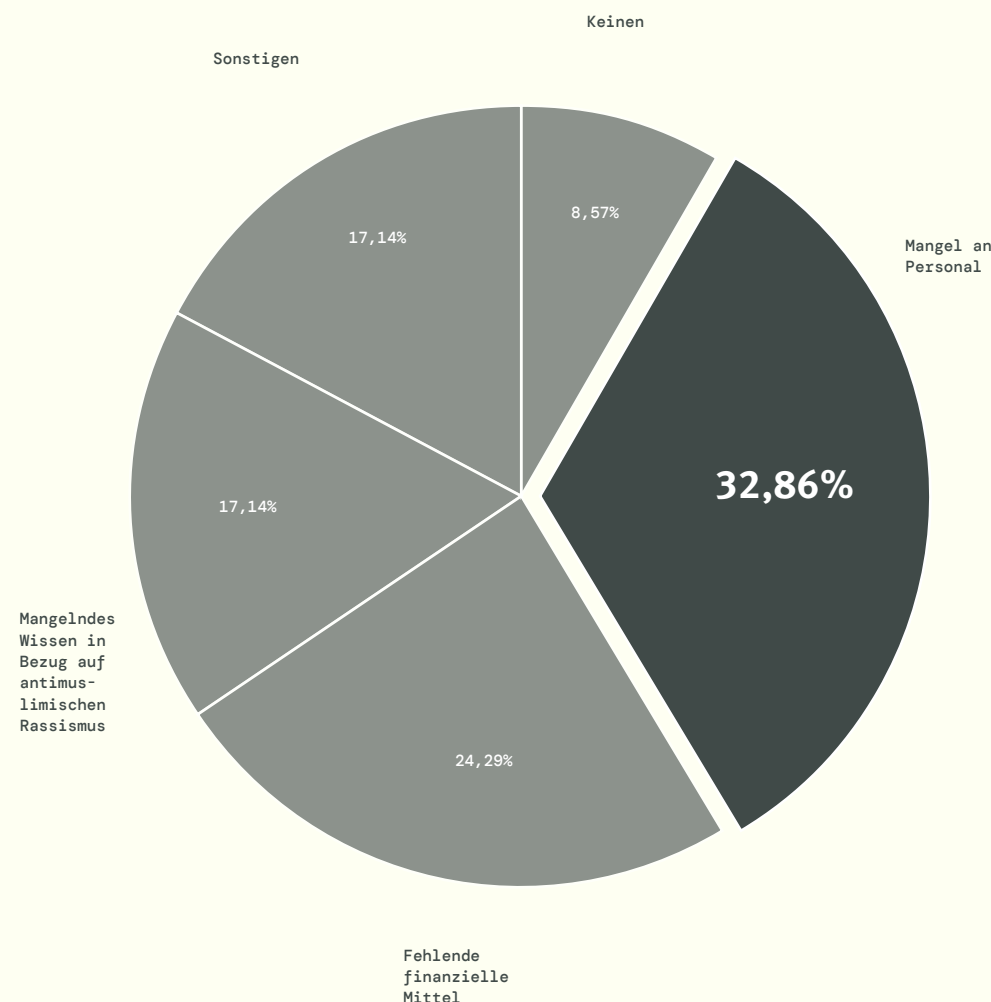
Unter welche der folgenden Kategorien fallen die Initiativen in Ihrer Stadt, sofern es welche gibt?



men, müsste ECCAR Gespräche mit den Vertreter*innen der muslimischen Gemeinschaft führen. Das würde helfen, die Beziehung der Gemeinschaft zur Stadtverwaltung besser zu verstehen.

Schließlich konnten wir aber die Schlussfolgerung ziehen, dass die Kooperation zwischen Kommunalverwaltung und muslimischen Gemeinschaften bei der Umsetzung von Projekten mit einem partizipatorischen Ansatz gut funktioniert. 24 von 42 Städten berichteten, dass sie gute Erfahrungen mit Initiativen gegen antimuslimischen Rassismus gemacht hätten. 19 Städte erwähnten Veranstaltungen und Initiativen gemeinsam mit muslimischen Gemeinschaften. Die Städte Leipzig und Heidelberg haben in diesem Zusammenhang Praxisbeispiele geliefert, die in Kapitel 4.3.2 vorgestellt werden. Diese Zahlen sagen uns jedoch nicht, wie viele der Städte diese Kooperation nach dem Bottom-up-Prinzip angegangen sind und damit den Gemeinschaften die Gestaltung der Programme sowie ihre Umsetzung überließen und als Stadtverwaltungen lediglich die Umsetzung der Projekte ermöglichten. Eine schwedische Stadt berichtete, dass die Verwaltung einen partizipatorischen Prozess fördere, in dem die muslimische Gemeinschaft dazu beitrage, der Stadt ein besseres Verständnis der Lage zu vermitteln, und mögliche Lösungen sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus vorschläge. Wie eine ostdeutsche Stadt anmerkte, stehe die Kooperation mancher Kommunen mit den Gemeinschaften allerdings gerade erst am Anfang, da die Gemeinschaften, die größtenteils aus Geflüchteten bestehen, noch sehr jung sind. Zahlreiche Beiträge in diesem Leitfaden unterstreichen die Bedeutung von partizipatorischen Ansätzen und Bottom-up-Prozessen im Rahmen von Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus.

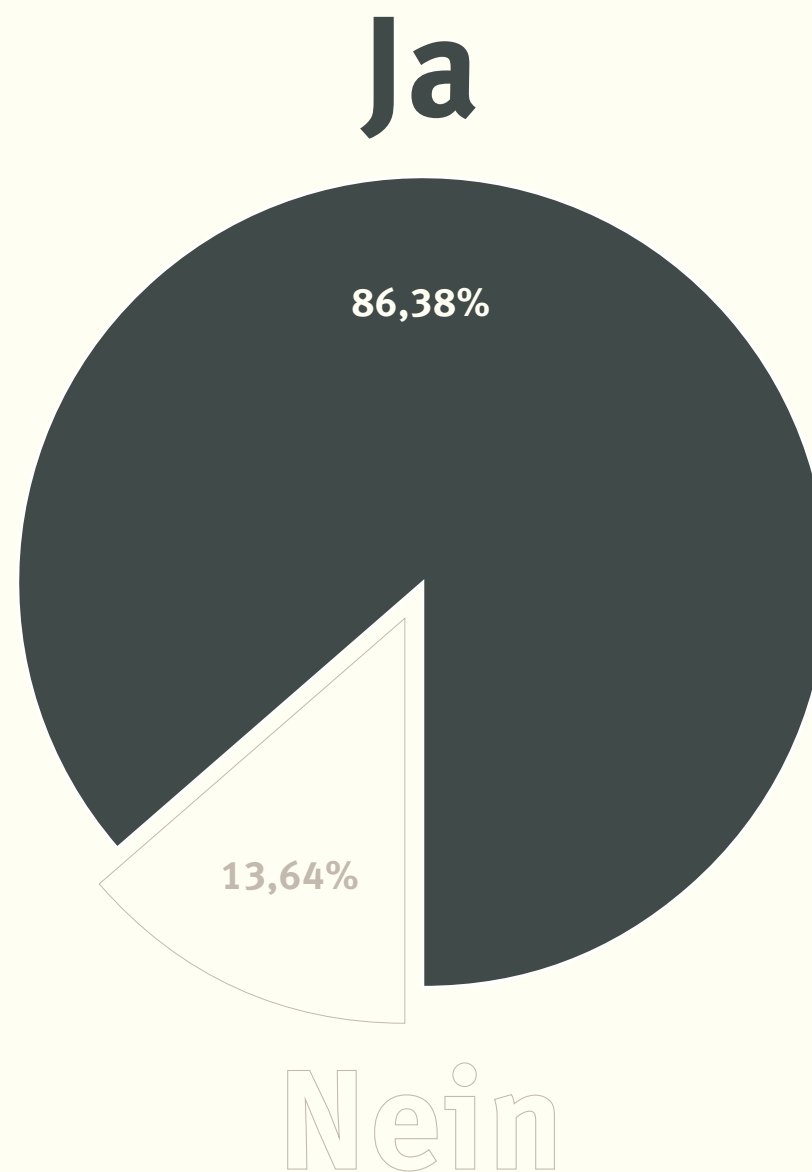
Welchen Herausforderungen stehen Sie bei der Gestaltung und Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus gegenüber?



Anstatt als „Problem“ wahrgenommen zu werden, sieht man [die Muslim*innen] als Teil der Lösung für gesellschaftliche Fragen, die alle Bürger*innen betreffen.

(ECCAR)

*Wurde das Projekt/die Maßnahme gemeinsam mit Vertreter*innen der muslimischen Gemeinschaft gestaltet und umgesetzt?*



Hoffnung und Sicherheit in der Stadt: Schutz von Muslim*innen in Europa

(EUROPEAN NETWORK
AGAINST RACISM - ENAR)

ENAR (Europäisches Netzwerk gegen Rassismus) unterstützt den von der Europäischen Kommission im September 2020 angenommenen EU-Aktionsplan gegen Rassismus aktiv. Die Maßnahmen des Plans fußen auf einem soliden Verständnis von Rassismus und es wird sowohl dessen tiefe Verwurzelung in der europäischen Geschichte und in den Strukturen Europas als auch die teilweise Weiterverbreitung durch Institutionen selbst anerkannt. Außerdem werden in dem Plan alle Formen von Rassismus anerkannt, darunter auch antimuslimischer Hass und Islamophobie.

Islamophobie breitet sich in Europa rasch aus, wird aber immer noch kaum als spezielle Form von Rassismus anerkannt. In Medien und Politikkreisen etabliert sich rechtes Gedankengut im Mainstream, das auf einem islamophoben Narrativ basiert. Das führt aufgrund von diskriminierenden politischen Maßnahmen und Verfahren zu einer steigenden Zahl von Angriffen auf Muslim*innen und als Muslim*innen gelesene Personen, Sachbeschädigungen sowie Angriffen gegen Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen.

Umfassende politische Maßnahmen gegen Islamophobie sind daher dringend erforderlich. Städte spielen dabei eine Schlüsselrolle, da sie am nächsten dran sind an der Umsetzung solcher Maßnahmen und Lösungen anpassen bzw. direkt an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten können. Trotz toxischer nationaler Debatten hat sich gezeigt, dass Städte den Widerstand unterstützen und ihre Bürger*innen in all ihrer Diversität schützen können.

Die EU verfügt nun über einen sehr guten rechtlichen und politischen Rahmen, der größtenteils in nationales Recht übersetzt wurde. Städten können hier eine einzigartige Rolle übernehmen, indem sie dafür sorgen, dass diese Mittel, die die Wahrung der

Grundrechte aller Menschen sichern sollen, angemessen und zum Wohle der Menschen angewendet werden. Dazu ist allerdings eine starke Kooperation mit Gleichstellungsgremien, Menschenrechtsorganisationen sowie Antirassismusverbänden und vor allem den rassifizierten Menschen selbst erforderlich.

Ein entscheidendes Merkmal von struktureller und institutioneller Diskriminierung ist der Ausschluss von rassifizierten Personen, einschließlich Muslim*innen, aus demokratischen Prozessen. Demokratischere und inklusivere Gemeinschaften lassen sich nur aufbauen, wenn man das Fehlen von rassifizierten Menschen in Führungspositionen und ihren Ausschluss von echter Teilhabe bekämpft. Nur so lassen sich die Probleme, denen diese Gruppen gegenüberstehen, angemessen angehen. Städte müssen ihre Maßnahmen auf die am stärksten marginalisierten Gruppen ausrichten, um tief verwurzelte Ungleichheiten aufzulösen. Das betrifft zum Beispiel muslimische Frauen, die religiöse Symbole tragen, und aus vielen Lebensbereichen ausgeschlossen werden, sowie junge Schwarze oder arabische Männer bzw. junge Migranten, die unverhältnismäßig oft von Gewaltmissbrauch durch Strafverfolgungsbehörden betroffen sind, oder auch rassifizierte LGBTQI+ Gemeinschaften etc.

Diese Bereiche sollten in umfassende Aktionspläne gegen Rassismus auf nationaler, aber auch auf regionaler und lokaler Ebene integriert werden. Diese sollten entscheidende Mittel im Kampf gegen die Erscheinungsformen von Islamophobie und systemischem Rassismus sein. Im EU-Aktionsplan gegen Rassismus wird die Notwendigkeit von intersektionalen Strategien auf allen Verwaltungsebenen betont. Wir rufen alle Städte dazu auf, sich an aktuellen europäischen und nationalen Debatten über die Gestaltung und Umsetzung nationaler Aktionspläne gegen Rassismus zu beteiligen, damit in diesen Plänen Maßnahmen enthalten und abgebildet sind, die auf städtischer Ebene erforderlich sind. ENAR möchte die Städte unterstützen und seinen Mitgliedern dabei zur Seite stehen, noch enger mit der kommunalen Ebene zusammen zu arbeiten, um sichere Städte zu schaffen, die für alle ein Ort der Hoffnung sind.

Demokratischere und inklusivere Gemeinschaften lassen sich nur aufbauen, wenn man das Fehlen von rassifizierten Menschen in Führungspositionen und ihren Ausschluss von echter Teilhabe bekämpft.



4

Aufgaben-
felder für die
lokale Arbeit
gegen anti-
muslimischen
Rassismus

Intersektio- nalität und vulnerable Gruppen

4.1.1 Einführung: ein intersektionaler Ansatz in der Arbeit gegen antimusli- mischen Rassismus

Der Bericht des European Network against Racism (ENAR) mit dem Titel „Forgotten Women: The Impact of Islamophobia on Muslim Women“^{III} (Vergessene Frauen: die Auswirkungen von Islamophobie auf muslimische Frauen) aus dem Jahr 2016 zeigt anhand von Ergebnissen aus der Praxis aus acht europäischen Ländern, dass muslimische Frauen unverhältnismäßig stark von antimuslimischem Rassismus betroffen sind. In der wissenschaftlichen Forschung von zahlreichen Akademiker*innen wie Irene Zempi und Neil Chakraborty^{IV} wird zudem hervorgehoben, dass muslimische Frauen besonders oft Opfer von Hassverbrechen und Belästigung werden, oft weil sie eindeutig als Musliminnen erkennbar sind. In beiden Fällen muss man das Konzept der Intersektionalität berücksichtigen, um die Diskriminierungserfahrungen zu analysieren. Intersektionalität heißt hier ganz einfach, dass die verschiedenen Aspekte unserer Identität, wie Geschlecht, Religion, sexuelle Orientierung, Ethnie und Race etc. sich überlappen und zu einer individuellen Diskriminierungserfahrung führen. Ein Beispiel dafür sind muslimische Frauen, die aufgrund von Kopftuchverboten in bestimmten Berufen keine Stelle finden. Dadurch werden diese Frauen im Vergleich zu muslimischen Männern ungleich behandelt, da die religiöse Praxis des Kopftuchtragens vom Geschlecht abhängig ist. Intersektionale Diskriminierung unterscheidet sich dabei allerdings vom Konzept der Mehrfachdiskriminierung. Ein Beispiel hierfür wäre eine Muslimin of Colour, die zum einen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und zum anderen aufgrund ihres Geschlechts eine Stelle nicht bekommt, weil der Arbeitgeber davon ausgeht, dass sie sowieso bald in Elternzeit gehen wird. Wichtig ist an dieser Stelle, dass

jede Frau aufgrund des letztgenannten Grundes diskriminiert werden kann. Hier kann man die verschiedenen Diskriminierungsgründe also separat betrachten. Bei intersektionaler Diskriminierung sind die Identitäten der Personen allerdings so miteinander verwoben, dass sie nur schwer zu trennen sind.

Auch andere Bevölkerungsgruppen können besonders gefährdet sein, antimuslimischen Rassismus zu erfahren, wie die folgenden Beiträge zeigen. Muslimische Männer etwa sind einer anderen Stereotypisierung ausgesetzt als muslimische Frauen. Auch diese Stereotypisierung ist geschlechtsabhängig und überlappt sich mit antimuslimisch-rassistischem Gedankengut in Bezug auf Muslim*innen und den Islam. Geflüchtete wiederum sind aufgrund ihres sozioökonomischen Standes in einer besonders vulnerablen Lage. Als Neuankömmlinge kennen sie ihre Rechte als Bürger*innen noch nicht vollumfänglich und sind daher ein leichtes Ziel für Diskriminierungen. Man stereotypisiert sie auch oft als „vom Staat finanziert“. So werden sie leicht zum Ziel von Hassschürerei, weil sie angeblich im Vergleich zu anderen Einwohner*innen einen privilegierten Zugang zu Sozialleistungen haben. Bei Geflüchteten manifestiert sich antimuslimischer Rassismus auf verschiedenen Ebenen. Sie sind oft männlich, jung, auf soziale Unterstützung angewiesen und muslimischen Glaubens, was schnell dazu führt, dass die Angstfigur vom „gewalttätigen jungen muslimischen Mann“ entsteht, der nicht nur die „einheimischen“ Frauen der jeweiligen Gesellschaft bedroht, sondern angeblich auch der Grund für unsichere Innenstädte ist. Ebenso wichtig ist, dass durch die Rassifizierung von Muslim*innen auch Geflüchteten mit nicht-muslimischem Hintergrund aus mehrheitlich muslimischen Ländern antimuslimischem Rassismus zum Opfer fallen, da sie aufgrund der Tatsache, dass sie Türkisch oder Arabisch sprechen, oder aufgrund ihres Aussehens als Muslim*innen gelesen werden, wie die untenstehenden Beiträge zeigen werden.

4.1.2

Die Bedeutung des Geschlechts

I
N
T
E
R
V
I
E
W

4.1.2.1

Viktimisierung muslimischer Männer durch antimuslimischen Rassismus: ECCAR-Interview mit Prof. Peter Hopkins

ECCAR Interview mit
Prof. Peter Hopkins

ECCAR: Wie überschneiden sich Geschlecht, Ethnie und Religion bei der Viktimisierung von muslimischen Männern und als muslimisch gelesenen nicht-muslimischen Männern im Rahmen von antimuslimischem Rassismus?

Prof. Peter Hopkins: Zunächst einmal ist es wichtig, anzuerkennen, dass geschlechtsspezifische Islamophobie nicht nur muslimische Frauen trifft, sondern auch muslimische Männer. Aus meiner Sicht gibt es bestimmte sich überschneidende Kategorien bzw. Eigenschaften, die als „typisch muslimisch“ gedeutet werden, und wenn diese zusammen auftreten, sind bestimmte Gruppen von Männern meiner Meinung nach in der Folge eher von Islamophobie oder antimuslimischem Rassismus betroffen. Zu den Markern, die man mit „Muslimsein“ bzw. muslimischer Maskulinität verbindet, gehören u. a. Hautfarbe, Gesichtsbehaarung bzw. Bart

und vielleicht ein bestimmter Kleidungsstil. Aber auch viele muslimische Männer, die sich „westlich“ kleiden, können basierend auf rassistischen Annahmen bzgl. Hautfarbe und Bart antimuslimischen Rassismus erfahren. Das sind die zwei Hauptmerkmale. Wenn diese zusammen auftreten, besteht die Möglichkeit, dass die Person als muslimisch gelesen wird. Das betrifft nicht nur britische Pakistani oder asiatische Männer, sondern letztlich alle, die nicht Weiß sind. Bei meinen Forschungen in diesem Bereich habe ich zum Teil festgestellt, dass Gemeinschaften, die als Weiß definiert werden können, wie Migrant*innen aus Zentral- und Osteuropa oder auch Rom*nja, ebenfalls von antimuslimischem Hass betroffen sein können. Weil diese Migrant*innen, wie eine*r meiner Kolleg*innen so schön sagt, „nicht wirklich Weiß“ sind – weil sie zum Beispiel eher einen olivfarbenen Hautton haben –, gehen manche Menschen davon aus, dass sie Muslim*innen sind, und

entsprechend erfahren diese Menschen antimuslimischen Rassismus. Wenn sie dazu noch irgendeine Art von nicht-westlicher Kleidung tragen, dann ist das Risiko, viktimisiert zu werden, noch höher, weil diese Aspekte zusammentreffen.

Ein weiterer ausschlaggebender Faktor kann meiner Meinung nach der Ort sein, an dem sie sich aufhalten und mit wem sie zusammen sind. Islamophobie und die Erfahrung derselben sind in gewissem Sinne räumlich definiert. Nehmen wir zum Beispiel ein Stadtviertel, das traditionell mit Muslim*innen bzw. mit ethnischen Minderheiten assoziiert wird, weil das Viertel vielleicht ethnisch etwas diverser und etwas isoliert ist. Dort werden die Männer, die ich zuvor beschrieben habe, als Muslime gelesen, auch wenn das an anderen Orten vielleicht nicht unbedingt der Fall wäre. Ein Beispiel für eine „nicht wirklich Weiße“ Gruppe ist ein Viertel in Glasgow, das von den 1960ern bis in die 1990er traditionell mit pakistanischen Muslim*innen assoziiert war, bis man es dann eher mit Rom*nja und Reisenden verband. Die Roma bzw. reisenden Männer wurden als Muslime gelesen, weil sie in diesem Viertel unterwegs waren. Das zeugt von einer Art Stigma und zeigt, dass Stereotype, die mit einem Ort verbunden sind, auf eine andere Gemeinschaft übertragen werden können.

Außerdem finde ich, dass es einige seltsame stereotype Vorstellungen von der unterwürfigen und unterdrückten muslimischen Frau gibt, die zu Hause bleiben und kochen und putzen muss. Diese Vorstellungen finde ich interessant, weil sie sich über die Jahre verändert haben. Und

dann gab es in Großbritannien lange Zeit das Stereotyp von pakistanischen Männern, das besagte, dass ihr Körperbau sehr feminin sei, dass sie schwach und klein seien und eher in Branchen arbeiteten, die viel Fingerfertigkeit erfordern. Das ist natürlich ein rassistisches Stereotyp. Nach dem 11. September hat es sich allerdings verändert. Jetzt gelten muslimische Männer als potenzielle Terroristen, die eine Bedrohung darstellen und gefährlich sind. Es heißt, sie seien aggressiv und wütend und hätten wahrscheinlich eine Bombe dabei usw. Diese Stereotype haben sich also in gewisser Weise verändert: Vor 30 Jahren waren es Schwarze Männer, die im Sinne einer stereotypen Maskulinität die große Bedrohung waren, weil sie als groß, breit, muskulös und gewaltbereit galten. Jetzt, würde ich sagen, gelten „muslimische Terroristen“ als Hauptbedrohung.

ECCAR: Sie haben erwähnt, dass es in Glasgow ein Viertel gibt, dass vor allem mit muslimischen oder ethnischen Gemeinschaften in Verbindung gebracht wird, sodass Menschen, die sich dort aufhalten eher als Muslim*innen rassifiziert werden. Glauben Sie, dass die Stadtverwaltungen bzw. die kommunalen Behörden etwas gegen diese Stereotype oder sogar Stigmatisierung dieser städtischen Räume unternehmen können?

Prof. Peter Hopkins: Gemeinsam mit anderen Wissenschaftler*innen habe ich unter anderem islamophobe Zwischenfälle kartiert. Es gibt Orte, an denen Muslim*innen und als Muslim*innen gelesene Personen

eher Islamophobie erfahren. Wenn die Stadtregierungen und Stadtverwaltungen sich die geographische Verteilung von Islamophobie bewusster machen würden, wären sie in einer besseren Position, gezielte Initiativen in diesen Bereichen umzusetzen. Wenn an diesen Orten zum Beispiel ethnisch diverse Gemeinschaften leben und man weiß, dass dort die meisten islamophoben Zwischenfälle passieren, dann hätten Schulungen bzw. Initiativen mit Fokus allein auf diesem Ort eine gezieltere Wirkung. Aber auch das muss natürlich einhergehen mit der Infragestellung von Annahmen und Stereotypen bzgl. bestimmter Stadtteile. Außerdem sollte uns das auch nicht dazu verleiten, zu denken, dass sich alle Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus sich auf diese Viertel konzentrieren sollten, nur weil viele islamophobe Zwischenfälle dort passieren. Wir wissen schließlich, dass Menschen mobil sind – sie pendeln zur Arbeit, nehmen an sozialen Aktivitäten teil usw. In Großbritannien passieren viele Zwischenfälle in öffentlichen Verkehrsmitteln oder an Verkehrsknotenpunkten. Es wäre also sinnvoll, dass sich die Stadtregierungen diese Aspekte bewusst machen und Initiativen entsprechend ausrichten.

ECCAR: Städte sind Arbeitgeberinnen, Dienstleisterinnen und Hüterinnen der Demokratie an öffentlichen Orten. Wie können sie vor diesem Hintergrund Ihrer Meinung nach gegen diese Art von geschlechtsspezifischer Islamophobie bzw. diese Art von geschlechtsspezifischem antimuslimischem Rassismus vorgehen?

Prof. Peter Hopkins: Es gibt viele Maßnahmen, die Städte ergreifen können. Ich glaube, zuweilen ist die größte Herausforderung, dass es keine schnelle Lösung gibt. Ich glaube nicht, dass antimuslimischer Rassismus über Nacht verschwindet, wenn alle nur eine bestimmte Maßnahme ergreifen. Es handelt sich um ein sehr diverses Phänomen. Es braucht also viele verschiedene Strategien – und am besten wirken sie, wenn wir sie alle umsetzen, statt nur eine oder zwei auszuprobieren.

Städte können klar Position gegen alles beziehen, was unter Islamophobie fällt, indem sie etwa Vorfälle auf ihren offiziellen Kommunikationskanälen verurteilen. Ich würde Politiker*innen und Stadtregierungen dazu ermutigen, darauf zu bestehen, dass Führungskräfte von Unternehmen und Organisationen strukturelle Veränderungen umsetzen, um die Diskriminierung von Muslim*innen am Arbeitsplatz zu verhindern. Stadtregierungen sollten Schulungen finanzieren – auch für ihre eigenen Mitarbeitenden –, um das Problem zu bekämpfen. Außerdem sollten sie mehr Bildungsinitiativen anregen und unterstützen, um das öffentliche Bewusstsein für dieses Problem über Universitäten und Schulen zu verbessern. Es ist zum Beispiel wichtig, dass Lehrer*innen geschult werden, damit sie wissen, was Islamophobie ist, und dieser im Klassenzimmer etwas entgegensetzen können. Meiner Meinung nach ist es auch hilfreich, die Bemühungen im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus mit anderen Bewegungen gegen Diskriminierung und Rassismus zu verknüpfen, etwa mit LGBTQI+ Aktivismus oder breiter angelegter Antirassismusbearbeitung.

Gemeinsam spricht man mit lauterer Stimme. Bei allen Schulungen und Projekten in diesem Bereich sollte allerdings ein besonderes Augenmerk auf Geschlecht und Intersektionalität liegen.

Im Zusammenhang mit Hassverbrechen und Diskriminierung zeigt die Arbeit von Tell MAMA^V in Großbritannien tendenziell, dass mehr Zwischenfälle von Frauen gemeldet wurden. Wir wissen aber nicht, wie viel gemeldet wird. Ich frage mich, ob manche Männer Vorfälle einfach eher abtun, sich denken, „ach was, anzeigen werde ich das nicht“, und einen auf „harten Mann“ machen. Eine Möglichkeit hier wäre, Meldestellen bei Dritten einzurichten – zum Beispiel in der Bücherei, im Rathaus oder auch in Moscheen –, statt nur auf Anzeige bei Polizeidienststellen oder gar über NGOs zu setzen. Damit senkt man die Hemmschwelle für Männer, solche Vorfälle von Diskriminierung oder Hassverbrechen zu melden. In Moscheen sind Männer vielleicht eher geneigt, anderen von Diskriminierungserfahrungen und Hassverbrechen zu erzählen, auch wenn sie sie nicht offiziell melden. Es gibt viele Interessenverbände für muslimische Frauen, vielleicht wären Empowerment-Initiativen für muslimische Männer auch gut.

4.1.2.2 **Gesellschaftliche Inklusion von muslimischen Frauen (European Forum of Muslim Women, EFOMW)**

Das European Forum of Muslim Women (Europäisches Forum muslimischer Frauen) wurde 2006 mit dem Ziel gegründet, die Rechte von europäischen muslimischen Frauen zu schützen und ihre Inklusion in unsere pluralistischen Gesellschaften zu fördern. Wir vertreten 20 Basisorganisationen aus ganz Europa, die sich für muslimische Frauen einsetzen. Unser Ziel als Dachverband ist es, ihre Anliegen auf europäischer Ebene zu vertreten und uns für einen positiven Wandel einzusetzen.

Wie sich rausgestellt hat, ist das Problem der intersektionalen Diskriminierung, der muslimische Frauen ausgesetzt sind, ein Thema in unserer Arbeit, das häufig auftritt und ein entscheidendes Problem für unsere Mitgliedsorganisationen ist. Intersektionalität zeigt, dass sich verschiedene Formen von Diskriminierung gegenseitig beeinflussen. Wir müssen anerkennen, dass bei aktuellen Mainstream-Ansätzen für die Gleichstellung der Geschlechter die Pluralität von Frauen nicht berücksichtigt wird. So können die verschiedenen Formen von Diskriminierung, denen Frauen ausgesetzt sind, gar nicht bekämpft werden. Frauen sind je nach Profil (je nach Religion, Ethnie, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität usw.) auf unterschiedliche Art und Weise von Diskriminierung betroffen, aber alle leiden unter den gleichen Machtstrukturen, darunter das Patriarchat, Rassismus, Islamophobie und wirtschaftliche Ausbeutung, um nur einige wenige zu nennen.

Die Europäische Union hat der Gleichstellung der Geschlechter mit ihrer Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 Priorität eingeräumt.

Während Frauen in gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht große Fortschritte erzielen konnten, waren die Fortschritte nicht für alle Frauen gleich groß, vor allem nicht für Frauen aus einer Minderheit. Das liegt daran, dass bei diesem Ansatz keine intersektionale Perspektive einbezogen wird und bislang auch die Herausforderungen marginalisierter Frauengruppen in der EU nicht berücksichtigt werden.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die größten Herausforderungen, denen muslimische Frauen in Europa heute gegenübersehen, folgende sind:

Die Islamophobie in Europa steigt und es ist gut dokumentiert, dass sie muslimische Frauen unverhältnismäßig stark trifft. Für die Bekämpfung der spezifischen Formen von Islamophobie, die muslimische Frauen treffen, ist daher ein intersektionaler Ansatz entscheidend. Unsere Organisation betrachtet Islamophobie als eine Form von Rassismus, basierend auf der gesellschaftlichen Konstruktion einer Gruppe von Menschen als Race. In diesem Kontext werden Muslim*innen und als muslimisch gelesenen Personen bestimmte Eigenschaften und Charakteristika zugeschrieben.

Es gibt mehr und mehr politische Parteien, die islamophobe Ideen, Politik und Maßnahmen in europäischen Ländern befördern.

Die Medien tragen zur Verstärkung einer islamophoben Sichtweise auf muslimische Frauen bei, vor allem mit Blick auf die Art und Weise, wie ihre Körper in Berichten über Terrorismus und religiöse Praktiken dargestellt werden, aber auch mit Blick auf die Darstellung der Unterdrückung von Frauen in Berichten über den Schleier.

Das Gefühl der Unsicherheit wächst und schränkt so die Orte und gesellschaftlichen Bereiche ein, an bzw. in denen muslimische Frauen sich sicher fühlen.

Das Risiko, Hassverbrechen zum Opfer zu fallen, ist für muslimische Frauen größer, da viele leicht als Musliminnen auszumachen sind.

Die Diskriminierung von muslimischen Frauen ist wie ein verstricktes Netz und hat enorme Auswirkungen auf das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben von muslimischen Frauen.

Muslimische Frauen leiden unter denselben Ungleichheiten wie alle Frauen: das geschlechtsspezifische Lohngefälle, das Risiko, auf dem Arbeitsmarkt in den Niedriglohnsektor abgedrängt zu werden, Probleme beim Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und Gewalt. Es besteht allerdings eine Tendenz, diese Erfahrungen zu kulturalisieren. Außerdem werden

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Den Stimmen von muslimischen Frauen einen angemessenen Raum in allen politischen Debatten geben, wie allen anderen Bevölkerungsgruppen auch, und nicht nur dann, wenn es um „muslimische Themen“ geht,
- Mehr Daten zur Gleichstellung sammeln, um Diskriminierungen zu identifizieren, mit einem Schwerpunkt auf der Erfassung und der Kontrolle von Daten hinsichtlich von Formen der multiplen Diskriminierung von Frauen (auf dem Arbeitsmarkt, bei der Bildung, bei der Gesundheitsversorgung und im Justizwesen),
- Kontakte zu Organisationen knüpfen, die Diskriminierungsfälle und Verstöße im Zusammenhang mit Hassverbrechen erfassen und kostenlose juristische Beratung anbieten,
- Kontakte zu von muslimischen Gemeinschaften selbst verwalteten Organisationen im Bereich Diskriminierung und Rassismus knüpfen und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaften ermöglichen,
- Auf muslimische Gemeinschaften zugehen, um von ihnen eine Anleitung zu erhalten, wie sich Fälle von Diskriminierung und Hassverbrechen melden lassen,
- Bildungsvorträge von lokalen muslimischen Frauen anbieten, die über ihre Erfahrungen sprechen,
- Treffen zwischen muslimischen Frauen und den kommunalen Behörden organisieren, um über die Folgen von Diskriminierung für das gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Leben von muslimischen Frauen aufzuklären,

en verstärkt, etwa das Tragen eines Kopfschals, das Frauen auf ein gleich-

Daten zu Ethnie und verschiedenen Diskriminierungen gesellschaftlichen Lebens auseinander zu trennen. Daher ist die Bekämpfung von Diskrimi-

muslimischen Frauen zu stärken und zu mehr gesellschaftliche Teil-

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die größten Herausforderungen, denen muslimische Frauen in Europa heute gegenübersehen, folgende sind:

- Sichere Räume schaffen, in denen eine breiter aufgestellte Zusammenarbeit mit muslimischen Frauen und anderen Organisationen/Gemeinschaften, die in den Bereichen Gleichstellung, Rassismus und Diskriminierung arbeiten, möglich ist,
- Regelmäßig Veranstaltungen ausrichten, bei denen muslimische Gemeinschaften sich über den Islam, Muslim*innen und islamische Bräuche informieren können,
- Die negative und stereotype Darstellung von muslimischen Frauen in den Medien infrage stellen, indem man sich für die Selbstdarstellung von muslimischen Frauen einsetzt.

Risiko, auf dem Arbeitsmarkt in den Niedriglohnsektor abgedrängt zu werden, Probleme beim Zugang zu guter Gesundheitsversorgung und Gewalt. Es besteht allerdings eine Tendenz, diese Erfahrungen zu kulturalisieren. Außerdem werden

diese Probleme durch zusätzliche Faktoren verstärkt, etwa durch einen Migrationshintergrund und das Tragen eines Kopftuchs. Das schränkt die Chancen dieser Frauen auf ein gleichberechtigtes Leben weiter ein.

Aktuell mangelt es in vielen Ländern an Daten zu Ethnie und Religion, die dabei helfen könnten, die verschiedenen Diskriminierungsmotive in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu identifizieren und voneinander zu trennen. Daher bleiben die Maßnahmen, die es zur Bekämpfung von Diskriminierung braucht, weiter begrenzt.

Wir sind besorgt, dass die Stigmatisierung und Ausgrenzung von muslimischen Frauen die gesellschaftliche Spaltung weiter vorantreiben, die Isolation verstärken und zu mehr Spannungen in einem Europa führen werden, das dringend mehr gesellschaftliche Teilhabe und Engagement aus allen Gesellschaftsbereichen braucht.

4.1.2.3 Die Notwendigkeit die marginalisierten Stimmen von queeren Muslim*innen in den Fokus zu rücken (Leyla Jagiella)

Queere Muslim*innen erfahren und sind Opfer von multiple(n) Formen von intersektionaler Diskriminierung und Marginalisierung, die bewusst bekämpft werden müssen, um den Betroffenen von antiqueerer Diskriminierung und antimuslimischem Rassismus vollen Zugang zu ihren Menschenrechten zu sichern und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Im Sinne dieser Handlungsempfehlungen ist „queer“ als Überbegriff für alle Personen mit LGBTQI+ Identitäten zu verstehen (da dies aktuell eine gängige Praxis in den meisten queeren muslimischen Kontexten sowohl in Europa als auch anderswo ist). In dieser Handlungsempfehlungen wird „Muslim*in“ für Menschen verwendet, die sich im religiösen Sinne als Muslim*innen verstehen oder sich als Muslim*innen im Sinne eines Ausdrucks kultureller Zugehörigkeit identifizieren. Die Marginalisierung und Diskriminierung, die queere Muslim*innen erfahren, beschränkt sich damit nicht nur auf Menschen, die sich im engeren Sinne als queer und/oder Muslim*in verstehen. Da sich die erwähnte Marginalisierung und Diskriminierung größtenteils auf Stereotype und Zuschreibungen stützt, kann sie auch Menschen treffen, die weder queer noch muslimisch sind, aber von außen als queer oder muslimisch gelesen werden. Die Marginalisierung und Diskriminierung von queeren Muslim*innen zu verhindern, ist ein nötiger Schritt in Richtung einer offeneren und inklusiveren Gesellschaft für alle.

Bislang gab es noch keine Bemühungen seitens der Institutionen, diese spezifischen Probleme von intersektionalen Positionen wie beispielsweise der von queeren Muslim*innen anzugehen. Institutionalisierte Gesetze und Programme behandeln Diskriminierung als Einzelfälle. Es existieren Gesetze und Empfehlungen, die auf die Prävention von Diskriminierung basierend auf Rassismus, Religion, Geschlecht, Sexualität usw. abzielen. Es braucht diese breit angelegten Projekte, denn sie helfen dabei, demokratische Standards in Gesellschaft und Politik zu sichern. Doch die Umsetzung intersektionaler Perspektiven in der Antidiskriminierungsarbeit ist kein Selbstläufer. Es ist daher von äußerster Bedeutung, die verschiedenen Ebenen intersektionaler Diskriminierung und Marginalisierung genau zu betrachten, die queere Muslim*innen und als solche markierte bzw. gelesene Personen betreffen.

Zu den praktischen Problemen und Herausforderungen, denen queere Muslim*innen und als solche gelesene Personen heute in Europa gegenüberstehen, gehören folgende Punkte:

Politiker*innen auf offizieller und institutioneller Ebene haben oft Schwierigkeiten, gut informierte Ansprechpartner*innen für die Themen von queeren Muslim*innen zu finden.

Viele queere muslimische Organisationen stecken noch in den Kinderschuhen. Sie werden von Politiker*innen oft übergangen, während muslimische und queere Vertreter*innen aus dem Mainstream oft kein Interesse oder keinen Blick für die intersektionalen Positionen queerer Muslim*innen haben.

In Gesetzen und politischen Maßnahmen werden Diskriminierung basierend auf Geschlecht oder Sexualität und antimuslimischer Rassismus oft als zwei getrennte Probleme ohne Schnittpunkte betrachtet. Politik, Medien und Gesellschaft behandeln „queere Personen“ und „Muslim*innen“ oft als zwei getrennte Bevölkerungsgruppen, die oft als gegensätzlich wahrgenommen werden.

Rechte Politiker*innen und Aktivist*innen spielen queere und muslimische Identitäten absichtlich gegeneinander aus. Queere Muslim*innen befinden sich an einer diskursiven Schnittstelle, an der ihre Existenz oft politisch ausgenutzt wird, um antimuslimische oder antiqueere Ressentiments zu schüren. Queere Muslim*innen erfahren in queeren Kontexten oft antimuslimischen Rassismus und erhalten in diesen Kontexten dann möglicherweise keine Solidarität und keine Unterstützung. In muslimischen Kontexten hingegen sind sie oft Ressentiments gegenüber der LGBTQI+ Community ausgesetzt und fühlen sich unter Umständen ausgegrenzt. In der Mainstream-Gesellschaft erleben queere Muslim*innen oft antimuslimischen Rassismus und antiqueere Ressentiments.

Muslim*innen und Personen, die als Muslim*innen gelesen werden, haben ein erhöhtes Risiko, Opfer von Gewalt und Hassverbrechen zu werden. Für queere Muslim*innen steigt dieses Risiko exponentiell. Hinzu kommt, dass queere Muslim*innen oft mit weiteren Ebenen der Diskriminierung und Marginalisierung konfrontiert sind. Sowohl ihre Identität als Muslim*in als auch ihre Identität als queere Person kann ihre Erfolgchancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt usw. beeinträchtigen.

Viele queere Muslim*innen fliehen aus mehrheitlich muslimischen Nationen nach Europa, um hier Asyl zu suchen. Eine nicht zu vernachlässigende Zahl an Muslim*innen ist damit auch von Ressentiments gegenüber Geflüchteten, von den strukturellen Hürden der Immigrations- und Asylregelungen sowie von der strukturellen Armut und der wirtschaftlichen Marginalisierung betroffen, denen Geflüchtete ausgesetzt sind. Im Rahmen von Asylverfahren fühlen sich queere Muslim*innen oft unter Druck gesetzt, ihre queere Identität sichtbarer zu machen und ihre muslimische Identität abzulegen. Einige mögen das begrüßen, bei anderen hingegen kann das zu schweren inneren Konflikten führen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- In den Diskursen für alle der oben genannten Themen sensibilisieren und diese wo immer möglich sichtbar machen und ihnen Gehör verschaffen;
- Queere muslimische Initiativen, Organisationen und Aktivist*innen auf allen Entscheidungsebenen aktiv involvieren und den Stimmen queerer Muslim*innen bei Themen, die sie selbst betreffen, Priorität einräumen;
- Sicherstellen, dass diese Selbstdarstellung auch zu einer Diversifizierung der Stimmen führt; Konkret heißt das, dafür zu sorgen, dass nicht nur eine Richtung von queeren muslimischen Stimmen abgebildet wird. Es gibt gläubige queere Muslim*innen und queere Muslim*innen, die Agnostiker*innen sind. Es gibt queere Muslim*innen, die innerhalb der muslimischen Gemeinschaft stärker von Diskriminierung betroffen sind. Es gibt queere Muslim*innen, die in der Mainstream-Gesellschaft stärker von Rassismus und Abwertung betroffen sind, queere Muslim*innen, die Migrations- und Asylerfahrung mitbringen, und in der EU geborene Muslim*innen usw. All diese Stimmen bringen verschiedenen Perspektiven mit, die wichtig und produktiv sind.
- Projekte und Beratungszentren unterstützen, die queere Muslim*innen gezielt unterstützen und beraten; Veranstaltungen finanziell unterstützen, die ebendieses Ziel verfolgen;
- Sich sowohl an muslimische Mainstream-Gemeinschaften als auch an Mainstream-LGBTQI+ Gemeinschaften wenden und diese in den Abbau von Diskriminierung und Marginalisierung von queeren Muslim*innen einbeziehen;
- Gezielt in Bemühungen investieren, die geflüchteten und Asyl suchenden queeren Muslim*innen Zugang zu Beratung und Unterstützung ermöglichen;

werden.

Da sich die (...) Diskriminierung größtenteils auf Stereotype und Zuschreibungen stützt, kann sie auch Menschen treffen, die weder queer noch muslimisch sind, aber von außen als [solche] gelesen werden.

Kommunale Praxisbeispiele

4.1.3

4.1.3.1

Runder Tisch für muslimische Frauen (Graz, Österreich)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

292.630
2006

Hintergrund

In unserer Antidiskriminierungsberatung haben einige muslimische Frauen von wiederholter Diskriminierung an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln berichtet. Sie wurden regelmäßig Opfer von körperlichen Angriffen auf der Straße oder in Trams und Bussen, ihre Kopftücher wurden ihnen heruntergerissen usw. Diese Vorfälle führten zu einem Gefühl der Hilflosigkeit und die Frauen wussten nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollen oder wo sie sich Unterstützung suchen können. Die Antidiskriminierungsstelle Steiermark richtete aus diesem Grund 2016 eine Selbsthilfegruppe ein, die muslimischen Frauen Raum für die Reflexion ihrer Diskriminierungserfahrung und den Austausch mit anderen Betroffenen lässt. Die Gruppe traf sich bis 2019 regelmäßig. Ziel des Projekts war die Sensibilisierung und das Empowerment der Frauen durch den Austausch von Erfahrungen mit einem Schwerpunkt auf der Antidiskriminierungsarbeit in diesen Gemeinschaften.

Die Zielgruppe erreichen

Obwohl viele muslimische Frauen regelmäßig von Diskriminierung betroffen sind, erkennen viele die Diskriminierung gar nicht und wissen nicht, wie sie diese melden und rechtliche Schritte dagegen ergreifen können. Daher braucht es dringend mehr Informationen und Sensibilisierung. Es war eine große

Herausforderung, mit den Gemeinschaften eine gemeinsame Kommunikationsgrundlage zu schaffen und eine Bereitschaft/Offenheit für Gespräche zu erzielen. Die guten Beziehungen der Antidiskriminierungsstelle Steiermark und die bestehenden Kontakte zu migrantischen Basisorganisationen stellten sich bei der Kontaktaufnahme mit den Gruppen als sehr nützlich heraus. Aus Erfahrung wussten wir, dass die Einbindung von Schlüsselpersonen aus migrantischen Organisationen (Leiter*innen aus den Gemeinschaften, Würdenträger*innen usw.) uns die wichtigsten Türen öffnen würde. Wir haben also die verschiedenen Gemeinschaften, Moscheen und Frauenorganisationen besucht, um die Projektidee gemeinsam mit anderen Referenzpersonen zu bewerben.

Selbsthilfegruppen als bewährte Maßnahme

Ein wichtiger Punkt dieses Projekts war, dass es bei den runden Tischen weniger um das Empowerment der Frauen durch uns als Expert*innen ging, sondern eher darum, sie zu begleiten und in ihrem persönlichen Entwicklungsprozess der Selbstermächtigung zu unterstützen. Die Frauen wussten, dass sie bei diesen Treffen Frauen kennen lernen würden, die in ähnlichen Situationen waren, was die Hemmschwelle für die Teilnahme senkte bzw. fast verschwinden ließ. Die Treffen fanden in den Räumlichkeiten der Antidiskriminierungsstelle Steiermark statt. So lernten die Frauen unsere Büroräume kennen. Das machte es leichter für sie, unsere Beratungsdienste im Diskriminierungsfall anzunehmen, da ihnen die Räume und auch die Berater*innen bereits vertraut waren. Neben dem Empowerment der Frauen sollte im Rahmen der runden Tische auch darüber informiert werden, wie Anzeige erstattet werden kann. Gleichzeitig sollte das Vertrauen der Frauen in die Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden.

Die Bekämpfung von Flüchtlingsfeindlichkeit (Chemnitz, Deutschland)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

245.051
2020

Rechte Gruppen lösten 2018 Massenproteste gegen Migrant*innen aus und machten Chemnitz zum Sinnbild einer deutschen Stadt, in der Antiasylbewegungen rassistische Demonstrationen mobilisieren können. Zugleich wurde deutlich, welchen großen Einfluss soziale Netzwerke und die Medien auf die Demonstrationsdynamik hatten, etwa was die Mobilisierung von Teilnehmer*innen angeht. Die Berichterstattung zu diesen Ereignissen in den Medien ließ eine Stadtgesellschaft zurück, die die Demonstrationen in vielerlei Hinsicht als stigmatisierend empfindet. Die Initiator*innen dieser Demonstrationen streiten bis heute ab, damit dem Image der Stadt geschadet zu haben. Dabei bleiben all jene, die sich tagtäglich für eine inklusive Gesellschaft und für demokratische Werte einsetzen, unsichtbar. Der Alltag in Chemnitz ist geprägt von gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich in ganz Europa beobachten lassen.

Die Aufarbeitung der Ereignisse von 2018 sowie der aktuell starken rechtsextremistischen Bewegungen sind ein fortlaufender Prozess, der so viele Beteiligte wie möglich erfordert. Die Zivilgesellschaft braucht daher weiter die Unterstützung der Stadtverwaltung. Die Ernennung der Stadt zur Kulturhauptstadt Europas 2025 stellt einen Meilenstein für den Wandel der Chemnitzer Stadtgesellschaft dar. Die Erwartungen in diesem Zusammenhang sind in Deutschland und Europa sehr hoch, weil die oben beschriebenen gesellschaftlichen Konflikte nicht nur in Chemnitz zutage treten. Die Zivilgesellschaft und die Verwaltungen arbeiten gemeinsam daran, Chemnitz zu einer Stadt für alle zu machen. Im Rahmen der Hinarbeitung auf dieses Ziel wird die Stadtverwaltung die Förderung demokratischer Werte finanziell unterstützen und das Engagement der Zivilgesellschaft langfristig fördern. Das setzt ein klares Zeichen dafür, dass Chemnitz sich für die Stärkung kultureller Vielfalt und demokratischer Werte einsetzt.

In Chemnitz gibt es kaum Berichte über die Opfer von antimuslimischem Rassismus. Diese Ausgangslage macht es schwierig, den migrantischen Gemeinschaften Zukunfts-

perspektiven aufzuzeigen. Immer wieder kommt es zu Ausbrüchen von fremdenfeindlichem Hass als Reaktion auf bestimmte Vorfälle, etwa als Reaktion auf die Debatte um die Verwendung bestimmter Gebäude als Unterkunft für Geflüchtete. Die Stadt Chemnitz geht nun aktiv gegen die Ursachen dieser Entwicklungen vor. Es gab in Chemnitz lange Zeit nur eine geringe Zahl an Bürger*innen mit Migrationshintergrund, was zu einem Mangel an Erfahrung im Umgang mit Immigration und kultureller Pluralität geführt hat. 1999 hatten 2,01 % der Bevölkerung von Chemnitz einen Migrationshintergrund; 2015 stieg die Zahl auf 7,08 % und 2020 auf 8,84 %. Diese demografische Entwicklung bringt natürlich zahlreiche neue Herausforderungen mit sich, was das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Stadt angeht.

Lange Zeit hatte Chemnitz zudem die einzige Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete im ganzen Freistaat Sachsen. Der Freistaat Sachsen hat es allerdings versäumt, Maßnahmen zu ergreifen, die eine positive Kontakterfahrung sowohl für die Immigrant*innen als auch die Aufnahmegesellschaft ermöglicht hätten. Diese Isolation hat gesellschaftliche Schäden in den Gegenden der Aufnahmeeinrichtungen angerichtet. Die fehlende Unterstützung bei der Integration der Geflüchteten in diesen Unterkünften hat bei den Bürger*innen zu einer einseitigen und negativen Erfahrung mit Immigrant*innen geführt, sodass die ersten fremdenfeindlichen und rassistischen Vorfälle in der Nähe der Einrichtung stattfanden. Daraus entwickelte sich dann der Nährboden für die aktuell starken rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Bewegungen. Diese Bewegungen streben danach, antimuslimischen Rassismus mehrheitsfähig zu machen.

Aufgrund dieser Situation hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die TU Chemnitz mit der Durchführung einer Studie sowie der Auswertung der Wahrnehmung dieser Vorfälle einschließlich der Gründe und der Folgen für die Bevölkerung betraut. Die Studie erlaubt wichtige Einblicke in den antimuslimischen Rassismus. Die gefundenen Indikatoren legen nahe, dass antimuslimischer Rassismus in Chemnitz mit mehreren Faktoren verbunden ist, die ihre Ursprünge in den komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen nach 1989 und dem Fall des Eisernen Vorhangs haben, der das Ende der Ost-West-Teilung markierte. Die Wahrnehmung von Menschen mit Migrationshintergrund, die Kontakterfahrungen, die Bedrohungsempfindung, autoritäre Haltungen und Sicherheitsbedenken spielen eine große Rolle. Die Antiasylbewegungen in Chemnitz stehen auch im Zusammenhang mit weit verbreiteten Bedenken und weisen Gruppendynamiken auf.

Die Studie legt auch nahe, dass ein positiver Umgang mit Immigration möglich ist. Die wichtigste Kernaussage ist, dass positive Kontakterfahrungen mit Immigrant*innen die Bereitschaft reduzieren können, sich Antiasylbewegungen anzuschließen. Die Tatsache, dass ein konkreter positiver Kontakt Ängste und Bedrohungsempfindungen abbauen und das Sicherheitsgefühl stärken kann, ist hier von zentraler Bedeutung. Die Stadt Chemnitz hat also im Rahmen der Handlungsempfehlungen der Studie verschiedene Maßnahmen ergriffen, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu begegnen und eine kosmopolitische Stadt zu schaffen.

**Beispiel 1:
Konfliktbewältigung
in öffentlichen
Räumen**

Im Rahmen eines Modellprojektes mit dem VfB Salzwedel e.V. wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema *Sicherheit in der Innenstadt* mit Vertreter*innen von migrantischen Gemeinschaften ins Leben gerufen. Das erlaubt einen gegenseitigen Perspektivenwechsel, da Vorurteile und falsche Annahmen aus der Welt geschafft werden. Es sind gemeinsame Projekte geplant, mit denen die Bevölkerung dafür sensibilisiert werden soll, dass Vorurteile und Gerüchte signifikant dazu beitragen, Unsicherheiten und Angst zu schüren. Im Rahmen weiterer Gemeinschaftsprojekte unter Beteiligung der betreffenden Gemeinschaften arbeitet die Stadt aktiv an diesem Problem.

**Beispiel 2:
Festival der
Meinungs-
verschiedenheiten**

Das Festival der Meinungsverschiedenheiten wird seit 2019 in einem Park nahe dem Stadtzentrum ausgerichtet, der als Symbol für unsichere Orte dient. Die lockere Atmosphäre des Festivals ermöglicht es Besucher*innen mit verschiedensten Meinungen, miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir organisieren außerdem auch moderierte Diskussionsrunden mit fünf Personen. Bei jeder dieser Diskussionsrunden wird darauf hingearbeitet, die Menschen dazu zu bewegen, sich gegenseitig zuzuhören und Meinungen auf objektive Art und Weise zu äußern. Die Teilnehmenden werden nach dem Zufallsprinzip auf Tische verteilt, um zu verhindern, dass sie sich nur in ihren jeweiligen „Blasen“ bewegen. Die Erfahrung zeigt, dass das Format auf reges Interesse stößt und migrantische Perspektiven sehr gut in die öffentliche Diskussion integriert werden können. Es ist sehr viel schwieriger, rassistische Äußerungen von Angesicht zu Angesicht zu tätigen als in anonymen sozialen Netzen. Die Moderator*innen sorgen dafür, dass die Teilnehmenden nicht von einzelnen Meinungsführer*innen vereinnahmt werden. Die Moderator*innen werden vorher geschult und auf den Umgang mit Zwischenfällen vorbereitet. Inzwischen findet die Veranstaltung in kleineren Formaten auch in anderen Kommunen Nachahmung.

**Beispiel 3:
Städtisches
Förderprogramm
für Weltoffenheit**

Seit 2009 verfügt Chemnitz über ein städtisches Förderprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit mit einem Budget von 80.000 Euro. Über diesen Fonds für Mikroprojekte wurden Initiativen gefördert, die Geflüchtete unterstützen, Brücken bauen, Vorurteile abbauen und neue positive Netzwerke aufbauen. Aus diesen Initiativen hat sich eine stabile

Zivilgesellschaft entwickelt, deren Vertreter*innen aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vorgehen. Die konstant hohe Nachfrage nach Projektunterstützung zeigt, dass sich die Akteur*innen von der Stadt gut unterstützt fühlen. Diese Unterstützung ist wichtig, weil sie zeigt, dass die Stadtverwaltung und demokratische Gruppen sich hier klar positionieren. 2021 wurde die Förderung verlängert. Das Rotationssystem im Überwachungsausschuss ermöglicht die Teilnahme von Organisationen unter migrantischer Selbstverwaltung. Der städtische Fonds für Mikroprojekte wird durch das Bundesprogramm *Demokratie leben!* ergänzt.

**Beispiel 4:
Stadtviertelfeste**

In dem Stadtteil, in dem die Erstaufnahmeeinrichtung beheimatet ist, wurden mehrere Stadtviertelfeste ausgerichtet. Die Bewohner*innen der Aufnahmeeinrichtung wurden ausdrücklich dazu eingeladen. Das Ziel war eine natürliche Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Das Konzept ging gut auf und wird nach der Pandemie fortgesetzt.

**Beispiel 5:
Das Nachbar-
schaftscafé**

Viele Vereine, Initiativen und kirchliche Gemeinden haben Menschen dazu eingeladen, informelle Treffen zwischen Geflüchteten und der Nachbarschaft in ihren Gemeinschaftsräumen zu organisieren. Das Konzept des Nachbarschaftscafés wurde für diese Treffen ganz gezielt ausgewählt. Gemeinsames Essen und Trinken ist oft der beste Weg, ins Gespräch zu kommen und Vorurteile abzubauen. Das Konzept ging gut auf und wird nach der Pandemie fortgesetzt.

Die Stadt als Hüterin von Chancengleichheit

4.2.1 Ein menschenrechtsbasierter Ansatz zur Politikgestaltung (Dr. Klaus Starl)

Charles Husband war lange Zeit als wissenschaftlicher Beirat für die ECCAR tätig und begann seine Ausführungen zu öffentlichen Dienstleistungen der Behörden in Vielfaltsgesellschaften mit dieser wichtigen Bemerkung.

Um einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Politikgestaltung umsetzen zu können, müssen kommunale Behörden diese Gemeinschaften auch kennen, damit sie sie ideal versorgen können. Und um die lokalen Gemeinschaften zu kennen, braucht es Engagement und den direkten Austausch mit ihnen, damit man ihre berechtigten Bedürfnisse kennt. Dieser Ansatz bringt eine besonders wichtige Konsequenz für die Struktur, Verantwortung und die Kompetenzen der Stadtverwaltung mit sich. Wie die ECCAR-Studie zu Maßnahmen im Zusammenhang mit antimuslimischem Rassismus gezeigt hat, werden Themen rund um „Muslim*innen“ bestimmten städtischen Abteilungen zugewiesen, wobei es sich oftmals um Integrationsabteilungen handelt. Diese Struktur erhöht das Risiko, bestehenden antimuslimischen Rassismus zu institutionalisieren. Die Integrationsabteilung mag vielleicht für kürzlich immigrierte Menschen zuständig sein und diesen beim Einleben in die Aufnahmegesellschaft unterstützen können; Dringend gebraucht werden aber interreligiöse und interkulturelle Kompetenzen unter allen Mitarbeiter*innen der Bürger*innendienste, beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit, Sicherheit, Sozialfürsorge, Pflege und Kultur, also in allen Abteilungen, in denen eine Sensibilität für Kultur und Religion für die Gleichbehandlung der Bürger*innen – und zu diesem Zwecke letztlich ihre Andersbehandlung – erforderlich ist.

Um die lokalen Gemeinschaften zu kennen, muss man außerdem ihre Diversität, also auch die gruppeninterne Diversität, anerkennen. Ich übernehme ungern Konzepte von gruppenbasierter Diskriminierung, weil diese oft zu verallgemeinern sind und dabei die Interrelationen innerhalb der Gruppe und die Intersektionen mit anderen Konzepten von Inferiorisierung übersehen werden. Außerdem wird dabei von einer homogenen Gruppe

ausgegangen. Das ist in Bezug auf alle muslimischen Gemeinschaften in allen europäischen Städten eine falsche Annahme. Nicht einmal die fünf Säulen des islamischen Glaubens werden von allen Gruppen geteilt. Außerdem sind die Mitglieder in westlichen Gesellschaften aufgewachsen, stammen aus verschiedenen Ländern, gehören verschiedenen Konfessionen oder Ideologien an, sind religiös organisiert oder eben nicht einmal das. Diese Tatsache wird nach wie vor oft vernachlässigt.

Daher ist es wichtig, immer im Austausch zu bleiben, um in den unterschiedlichen Kontexten voneinander zu lernen. Aus der Sicht von Muslim*innen ist das Hauptproblem, dass sie sich vollkommen missverstanden fühlen und das Gefühl haben, in Gesprächen und im Arbeitskontext nicht ernst genommen zu werden. Diese irigen Annahmen führen Berichten zufolge zu schwerwiegenden Misshandlungen in Gefängnissen, in Polizeigewahrsam, im Kindergarten und in Bildungseinrichtungen, bei der Gesundheitsversorgung sowie bzgl. des Zugangs zum Arbeitsmarkt.

Die Arbeit mit Gefangenen in verschiedenen Städten zum Zwecke der Prävention von religiöser Radikalisierung hat gezeigt, dass die Behörden die Religionsfreiheit bis zu einem gewissen Grad respektieren, dass das Gefängnispersonal den Schutz und die Ausübung dieses Menschenrechts jedoch nicht garantiert, da es in den jeweiligen Gesetzen und Vorschriften keine rechtliche Grundlage dafür gibt. Ein Gefängnis ist jedoch ein ganz besonderer Kosmos. Im Bildungssektor zeigt sich ein ähnliches Bild, da auch dort die Mehrheit kulturelle Homogenität durchsetzt.

Basierend auf den obigen Überlegungen organisiert der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz seit 2019 Gesprächsrunden rund um das Thema „Muslim*in sein in Graz“ zwischen muslimischen Bürger*innen und entsprechenden Organisationen sowie den lokalen Behörden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Polizei, Vertreter*innen des Bildungssektors sowie anderen relevanten Akteur*innen und Interessenvertreter*innen. Ziel dieser Gespräche ist der Perspektivwechsel, die Förderung des Verständnisses der Lebensrealitäten der jeweils anderen Gruppen sowie die Ausarbeitung von Empfehlungen. Diskutiert werden unter anderem Religionsfreiheit, Arbeit, Gesundheit, politische Teilhabe, Medien, Wohnung, Bildung und Kultur.

Diese Empfehlungen wurden basierend auf den kooperativen Dialogen zwischen den Behörden und Muslim*innen in Graz erarbeitet und unterstützen meine obigen Aussagen: Muslim*innen sind eine sehr diverse Gruppe – wie auch andere Glaubensgemeinschaften –, werden aber durch Othering homogenisiert. Menschenrechtsbezogene Dienstleistungen müssen folglich kultursensibel sein. Dafür müssen Behörden mit allen Gemeinschaften in Kontakt stehen, für die sie zuständig sind. Auch hier gelten nach wie vor Charles Husbands Worte: „Wenn du mich gleich behandeln willst, musst du bereit sein, mich anders zu behandeln!“

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Bildung und Kultur sollten inklusiv und für alle zugänglich sein.
- Maßnahmen gegen die Segregation auf dem Wohnungsmarkt und in der Schulbildung sollten umgesetzt werden.
- Religiöse Feste müssen zusammen mit allen Glaubensgemeinschaften gefeiert werden.
- Lehrer*innen brauchen interreligiöse Schulungen.
- Die Ausübung der Religionsfreiheit muss von den Schulbehörden aktiv ermöglicht werden.
- Der öffentliche Wohnungsbau sollte als Mittel zur Prävention und Bekämpfung von Segregation genutzt werden. Außerdem braucht es Wohnungen für größere Familien.
- Die Stadt muss für eine positive Berichterstattung zum Islam und zu Muslim*innen in den Medien sorgen. Städtische Mitarbeitende sollten sich klar gegen den Allgemeinverdacht, unter den Muslim*innen gestellt werden, und ihre Stereotypisierung als Fundamentalist*innen positionieren.
- Die Stadt muss dafür sorgen, dass es Gebetsräume in öffentlichen Gebäuden gibt.
- Die Stadt muss als Arbeitgeberin Diversität gewährleisten, auch was das Tragen religiöser Zeichen und Kleidung betrifft. Sie sollte also z. B. Uniformen für die verschiedenen Glaubensgruppen vorhalten.
- Die Gesundheitsversorgung muss religiöse Gefühle respektieren, etwa durch die Einhaltung von Pietätsregeln, das Vorhalten von Gebetsräumen in Krankenhäusern und durch das Angebot religiöser Begleitung. Medizinisches und Pflegepersonal muss entsprechend geschult werden. Patient*innen müssen einfachen Zugang zu Informationen über Patientenrechte haben.

aler gen ssismus

*Piano locale per
toria e basata sui diritti
nelle nuove cittadine
ng und für menschen-
ir neue Bürger*innen)
uf Wohlergehen, auf
um öffentlichen Leben
Neubürger*innen aus
ließlich muslimischer*

*das sich auf einen
n Angestellte des
bergreifenden Schu-
e Methoden wurden
sche Rahmen gründete
Ansatz, der einerseits
rative sowie Othering*

bestimmter Gemeinschaften und ihre Darstellung als Fremde oder als Sicherheitsrisiko zu überwinden, und andererseits hilfreich für die Ausarbeitung eines gezielten Aktionsplans zur Verbesserung der Verwaltungsdienstleistungen war.

ausgegangen. Das ist in europäischen Städten eine fälschlicherweise als „Glaubens werden von“ missinterpretierte Gesellschaften aufgewachsen. Diese Tatsache wird

Daher ist es wichtig, in Kontexten voneinander zu unterscheiden, dass sie sich voll und ganz im Arbeitsfeld führen Berichten zu Polizeigewahrsam, im Versorgung sowie bzgl.

Die Arbeit mit Gefährdungen religiöser Radikalisierung ist einem gewissen Grad der Übung dieses Menschen und Vorschriften keine ganz besonderer Kosmos, die Mehrheit kulturelle

Basierend auf den in der Stadt Graz seit 2019 Gesprochen zwischen muslimischen lokalen Behörden, zivilgesellschaftlichen des Bildungssektors sowie anderen. Ziel dieser Gespräche ist die Lebensrealitäten der Beteiligten. Diskutiert werden auch Teilhabe, Medien,

Diese Empfehlungen werden den Behörden und Muslimen Aussagen: Muslim*innen in Gemeinschaften –, werden Dienstleistungen müssen Gemeinschaften in Kontakt vor Charles Husbands Vorgehen sein, mich anders zu be-

4.2.2

Die Schaffung lokaler Aktionspläne gegen antimuslimischen Rassismus

4.2.2.1



Hintergrund

Im Jahr 2018 hat die Stadt Bologna ihren *Piano locale per un'azione amministrativa non discriminatoria e basata sui diritti umani nei confronti dei nuovi cittadini e delle nuove cittadine* (städtischer Plan zur Nichtdiskriminierung und für menschenrechtsbasierte städtische Maßnahmen für neue Bürger*innen) verabschiedet. Damit wurde das Recht auf Wohlergehen, auf Nichtdiskriminierung und auf Teilhabe am öffentlichen Leben auf lokaler Ebene für Bürger*innen bzw. Neubürger*innen aus verschiedenen Gemeinschaften – einschließlich muslimischer Gemeinschaften – verankert.

Basierend auf diesem Rahmenwerk, das sich auf einen partizipatorischen Ansatz stützt, nahmen Angestellte des öffentlichen Dienstes an einer disziplinübergreifenden Schulung („Open Lab“) teil. Der Inhalt und die Methoden wurden dabei stetig angepasst. Der methodologische Rahmen gründete sich auf einen menschenrechtsbasierten Ansatz, der einerseits dabei geholfen hat, vorherrschende Narrative sowie Othering bestimmter Gemeinschaften und ihre Darstellung als Fremde oder als Sicherheitsrisiko zu überwinden, und andererseits hilfreich für die Ausarbeitung eines gezielten Aktionsplans zur Verbesserung der Verwaltungsdienstleistungen war.

Schulungen

An der ersten von zahlreichen Schulungen, die als *Lab* im Rahmen einer Fortbildung für Angestellte im öffentlichen Dienst gemeinsam mit der Universität Bologna angeboten wurde, nahmen 130 Mitarbeiter*innen teil, die in sechs verschiedenen Stadtteilen arbeiteten. Dabei wurden folgende Themen besprochen:

- Menschenrechte, Würde, Integration und kulturelle Rechte,
- die Rolle von Städten bei der Gewährleistung von Teilhabe, gegenseitigem Verständnis und der Bekämpfung von Diskriminierung,
- Statistiken zu den verschiedenen Gemeinschaften auf lokaler Ebene zur Bekämpfung von Vorurteilen und Voreingenommenheiten,
- Erwartungen und Bedürfnisse der religiösen Gemeinschaften Bologna mit einem Schwerpunkt auf städtischen Dienstleistungen,
- interkulturelle Kommunikation, Kontexte, Kultur, Diversität.

Forschungsprojekte

Die Fortbildungen für weitere Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes wurden wiederholt, unter anderem für weitere Angestellte mit Bürger*innenkontakt, im Bereich Schuldienstleistungen, im Bereich der Arbeit in den Gemeinschaften, in Bibliotheken und Museen sowie bei der Polizei.

Per una politica dell'inclusione dell'Islam e dei musulmani a Bologna (Die effektive Inklusion des Islam und der muslimischen Bürger*innen in Bologna):

Dieses Forschungsprojekt wurde zwischen 2013 und 2015 durch das Europäische Hochschulinstitut mit dem Ziel umgesetzt, die Beziehungen zwischen der Stadt Bologna und den muslimischen Gemeinschaften zu stärken. Diese partizipative Vorerhebung wurde unter Beteiligung der lokalen muslimischen Gemeinschaften, junger Muslim*innen, religiöser Leiter*innen, der sich entwickelnden CIB (Islamische Gemeinschaft von Bologna) und einiger städtischer Dienstleister*innen durchgeführt, um die Präsenz und Beiträge von Muslim*innen, bestehende Beziehungen und ungedeckte Bedürfnisse auf lokaler Ebene zu ermitteln und diese hervorzuheben.

Aspettative e bisogni delle comunità religiose a Bologna (Die Erwartungen und Bedürfnisse der religiösen Gemeinden in Bologna):

Der *Piano locale per un'azione amministrativa non discriminatoria e basata sui diritti umani nei confronti dei nuovi cittadini e delle nuove cittadine* (städtischer Plan zur Nichtdiskriminierung und für menschenrechtsbasierte städtische Maßnahmen für neue Bürger*innen) wurde 2018 verabschiedet und sieht einen umfassenden Katalog an Maßnahmen vor, mit dem gezieltere Pläne für bestimmte Bereiche und städtische Dienstleistungen ermöglichen sollen. Eine dieser Maßnahmen war dieses Projekt, in dem es um lokale städtische Dienstleistungen, öffentliche Plätze, Gebetsräume, das Gefühl des Ausgeschlossenseins bzw. der Zugehörigkeit usw. geht. Ziel dabei war es, diskriminierende Situationen und Umstände zu erforschen, die die uneingeschränkte Ausübung der Freiheit, die religiöse Identität auszuleben, verhindern.



Der fortlaufende partizipative Prozess führte zur Mitbegründung eines Hilfezentrums, in dem diskriminierendes Verhalten gemeldet werden kann und das diesbezüglich Unterstützung bietet. Die SPAD, Sportello Antidiscriminazioni (Antidiskriminierungsstelle) wurde von der Stadt Bologna und 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen mitbegründet und wird von allen Prozessbeteiligten gemeinsam verwaltet – mit erfreulichen Ergebnissen.

Warum sind lokale Aktionspläne wichtig?

Eine Erkenntnis, die wir in Bologna gewonnen haben, ist, dass lokale Aktionspläne wichtig sind und die Teilnahme und das Engagement der Interessenvertreter*innen bei der Ausarbeitung von entsprechenden politischen Maßnahmen für den Schutz von Allgemeingütern wie den Menschenrechten stärken. Lokale Aktionspläne werden zwangsläufig durch den zeitlichen Rahmen, bestimmte Ziele, Maßnahmen und Kontrollinstrumente eingeschränkt. Ihre Wirkung zeigt sich jedoch weit über die Laufzeit hinaus – wie in unserem Fall – sodass lokale Aktionspläne zu nachhaltigen Ergebnissen führen. Spezifische Ziele im Aktionsplan, wie etwa die Stärkung des Antidiskriminierungsnetzwerks, haben zur Etablierung eines neuen, gemeinsam geleiteten Dienstes geführt (Antidiskriminierungsstelle), was im Folgenden zu einem Anstieg der Zahl der gemeldeten Diskriminierungsfälle geführt hat (von durchschnittlich drei bis vier Fällen jährlich in der Metropolregion auf 50 in sechs Monaten im Stadtgebiet), den Einsatz anderer städtischer Dienste erhöht hat, das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Schulung geschärft hat und vor Kurzem auch das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Ausweitung des Rahmens und des Mandats der Antidiskriminierungsstelle geschärft hat. In diesem Zusammenhang sollen durch die Einbindung weiterer Interessengruppen mehr Diskriminierungsmotive abgedeckt werden.

Obwohl es viele Studien zu Menschenrechten und Nichtdiskriminierung auf internationaler und europäischer Ebene und manchmal auch auf nationaler Ebene gibt, wurde uns klar, dass es wichtig ist, Datenlücken auf lokaler Ebene auszumachen, um evidenzbasierte politische Maßnahmen zu entwickeln, die auf die spezifischen Bedürfnisse der Individuen und Gruppen abgestimmt sind, die unsere Stadt einzigartig und zu einem ganz spezifischen Kontext machen. In dieser Hinsicht sowie auch bzgl. der Schulungen haben sich die Kooperationen mit der Universität von Bologna, mit unabhängigen und gemeinnützigen Forschungszentren und politiknahen Einrichtungen sowie mit Basisorganisationen als hilfreich erwiesen.

4.2.2.2

Barcelona, Spanien



Barcelonas Stadtrat (Ayuntamiento de Barcelona) hat den ersten *Plan municipal de lucha contra la Islamofobia* (städtischer Aktionsplan gegen Islamophobie) im Dezember 2016 mit einer Anfangslaufzeit von 18 Monaten ratifiziert und ihn bis Juni 2019 verlängert, um gegen den Anstieg von Hassrede gegen den Islam aufgrund der Terroranschläge vom 17. August 2017 in Barcelona vorzugehen.

Ziel war die Schaffung eines gezielten Plans gegen eine spezifische Art von Diskriminierung angesichts der zunehmenden Diskriminierung der muslimischen Bevölkerung aufgrund ihrer Religion, ethnischen Zugehörigkeit oder ihres Geschlechts oder einer Kombination dieser Faktoren. In den Jahren zuvor wurden Daten gesammelt, die auf einen Anstieg von Hassverbrechen islamophober Natur insgesamt hinwiesen.

Die entsprechende Studie mit dem Titel *La pràctica religiosa de les comunitats musulmanes de Barcelona expressions i problemàtiques* (Islamische Praktiken der muslimischen Gemeinschaft von Barcelona. Ausdruck und Probleme.) wurde im Juli 2016 vorgestellt. Dabei stießen wir auf islamophobe Verhaltensweisen und Äußerungen in der Stadt. Die Studie führte zu einer Reihe von Empfehlungen, die als Grundlage für die Vorbereitung des *Plan municipal de lucha contra la Islamofobia* dienten.

Dabei gilt es zu beachten, dass dieser städtische Aktionsplan gegen Islamophobie unter enger Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinschaften, Expert*innen und Menschenrechtsorganisationen erarbeitet wurde, um die Perspektive und die Arbeit führender Verbände und Organisationen einzubeziehen und damit die Betroffenen in die Ausarbeitung und Umsetzung des Plans einzubinden.

Weitere Abteilungen der Stadt haben ebenfalls ihren Beitrag geleistet, um die Durchführbarkeit des Plans zu gewährleisten und seine interne Ratifizierung, die fachliche Koordination sowie die Bekanntmachung in und Beteiligung von allen Abteilungen zu fördern.

Der Plan spiegelt die Bemühungen der Stadt Barcelona sowie der beteiligten Stellen wider, für Islamophobie als Form der Diskriminierung zu sensibilisieren, die es zu bekämpfen gilt. Der Islam wird durch die Verbreitung von Bildern sowie Kommentaren in den sozialen und traditionellen Medien negativen Generalisierungen ausgesetzt, die Hassrede fördern. Ziel ist die Normalisierung religiöser Diversität innerhalb der Stadt und die Stärkung von Mechanismen zur Prävention von islamophober Diskriminierung.

Meilensteine des Plans

- Sensibilisierung für Islamophobie als Form der Diskriminierung, die in Barcelona auftritt und konkrete negative Folgen auf einen Teil der Stadtbevölkerung hat, aber gleichzeitig auch die Gesellschaft als Ganzes bedroht, weil sie die soziale Kohäsion und das Zusammenleben gefährdet;
- Kompetenzentwicklung und Empowerment der Muslim*innen in Barcelona durch Unterstützung, direkte Schulungen, Schlichtung und den Ausbau des Wissens um die allgemeinen Dienstleistungen der Stadt;
- Direkte Beteiligung der von Islamophobie Betroffenen im Rahmen der Ausarbeitung, Umsetzung und Überwachung der Einhaltung des Plans;
- Anerkennung von Islamophobie als Form der Diskriminierung, die verhindert werden muss;
- Erstellung eines Protokolls für die Mediation mit den Gemeinschaften bzgl. der Eröffnung von Gebetshäusern;

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ Die Stadt Barcelona ist der Ansicht, dass Maßnahmen stärker lokal ausgerichtet sein sollten und mehr Arbeit auf kommunaler Ebene stattfinden sollte. Um die Mechanismen und Ziele des Plans bewerten zu können, sind zudem einige Nachbesserungen erforderlich. Mit diesem Plan wurde eine spezifische Form des Rassismus und der Diskriminierung ins Bewusstsein gerückt. Die Stadt Barcelona ist der Ansicht, dass es wichtig ist, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass drei Generationen von Muslim*innen in Barcelona leben, und ihre religiösen Praktiken als alltäglicher Bestandteil der Stadt Barcelona normalisiert werden müssen. Außerdem braucht es mehr Arbeit zu intersektionaler Diskriminierung von muslimischen Frauen und zur Wahrung der Rechte von Muslim*innen, etwa in Bezug auf halal Mahlzeiten in Schulen und den Zugang zu Gebetsräumen.

Gemeinschaften in den
d Sants bei der Eröff-
etshäuser;
elfalt in Schulkantinen
ausschuss und durch
chüre zur *Zubereitung*
tituto Municipal de
ches Bildungsamt)

obie?

e eher theoretischen
Maßnahmen und
auch, dass es beim
Kontrollorganen gab,
niedenen Abteilungen
nen Ausschuss von

us wie zum Beispiel
Realität, die zur Um-
in vielen anderen
er Ansicht, dass die
das Thema auf die
verbrechen zu verhin-
Rechte aller Einwoh-

Meilensteine des Plans

- Erstellung eines Protokolls für die Mediation mit den Gemeinschaften bzgl. der Eröffnung von Gebetshäusern;

- Unterstützung für muslimische Gemeinschaften in den Vierteln Nou Barris (C. Japó) und Sants bei der Eröffnung und dem Umzug ihrer Gebetshäuser;
- Überwachung der Ernährungsvielfalt in Schulkantinen durch Treffen mit dem Bildungsausschuss und durch die Veröffentlichung einer Broschüre zur *Zubereitung von halal Gerichten*, die vom Instituto Municipal de Educación de Barcelona (städtisches Bildungsamt) erstellt wurde.

Warum brauchen Städte einen gesonderten Plan gegen Islamophobie?

Der Plan gegen Islamophobie war ein erfolgreicher Beitrag, um die eher theoretischen Diskussionen über Islamophobie zu überwinden, da so konkrete Maßnahmen und ein detaillierter Strategieplan entstanden sind. Ein Mehrwert war auch, dass es beim Plan eine Verwaltungs- und Kontrollstruktur bestehend aus zwei Kontrollorganen gab, darunter ein internes Kontrollorgan mit Vertreter*innen aus verschiedenen Abteilungen der Stadt und ein externes Organ, bestehend aus einem gemeinsamen Ausschuss von verschiedenen Vereinen und Gremien.

Ein Plan für die Arbeit an einer spezifischen Form von Rassismus wie zum Beispiel Islamophobie ist für jede Stadt erforderlich und sachdienlich. Die Realität, die zur Umsetzung eines solchen Plans in Barcelona geführt hat, sieht leider in vielen anderen europäischen Städten ähnlich aus. Die Stadt Barcelona ist daher der Ansicht, dass die Ausarbeitung eines derartigen Plans ein wirksames Mittel ist, um das Thema auf die politische Agenda der Städte zu setzen und damit Hassrede und -verbrechen zu verhindern und die Kohäsion, das Zusammenleben und die Wahrung der Rechte aller Einwohner*innen – vor allem auch von Muslim*innen – sicherzustellen.

Kommunale Praxisbeispiele

Die Gewährleistung kultursensibler Bestattungen (Toulouse, Frankreich)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

509.946
2009

Der Toulouse Fraternité – Conseil de Laïcité (Toulouse Fraternité – Laizismusrat), das außerstädtische Beratungsgremium von Toulouse, ist nahezu einzigartig in Frankreich und befasst sich mit der Umsetzung des Säkularitätsprinzips im Alltag des öffentlichen Dienstes. Das Gremium überwacht die Umsetzung des ständigen Ziels der Stadt Toulouse, den Dialog zwischen gewählten Vertreter*innen, den institutionellen Vertreter*innen, der säkularen Bewegung, den Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, den religiösen Glaubensrichtungen, den Vertreter*innen der Freimaurerbewegung sowie den Expert*innen für Säkularismus zu fördern.

Vertreter*innen der monotheistischen Religionen, darunter alle offiziellen religiösen Gemeinden in Toulouse, werden dazu eingeladen: die anglikanische Kirche, die katholische Kirche, die protestantische Kirche, die orthodoxe Kirche, die jüdische Gemeinde, die buddhistische Gemeinde und die muslimische Gemeinde. Die muslimische Gemeinde wird hier von zwei zivilgesellschaftlichen Einrichtungen vertreten, nämlich von der Association culturelle et culturelle islamique en France (ACCIF, Verband des islamischen Glaubens und der Kultur in Frankreich) und dem Conseil régional du culte musulman (CRCM, Regionalrat des muslimischen Glaubens).

Der Rat trifft sich in regelmäßigen Abständen in Plenarsitzungen sowie zwischenzeitlich in Form von Ausschüssen. Er fungiert zudem als Beratungsgremium, an das sich der*die Bürgermeister*in wenden kann und beschäftigt sich mit Fragen rund um das Leben spiritueller Gemeinden sowie dem religiösen Leben in der Stadt Toulouse und der Republik Frankreich allgemein befasst und das auch Gutachten erstellen kann.

Der Rat wählt jedes Jahr ein Thema aus, das im Zusammenhang mit der Umsetzung des Säkularitätsprinzips innerhalb der Stadt sowie den Auswirkungen auf das Zusammenleben der religiösen Gemeinden in Toulouse steht. Zu den bisherigen Themen gehören unter anderem auch konfessionelle Plätze auf Friedhöfen (für Muslim*innen), die von der Stadt Toulouse verwaltet werden. In Frankreich ist der*die Bürgermeister*in rechtlich verpflichtet, einer verstorbenen Person für die Dauer von fünf Jahren ein Grab zu gewähren. Das Gesetz schreibt für Friedhöfe absolute Neutralität vor. Daher sind gesonderte konfessionelle Plätze theoretisch nicht erlaubt. Das bedeutet auch, dass auf den Wegen und den Gemeinschaftsplätzen keine eindeutig religiösen Zeichen gestattet sind. Laut Ministerialerlassen ist es den Bürgermeister*innen allerdings gestattet, die Verstorbenen derselben Religionsgemeinschaft in sogenannten konfessionellen Plätzen zusammen zu gruppieren (traditionellerweise werden jüdische und muslimische Plätze eingerichtet). Dies erfolgt unter der Bedingung, dass es keine Abtrennung zwischen den verschiedenen konfessionellen Plätzen gibt. In Frankreich haben im Laufe der Zeit manche Bürgermeister*innen entschieden, Anträge auf die Einrichtung von Plätzen zu bewilligen, während andere diese Anfragen mit Verweis auf das Gesetz ablehnen. Man schätzt, dass es in ganz Frankreich 400 bis 600 muslimische Plätze auf den 35.000 bis 40.000 Friedhöfen des Landes gibt. In Toulouse und der Metropolregion gibt es Plätze für die verschiedenen religiösen Gemeinden.

**Die Bedürfnisse
der muslimischen
Gemeinde hinsicht-
lich der Bestattung
sind in ganz
Frankreich gleich:**

- Der*die Verstorbene muss unter der Erde begraben werden,
- der*die Verstorbene muss ohne Sarg bestattet werden, der in Frankreich aber verpflichtend vorgeschrieben ist,
- die Gräber müssen nach Mekka ausgerichtet sein.

Sobald die Plätze genehmigt sind, wird der muslimische Glaube berücksichtigt und nur ein Leichnam pro Grab beerdigt.

Rathäuser und Städte sind nicht verpflichtet, diese religiösen Prinzipien zu beachten. Wo allerdings konfessionelle Plätze bestehen – wie zum Beispiel in Toulouse –, werden diese Prinzipien normalerweise beachtet. Das Problem in Toulouse und der Metropolregion ist, dass nicht genug freie Fläche für die Beerdigung verstorbener muslimischer Bürger*innen zur Verfügung steht. Die Diskussion darüber läuft im Laizismusrat seit September 2021. In einem ersten Treffen konnte dank der Beteiligung der örtlichen Universität, den mit dem Thema betrauten gewählten Vertreter*innen und der verantwortlichen Person für Beerdigungen und Friedhöfe der rechtliche Rahmen geschaffen werden. Seitdem wurden drei Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, an denen auch Vertreter*innen des muslimischen Glaubens und aller interessierten Partner*innen beteiligt sind. Eines der Ziele ist es, basierend auf einem lösungsorientierten Ansatz einen Kompromiss hinsichtlich der Bräuche und der Zahl der pro Grab beerdigten Personen zu finden.

4.2.3.2

Interkulturelle Kompetenzschulung für Angestellte im öffentlichen Dienst (Wien, Österreich)



Die Abteilung Integration und Diversität der Stadt Wien wurde 2004 gegründet. Seither wurden über 60 Projekte umgesetzt und zahlreiche weitere Projekte laufen nach wie vor. Darunter sind unterschiedliche Maßnahmen gegen verschiedene Arten von Rassismus, einschließlich Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus. Über die Jahre wurden diese Maßnahmen weiterentwickelt und Interessengruppen zugänglich gemacht.

Alle erwähnten und beschriebenen Projekte sowie weitere Aktivitäten sind als Teil der allgemeinen Bemühungen der Stadt Wien zu verstehen, Wiens Diversitätspolitik und Kultur der Demokratie sowie die Menschenrechtspolitik gemeinsam umzusetzen und zu stärken. Wien ist dem Network of Human Rights Cities (Netzwerk Stadt der Menschenrechte) Ende Dezember 2014 beigetreten, nach einem fast zweijährigen Prozess der Reflexion, Kooperation und Konzeption mit einem Schwerpunkt auf der Antidiskriminierungsarbeit im weiteren Sinne.^{VI}

Für Verwaltungsmit- arbeitende der Stadt

Schulungen und Vortragsreihen

Die demografischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte sind auch für Wiens Stadtverwaltung eine Herausforderung, vor allem hinsichtlich der Diversität von Bürger*innen, aber auch hinsichtlich der Diversität der Mitarbeitenden. Qualitativ hochwertige Dienstleistungen fordern vom Personal die konstante

Reflexion verschiedener Diversitätsaspekte (soziokultureller Hintergrund, Alter, Geschlecht, Religion, Behinderung, sexuelle Orientierung, politische und gesellschaftliche Ansichten). Daher setzt die Stadtverwaltung auf einen integrationsorientierten Ansatz des Diversitätsmanagements und entsprechende Teams.

Die Abteilung Integration und Diversität bietet für Angestellte der Stadt Wien Weiterbildungen durch interne Schulungsleiter*innen an, die entweder an der Wien-Akademie (der Weiterbildungseinrichtung der Stadt Wien) oder als interne Veranstaltung stattfinden, die jeweils auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden zugeschnitten wird. Die Abteilung Integration und Diversität bietet Schulungsveranstaltungen zu Themen rund um Diversität, verschiedene religiöse Hintergründe und Diskriminierung an, darunter:

Transkulturelle Kompetenz

Islam in Wien

Das Fremde in mir

Diversitätsmanagement – Eine Einführung

Perspektivenwechsel

Wien als Einwanderungsstadt – Debatten und Fakten

Bürger*innen mit Migrationshintergrund

Für Interessenvertreter*innen mit Posten bei Regierung bzw. in Kommunen

Auch für verschiedene Interessenvertreter*innen aus Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen werden Fortbildungen angeboten, unter anderem für die Polizei, für Mitarbeitende der Österreichischen Bundesbahnen, für Mitarbeitende an Schulen/weiterführenden Schulen, für Sozialarbeiter*innen, für medizinisches Fachpersonal, für Wohlfahrtsorganisationen (z. B. Caritas, Rotes Kreuz) und für Freiwillige. Die Vortragsreihe *Wien.Vielfalt.Wissen.* lädt zahlreiche Expert*innen und Menschen aus der Praxis dazu ein, ihr Wissen zu teilen. Die Vorlesung *Islam in Wien* wird von der Abteilung seit über 13 Jahren angeboten. Das Setting, die Länge (zwischen drei und sieben Stunden) sowie der Inhalt der Vorträge und Workshops

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ **Auf Wissen setzen:** Wissen zum Thema aufbauen, sich auf dem Laufenden halten, Methoden erforschen (z. B. transkulturelle Kompetenzen);
- ☑ **Thematisch auf dem aktuellen Stand sein:** Die aktuelle Lage zu kennen und fähig zu sein, aktuelle Interessen, Anforderungen und Herausforderungen der Zielgruppen zu erkennen, ist wichtig (z. B. Mobbing unter Schulkindern).
- ☑ **Auf Dialog achten und Netzwerke aufbauen:** auf Teamarbeit achten; mit der Zielgruppe im Dialog bleiben und gemeinsam an der Lösung von Problemen und Herausforderungen arbeiten; sowohl mit städtischen Einrichtungen als auch mit den Gemeinschaften im Dialog bleiben; bei der Netzwerkarbeit über Landesgrenzen hinaus blicken, Transkulturalität, Heterogenität und dynamische Eigenheiten von Kulturen berücksichtigen;
- ☑ **Klare Ziele festlegen:** Die Evaluierung und laufende Anpassung von Projekten sind für die Nachverfolgung der Zielerfüllung erforderlich.
- ☑ Daher gibt es bei uns einen kontinuierlichen Lernprozess und Austausch sowohl für die muslimische Gemeinschaften als auch für die Vertreter*innen der Stadtverwaltung. Ein*e Interessenvertreter*in aus der Gemeinschaft hat es folgendermaßen ausgedrückt; „Erst als wir das Netzwerkprojekt mit afghanischen und tschetschenischen Gemeinschaften ins Leben gerufen haben, habe ich gemerkt, dass der typische Vortrags- und Publikumskontext nicht mehr auf meine Zielgruppen passt. Menschen lassen sich viel einfacher mit Spaß und Spannung z. B. im Rahmen von Kulturveranstaltungen motivieren.“

gründe der teilnehmen-
altungen werden als
agement-Peergroups

Wissen über Ge-
ergründe sowie zu den
teln, darunter auch die
muslimischen Rassis-
arüber hinaus geht es
ng von Grundwissen im
en als Instrument für
denen (trans-)kulturel-
t für die Reflexion von
as Thema. Außerdem
n angeboten, darunter
; durch eine örtliche
Wissen und weitere Dis-
uert zwischen 1,5 und
elegenheit, über den

ng gibt es einen drei-
lturelle Kompetenzen“,
wird auch Rassismus

Praxis – vor allem von
l teilen ihr Wissen und
s auch um Themen,
mismischem Rassismus
n liegt, die mehrheit-
h gelesen werden. Zu

d Nationalismen

*innen in Wien

Arabische Gemeinschaften in Wien und die Stimmen arabischer Frauen

Gleichbehandlung: Gesetz, Menschenrechte und Nicht-Diskriminierung.

Transkulturelle Kompe

Diversitätsmanage

Wien al

E

**Für Interessenvertre-
ter*innen mit Posten
bei Regierung
bzw. in Kommunen**

Menschen aus der Praxis dazu ein, ihr Wissen zu teilen. Die Vorlesung *Islam in Wien* wird von der Abteilung seit über 13 Jahren angeboten. Das Setting, die Länge (zwischen drei und sieben Stunden) sowie der Inhalt der Vorträge und Workshops

werden auf die Bedürfnisse und Hintergründe der teilnehmen-
den Gruppen zugeschnitten. Die Veranstaltungen werden als
internes Format oder als Diversitätsmanagement-Peergroups
von bis zu acht Personen angeboten.

Diese Vorträge sollen grundlegendes Wissen über Ge-
schichte, Philosophie und religiöse Hintergründe sowie zu den
Lebenswelten von Muslim*innen vermitteln, darunter auch die
aktuellen Herausforderungen durch antimuslimischen Rassis-
mus und extremistische Bewegungen. Darüber hinaus geht es
in den Vorträgen auch um die Vermittlung von Grundwissen im
Bereich der transkulturellen Kompetenzen als Instrument für
die Arbeit mit Klient*innen mit verschiedenen (trans-)kulturel-
len Hintergründen. Sie bieten zudem Zeit für die Reflexion von
Fragen und für Diskussionen rund um das Thema. Außerdem
werden optionale Aufbauveranstaltungen angeboten, darunter
eine Exkursion mitgeführtem Rundgang durch eine örtliche
Moschee, sowie weiteres theoretisches Wissen und weitere Dis-
kussionen. Jede Aufbauveranstaltung dauert zwischen 1,5 und
2,5 Stunden. Die Vorträge bieten damit Gelegenheit, über den
Islam nachzudenken.

Als Ergänzung zu dieser Veranstaltung gibt es einen drei-
stündigen Vortrag zum Thema „Transkulturelle Kompetenzen“,
der tiefer in die Materie einsteigt. Dabei wird auch Rassismus
behandelt.

Expert*innen und Menschen aus der Praxis – vor allem von
extern – behandeln weitere Themen und teilen ihr Wissen und
ihre Erfahrungen. In vielen Fällen geht es auch um Themen,
die einen indirekten Bezug zu antimuslimischem Rassismus
haben, da der Schwerpunkt auf Gruppen liegt, die mehrheit-
lich muslimisch sind oder als muslimisch gelesen werden. Zu
den Themenfeldern gehören:

Die tschetschenische Gemeinschaft

Extremismen und Nationalismen

Digitale Zivilcourage – Hass im Netz

Junge Afghan*innen in Wien

Arabische Gemeinschaften in Wien und die Stimmen arabischer Frauen

Gleichbehandlung: Gesetz, Menschenrechte und Nicht-Diskriminierung.

Jeder Vortrag und die Umsetzung des Projekts erfordern viel Vorbereitung. Dabei müssen die folgenden Fragen berücksichtigt werden:

- Welche Schulungsmethoden und -formate sind für die Zielgruppe geeignet?
- Wie kann der Vortrag/Workshop so interaktiv wie möglich gestaltet werden?
- Wie kann das Wissen der Teilnehmenden aus ihren Fachbereichen für die Vorträge/Workshops genutzt werden?
- Welche Forschung und welche wissenschaftliche Literatur, Statistiken oder Feldforschungsergebnisse wären nützlich für das Programm?
- Was können wir aus den Rückmeldungen und den Beiträgen vorheriger Vorträge/Workshops sowie von den Gemeinschaften und Expert*innen lernen, um das Programm besser zu machen?

In der Umsetzungsphase der Projekte bzw. während der Vorträge und Diskussionen zu Problemen und Fragen von Teilnehmenden sollte ein Wissenstransfer in beide Richtungen stattfinden. Da das Ziel der Vorträge/Workshops ist, Wissen in die Praxis umzusetzen, sollten Empfehlungen und Vorschläge in Bezug auf Praxiswissen teil der Vorträge sein. Folglich sollten Lösungen gemeinsam entworfen/diskutiert werden (starker Bezug zu den praktischen Erfahrungen der Zielgruppen wie Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Polizist*innen, Kolleg*innen aus verschiedenen Abteilungen der Stadt usw.).

Als Veranstalter*innen lernen wir immer wieder Neues, nicht nur aus der Forschung, sondern auch aus unserer eigenen Praxis und der Praxis der Teilnehmenden. Neben der Forschung liegt unsere Stärke daher auch in einem starken Dialog- und Praxisbezug. Das stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und trägt zum Empowerment bestimmter Zielgruppen bei. Grundlage unserer Arbeit ist immer eine Kultur der Demokratie und Menschenrechte.

„[Kunst] kann ein starkes Medium sein, um Empathie und Verständnis zu schaffen und um Muslim*innen durch die Darstellung ihrer Erfahrungen zu humanisieren.“

Die Stärkung der Bürger*innenbeteiligung

4.3.1 Die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus durch die Förderung von Räumen für Ausdruck und künstlerische Kreativität (Dr.ⁱⁿ Amina Easat-Daas)

Islamophobie betrifft jedes Jahr hunderte Muslim*innen und tritt vor allem nach „Trigger-Ereignissen“ wie den Anschlägen auf die Moschee in Christchurch 2019 verstärkt auf. In der Woche nach den Anschlägen verzeichneten Organisationen, die islamophobe Fälle registrieren, einen Anstieg von 692 % bei den gemeldeten antimuslimischen Hassverbrechen in Großbritannien^{VII}. Auch in Australien^{VIII} kam es im selben Zeitraum zu 18-mal mehr islamophoben Hassverbrechen.

Islamophobie oder antimuslimischer Rassismus^{IX} normalisiert sich zunehmend in unserer Gesellschaft^X. Dabei manifestiert sich Islamophobie in vielerlei Hinsicht, und zwar sowohl in der Politik – etwa in Form von Äußerungen des ehemaligen britischen Premierministers Boris Johnson, der verschleierte muslimische Frauen als „Briefkästen“ bezeichnete, was zu einem Anstieg der geschlechtsspezifischen Islamophobie führte^{XI} – als auch in der Gesetzgebung – hier beispielsweise in Form des Verbots von „demonstrativen“ Glaubenssymbolen in französischen Schulen, was in der Praxis zu einem unverhältnismäßigen Ausschluss muslimischer Schulumädchen^{XII} bzw. zu interpersoneller Diskriminierung führte, die dann oft in den oben erwähnten Statistiken zur Hassverbrechen auftauchen. Diese Art von Rassismus stellt auch alle anderen ganz klar ein drängendes Problem für die gesamte Gesellschaft dar.

Im Rahmen eines zweijährigen von der Europäischen Kommission geförderten pankontinentalen Projekts, an dem ich beteiligt war, stellten wir fest, dass in allen Ländern des Kontinents Vorstellungen von Muslim*innen als homogene Gruppe und als Bedrohung kursieren, die es infrage zu stellen gilt – bezogen auf Sicherheit, Demographie und moralische Werte (im weiteren Sinne müssen wir also die nationale Politik und darauf beruhende politischen Maßnahmen infrage stellen). Dieses Projekt basierte auf umfassender Feldforschung mit Expert*innen und Menschen aus der Praxis und untersuchte optimale Verfahren zur Bekämpfung von Islamophobie (der englische Summary ist hier^{XIII} in unserem Briefing des Europäischen Parlaments zu lesen). Gleichzeitig bestand der Bedarf, Räume für den Ausdruck der Diversität von Muslimhaftigkeit und von muslimischen Stimmen zu fördern. Mit Bezug auf die Prozesse vertraten wir die Ansicht, dass es Islamophobie zunächst zu verstehen und zu definieren gilt, bevor Fälle systematisch registriert werden können und dominante Narrative zu Islam und Muslim*innen dekonstruiert und dann durch neue und realistischere Narrative ersetzt werden können. Es gibt konkrete Maßnahmen, die lokale Behörden bei ihrem Kampf gegen antimuslimischen Rassismus ergreifen und fördern können.

In dieser Forschungsarbeit werden zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, wie Islamophobie durchbrochen werden kann: durch das Infragestellen von Mythen rund um die Inkompatibilität der muslimischen Kulturen im Rahmen von glaubensübergreifender Arbeit, durch das Infragestellen der fehlerhaften Annahme von Sexismus und Misogynie als ausschließlich muslimisches Phänomen über die Hervorhebung der zunehmenden Arbeit im Hinblick auf islamischen Feminismus und des aktiven gesellschaftlichen Engagements muslimischer Frauen, durch die Hervorhebung der Diversität von Muslim*innen im Alltag und die Ermöglichung von gesellschaftlichem Dialog durch Projekte wie die Living Library, die Nicht-Muslim*innen und Muslim*innen einen Raum geben, um miteinander ins Gespräch zu kommen und einander kennenzulernen.

Eine Schlüsselerkenntnis stammt von Expert*innen aus der Praxis, die das Potenzial der kreativen Künste bei der Bekämpfung dominanter negativer Wahrnehmungen von Muslimhaftigkeit hervorgehoben haben: „[Kunst] kann ein starkes Medium sein, um Empathie und Verständnis zu schaffen und um Muslim*innen durch die Darstellung ihrer Erfahrungen zu humanisieren.“ Diese Auffassung fügt gut sich in bestehende Arbeiten zur Methodologie in den *Critical Race Studies* ein und weist auf das Potenzial hin, dominante rassistische Narrative mit kreativen Gegennarrativen^{XIV} zu durchbrechen.

Da es nur wenige Arbeiten gibt, die sich speziell damit befassen, diese Dynamik zu ergründen, habe ich zu Anfang der Pandemie mit der Arbeit an einem Projekt begonnen, bei dem es ganz gezielt darum geht, den Charakter von Festen in Städten zu untersuchen, die von Muslim*innen organisiert werden bzw. Muslim*innen in den Fokus rücken. Dafür habe ich entweder Städte mit einer großen muslimischen Bevölkerung ausgewählt oder aber Orte, an denen eine recht neue Herangehensweise an muslimische Feste verfolgt wird, und habe dann mit den jeweiligen Veranstalter*innen gesprochen.

Meine anfänglichen Ergebnisse aus dieser Feldarbeit deuten darauf hin, dass die Bekämpfung dominanter negativer Narrative zu Muslimhaftigkeit sowie die Schaffung von kreativen Ausdrucksflächen für Muslim*innen zu den Hauptmotivationsgründen für die Veranstalter*innen gehören. Das hat mich dazu geführt, gemeinsam mit lokalen Kunstgalerien Veranstaltungen zu kuratieren, in deren Rahmen einem Publikum, das normalerweise nicht mit alltäglicher Muslimhaftigkeit in Berührung kommen würde, Kunst von muslimischen Künstler*innen gezeigt wird. Die Veranstaltung ist Teil einer breiter angelegten Strategie, die Arbeit von Künstler*innen, die einer Minderheit angehören, hervorzuheben und einzubeziehen, die Einbindung von Minderheiten in vergleichsweise eher traditionellen Kunsträumen zu stärken und schließlich auch ein Verständnis dafür zu entwickeln, inwiefern der Kontakt zu muslimischer Kreativität und muslimischen Alltagserfahrung einen positiven Einfluss auf Einstellungen haben kann und damit potenziell dominante islamophobe Narrative abschwächen könnte. Diese Beispiele sind nur einige von vielen konkreten Maßnahmen, die auf lokaler Ebene umgesetzt werden können und dazu beitragen werden, Islamophobie in lokalen Gemeinschaften infrage zu stellen. Lokale Behörden können diese Maßnahmen, die das Potenzial haben, weitreichende Veränderungen zu bewirken, unterstützen.

Kommunale Praxisbeispiele

Die Stadt und die Gemeinschaften an einem Tisch: gemeinsame Planung von Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus (Leipzig, Deutschland)



Im Osten Deutschlands sind Vorbehalte gegen und die Stereotypisierungen von Muslim*innen weit verbreitet. Über die Hälfte der Personen, die im Rahmen einer Studie zur Einstellung der Deutschen in Bezug auf Religion befragt wurden, empfindet den Islam als Bedrohung^{xv}. Vor diesem Hintergrund fasste der Leipziger Stadtrat am 8. Juli 2020 einen Beschluss, der darauf abzielt, engagierter gegen antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit vorzugehen.

In diesem Beschluss heißt es: „Der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt. Für ein wirksames kommunales Verwaltungshandeln benennt und thematisiert die Stadt Leipzig explizit antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit. [...] Die Stadt Leipzig entwickelt bis Ende 2020 ein Konzept zur Prävention von antimuslimischem Rassismus und Islamfeindlichkeit in Leipzig. [...] [Sie] sorgt für eine finanzielle Absicherung der politischen Bildungsarbeit in Bezug auf rassistische Ideologien der Ungleichwertigkeit (...) und fördert muslimisches Leben und muslimische Vereine und Initiativen in der Stadt.“^{xvi}

Im Rahmen der Umsetzung dieses Beschlusses organisierte das Referat für Migration und Integration der Stadt einen Workshop mit dem Ziel, Stadtverwaltung und zivilge-

sellschaftliche Akteur*innen zu diesem Thema miteinander zu vernetzen und zu einem gemeinsamen Überlegen darüber anzuregen, wie man antimuslimischen Rassismus zurückdrängen kann und welche konkreten Maßnahmen dazu erforderlich sind. Zur Teilnahme an diesem Workshop eingeladen wurden Vereine und Initiativen, die durch ihre Arbeit Erfahrung und Expertise zum Thema antimuslimischer Rassismus mitbringen, Mitglieder muslimischer Gemeinschaften in Leipzig, der Migrantenbeirat der Stadt (auf dessen Initiative der Antrag an den Stadtrat gestellt wurde) sowie Vertreter*innen aus verschiedenen Verwaltungsbereichen. 30 Personen nahmen am Workshop in einem digitalen Raum teil.

Nach drei einleitenden Beiträgen – zum Hintergrund des Workshops, zu aktuellen Studien bezüglich antimuslimischem Rassismus und zu Aktivitäten der Verwaltung auf dem Gebiet Antidiskriminierung – wurde im zweiten Teil des Workshops in kleinen Gruppen diskutiert. Dabei beschäftigte sich jede Gruppe mit einem Tätigkeitsfeld, in dem die Verwaltung als zukünftige Umsetzerin von Maßnahmen aktiv werden kann:

Gruppe I

Die Kommune als Arbeitgeberin und Ausbilderin: Diese Gruppe sprach über Weiterbildungsprogramme für Beschäftigte, die Mitarbeiter*innengewinnung, Auszubildende und Studierende.

Gruppe II

Die Kommune als Dienstleisterin: Das Themenfeld dieser Gruppe umfasste die Vielfaltssensibilität der Angebote sowie Veranstaltungen zur politischen und religiösen Bildung für alle Bürger*innen.

Gruppe III

Die Kommune als Partnerin der Zivilgesellschaft: Bei dieser Gruppe standen die Projektförderung durch die Stadt sowie verschiedene Veranstaltungsformate im Fokus.

In den Kleingruppen wurde über folgende Fragen diskutiert:

In welchen Feldern gibt es Handlungsbedarf, wo sind die Prioritäten?

Wie können bestehende Aktivitäten antimuslimischen Rassismus konkret berücksichtigen?

Welche zusätzlichen Maßnahmen sind erforderlich?

Ergebnisse des Workshops

Die Arbeit in den Kleingruppen ermöglichte einen konstruktiven Austausch, bei dem deutlich wurde, dass sich die Problematik antimuslimischer Rassismus in einen größeren Kontext der Antidiskriminierungsarbeit und der interkulturellen Orientierung einordnen lässt. In der Bevölkerung allgemein, aber auch unter den Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung ist wenig Wissen zu Diskriminierung und kaum Sensibilität für das spezifische Thema antimuslimischer Rassismus vorhanden. Antidiskriminierungsarbeit und die weitere interkulturelle Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung sind unerlässlich und für Leipzig auch nicht neu. Maßnahmen zu ihrer Umsetzung müssen jedoch bestimmten Qualitätsanforderungen genügen und nachhaltiger realisiert werden. Dazu gehört zum Beispiel, ein Bewusstsein für diskriminierendes Verhalten und diskriminierende Strukturen zu schaffen. Ein Weg, um dies zu erreichen, sind Weiterbildungen, die kontinuierlich und in einem größeren Kontext umgesetzt werden sollten und auch das Thema antimuslimischer Rassismus aufgreifen müssen. Insbesondere ist die Qualifizierung von Lehrer*innen und Erzieher*innen von großer Bedeutung. In der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen kann der Grundstein für die Entwicklung zu offenen und diskriminierungssensiblen Erwachsenen gelegt werden. Auch die Bildung diverser Teams in verschiedenen Kontexten trägt dazu bei, Vorurteile und Stereotype durch die verschiedenen Perspektiven abzubauen. Von den Teilnehmenden des Workshops wurden ebenfalls die positiven Effekte von Islamunterricht an Schulen ins Gespräch gebracht, den es in Sachsen bisher nicht gibt. Die Auseinandersetzung mit der Vielfalt muslimischen Lebens würde helfen, Wissen zu vermitteln und Stereotypen aufzubrechen. Bezogen auf Angebote zur politischen und religiösen Bildung wünschten sich die Teilnehmenden, dass diese gesammelt und zentral über eine Website zugänglich gemacht werden. Wichtig sind außerdem konkrete Hilfestellungen bei der Beantragung von Projektgeldern sowie die Überbrückung sprachlicher Hürden – einerseits um Hilfsangebote im Falle einer Diskriminierung zu finden und sich mitteilen zu können, andererseits um die eigene Perspektive in Diskussionsrunden deutlich zu machen.

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ **Die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus ist ein längerfristiger Prozess**, der Ausdauer und kontinuierliche Arbeit erfordert. Dabei ist es wichtig, dass die verschiedenen Akteur*innen in Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten und sich gegenseitig unterstützen.
- ☑ **Es existiert ein beachtliches Potential, voneinander zu lernen. Der persönliche Austausch mit Betroffenen** von antimuslimischen Stigmatisierungen oder gar Rassismus führt zu einer Sensibilisierung für das Thema unter den Verwaltungsmitarbeiter*innen.
- ☑ Gleichzeitig wird **das Wissen bei den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen** im Hinblick **darauf gestärkt**, wie Verwaltung funktioniert und welche Einflussmöglichkeiten die Verwaltung auf die Verbesserung der Situation hat.
- ☑ Für einen **nachhaltigen gegenseitigen Lern- und Sensibilisierungseffekt** müssen allerdings weitere Personen als die an diesem Workshop Beteiligten eingebunden werden. Über den Austausch im Rahmen einzelner Workshops hinaus sollten parallel laufende Prozesse, die das Thema Antidiskriminierung zum Inhalt haben oder dieses aufgreifen, miteinander vernetzt werden. So können Kräfte gebündelt und eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden.

be sowie Nachfragen/
llnahme,
urch Kontaktpersonen,
sind,

in kleinen Gruppen,
nnen,
für die Diskussion in
e),

es Themas, da zeitliche
on ehrenamtlichem
nd für ein solches

Verwaltung (leider oft

nellem Erfolg bzw.
Maßnahmen, was zu

innerhalb der Ver-
stgebundene Arbeits-
iche“ Themen wie
intenangestellt.

Ergebnisse des Workshops

nen, andererseits um die eigene Perspektive in Diskussions-
runden deutlich zu machen.

Empfehlenswert

- Rechtzeitige Terminbekanntgabe sowie Nachfragen/
Erinnerungen zur Workshopteilnahme,
- Übermittlung der Einladung durch Kontaktpersonen,
die den Eingeladenen bekannt sind,
- Externe Moderation,
- Einplanung von Diskussionen in kleinen Gruppen,
damit alle zu Wort kommen können,
- Einplanung von genügend Zeit für die Diskussion in
den Gruppen (min. eine Stunde),

Nicht empfehlenswert

- Projektbasierte Bearbeitung des Themas, da zeitliche
Befristung und Abhängigkeit von ehrenamtlichem
Engagement nicht förderlich sind für ein solches
Programmformat,
- Lange Prozesse innerhalb der Verwaltung (leider oft
nicht vermeidbar)
- Fehlende Sichtbarkeit von schnellem Erfolg bzw.
keine schnelle Umsetzung von Maßnahmen, was zu
Frustr führt
- Knappe Personalkapazitäten: Innerhalb der Ver-
waltung werden dringende, fristgebundene Arbeits-
aufgaben oft vorgezogen – „weiche“ Themen wie
Antidiskriminierung werden hintenangestellt.

Politische Bildung durch muslimische Organisationen (Muslimische Akademie Heidelberg, Deutschland)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

160.355
2014

Das Anliegen der Muslimischen Akademie Heidelberg i. G., die im Sommer 2013 als Basisbewegung unter dem Namen Teilseiid e. V. entstand, ist es, gesellschaftliche Gestaltungsverantwortung aus dem Glauben heraus zu übernehmen. Die Besonderheit der Initiative liegt in der heterogenen Zusammensetzung der Muslim*innen in Heidelberg und dem Anspruch auf Meinungsvielfalt und kontroverse Aushandlung. Seit ihrer Entstehung arbeitet die Akademie an der Entwicklung eines neuen Heidelberger Modells, das muslimische Arbeit zu einem integralen Bestandteil der Gesellschaft macht. Erstmals wird hierzu eine politische Bildungseinrichtung und damit ein Ort der Demokratiebildung in muslimischer Trägerschaft institutionalisiert und so der Weg dafür geebnet, die gesellschaftliche Polarisierung in Bezug auf den Islam und muslimisches Leben zu überwinden. Das Konzept der Akademie orientiert sich am Vorbild und der erfolgreichen Praxis christlicher Akademien. Angelehnt an ihre Erfahrungen und Verantwortungsübernahme u. a. im Rahmen der Überwindung des Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit soll aus eben solch einer Verantwortungshaltung heraus ein Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Deutschland und zur Überwindung von extremistischen Positionen geleistet werden. Da politische Bildung in Deutschland lange Tradition hat, ist die Muslimische Akademie auch ein internationales Aushängeschild und bietet völlig neue Perspektiven für die Verortung von muslimischem Leben in unserer Gesellschaft.

Die Akademie greift in ihren Veranstaltungen aktuelle Diskurse und gesellschaftliche Herausforderungen auf und

will zur Lösung dieser Herausforderungen beitragen. In Bildungsveranstaltungen können Teilnehmende ihr Wissen erweitern und eigene Standpunkte reflektieren. Expert*innen unterstützen Teilnehmende dabei, sich ihrer eigenen Interessen, Ressourcen und Potenziale bewusst zu werden, und zu diskutieren, inwiefern sie diese im Sinne des Gemeinwohls einbringen können. Die Akademie versteht sich als Ort der Demokratiebildung, der basierend auf einem politischen Bildungsprozess die soziale Urteils- und Handlungsfähigkeit der Zielgruppe stärkt. Diese Fähigkeiten sind die Voraussetzung und stellen die Grundlage einer funktionierenden demokratischen Gesellschaft dar. Schließlich sollten alle Bürger*innen Verantwortung übernehmen und sich für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. Die Muslimische Akademie Heidelberg i. G. möchte dieses Verantwortungsbewusstsein langfristig aktivieren und die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Die Akademie bietet ihren Besucher*innen nicht nur Raum für persönliches Wachstum in bestimmten Bereichen und ermächtigt sie in ihrem Handeln, sondern bietet auch einen Raum, in dem Besucher*innen ihre Ideen beitragen können – etwa durch sogenannte Zukunftswerkstätten. Als Muslimische Akademie Heidelberg ist die Einrichtung auch ein Ort, an dem die Interessen der muslimischen Zivilgesellschaft vertreten werden, sowie ein Symbol der gesellschaftlichen Emanzipation und Teilhabe. Diese Zielgruppe erfährt oft Marginalisierung und Hilflosigkeit und die Akademie bietet ihr einen Raum der Selbstermächtigung und Selbstsicherheit.

Die Arbeit der Muslimischen Akademie ist eingebettet in enge und vertrauensvolle Kooperationen, insbesondere auf kommunaler Ebene. Als proaktive Akteurin bringt die Muslimische Akademie neue Ansichten sowie Perspektiven in wiederkehrende Debatten und Diskurse ein. Damit baut sie bestehende Kompetenzen aus, macht diese einem breiteren Publikum zugänglich und trägt zur Diversifizierung der kommunalen Landschaft an Akteur*innen bei, die damit auch die Pluralität der Gesellschaft widerspiegelt.

Neben fehlenden Orten der Religionsausübung und wissenschaftlichen Räumen mangelt es auch an Orten, an denen die muslimische Zivilgesellschaft vertreten ist und an denen gesellschaftliche Diskurse möglich sind. Die Muslimische Akademie Heidelberg versteht sich als „Dritter Raum“, der

zum Diskurs und zu Debatten zwischen den religiösen und den säkularen Räumen einlädt. In diesem Rahmen werden die Schnittstellen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Glauben zusammengeführt. Dieser „Dritte Raum“ soll mit der Akademie auch seinen städtebaulichen Ausdruck finden. Zu den Zielen gehörte von Anfang an der Bau einer Akademie mit angeschlossenem Tagungsgebäude als dezidierter Ort der Begegnung und des Diskurses. Dieses Ziel wird seit 2014 mit der Internationalen Bauausstellung Heidelberg (IBA) verfolgt: Wie lässt sich in baulicher Form muslimisches Leben im Herzen von Heidelberg als integraler Bestandteil der Gesellschaft darstellen? Welche architektonischen Ideen gibt es für einen muslimischen Bildungsort?

Politische Bildungsarbeit, funktionale Unterbringung und Verpflegung sollten in einem prominenten Gebäude untergebracht werden, das gleichzeitig auch die gesellschaftspolitische Relevanz der muslimischen Trägerschaft zur Geltung bringt und an einem bundesweit sowie international repräsentativen Standort angesiedelt ist. Das bedeutete auch, dass der Bau sich nicht auf typische Elemente osmanischer Architektur beziehen sollte, sondern auch baulich die bisherigen herkunftskulturell orientierten Angebote zugunsten einer neuartigen Struktur überwinden sollte. Es gilt, sich gerade auch in Fragen der Architektur zu vergegenwärtigen, dass es für diese neuartige Struktur baulich wie ideell bisher noch keine Referenzpunkte und daher auch noch keine unmittelbar übertragbaren Beispiele gibt. Dieses nationale und internationale architektonische und bauliche Modellvorhaben soll als Leuchtturmprojekt positiv und exemplarisch auf die gesellschaftspolitische Emanzipation sowie Teilhabe von Muslim*innen in Deutschland und darüber hinaus wirken. Denn Muslim*innen sind längst ein integraler Bestandteil der Gesellschaft – das braucht Repräsentation, Sichtbarkeit und Identifikation in Form eines Gebäudes!

Wirkung

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung koordiniert die Muslimische Akademie kommunale Netzwerke, welche u. a. zu den Themenschwerpunkten Antidiskriminierung und Prävention von Hassgewalt einen Austausch innerhalb der städtischen Landschaft von Akteur*innen fördern und nachhaltige Strategien unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft, Verwaltung,

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Basisbewegungen stärken, die nach dem Bottom-up- und nicht nach dem Top-down-Ansatz agieren, sich als muslimische Selbstorganisation/ Bewegung definieren und von Muslim*innen eigenverantwortlich geführt werden;
- In der politischen Bildung einen Ansatz verwenden, der das zivilgesellschaftliche Engagement im Rahmen von gesellschaftlichen Herausforderungen fördert, die Demokratie stärkt und Kontroversität sowie vielfältige Perspektiven erfordert;
- Muslim*innen als Akteur*innen und nicht nur als Zielgruppen ansprechen und stärken: Das ermöglicht eine proaktive und kreative Veränderung von Diskursen und die selbstbestimmte Festlegung von Themen.
- Innovative Kooperationen und nachhaltige Zusammenarbeit auf Augenhöhe gewährleisten, bei denen jede*r Akteur*in Verantwortung übernimmt und unterschiedliche Perspektiven einbringt;
- Die Wahrnehmung und Stellung von Muslim*innen als selbstverständlichen Teil der Zivilgesellschaft und nicht als Integrationsprojekt im Zuge von Migrationsdebatten definieren.

sammenleben in vielen zu Phänomenen zu nzuarbeiten, dank der damit die Stärkung der muslimischer Rassismus werden, sondern als ellschaft.

dem der Islam und als Teil des Problems

jeweils verschiedenen Perspektiven gelingt es, nachhaltig, resourcenorientiert und multiperspektivisch auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie Hassverbrechen, Diskriminierung, Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Extremismus einzugehen und einen konstruktiven und selbstverständlichen Umgang mit Vielfalt und Pluralität zu fördern.

Bildung, Wissenschaft, Jugendarbeit, Polizei und Kultur für ein Zusammenleben in Vielfalt vorantreiben. Dieser Ansatz trägt dazu bei, einseitige Ansichten zu Phänomenen zu überwinden und stattdessen auf eine ganzheitliche Perspektive hinzuarbeiten, dank der jede Marginalisierung und Ausgrenzung bekämpft wird und die damit die Stärkung der Gesellschaft ermöglicht. So gelingt es, dass Phänomene wie antimuslimischer Rassismus nicht als ausschließliches Problem von Muslim*innen verstanden werden, sondern als grundsätzliche Herausforderung für eine demokratische Stadtgesellschaft.

So kann ein gesamtgesellschaftlicher Narrativwechsel gelingen, in dem der Islam und muslimisches Leben in Deutschland als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems verstanden werden.

- | | | |
|---|--|--|
| <p>① Mit dem Projekt werden muslimische Zielgruppen erreicht, in gesamtgesellschaftliche Diskurse eingebunden und zur Teilhabe und Verantwortungsübernahme motiviert.</p> | <p>nehmen Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse. So tragen sie zur Diversifizierung der Landschaft von Interessengruppen und Diskursen bei und bilden gesellschaftliche Vielfalt ab.</p> | <p>jeweils verschiedenen Perspektiven gelingt es, nachhaltig, resourcenorientiert und multiperspektivisch auf gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie Hassverbrechen, Diskriminierung, Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Extremismus einzugehen und einen konstruktiven und selbstverständlichen Umgang mit Vielfalt und Pluralität zu fördern.</p> |
| <p>② Muslim*innen werden als Akteur*innen in der (Stadt-)Gesellschaft sichtbar, bringen sich proaktiv mit selbstgewählten Themen und Anliegen ein und</p> | <p>③ Es entstehen starke und vertrauensvolle Partnerschaften und Bündnisse. Über solidarische Allianzen unterschiedlicher Einrichtungen mit</p> | |

Wirkung

Themenschwerpunkten Antidiskriminierung und Prävention von Hassgewalt einen Austausch innerhalb der städtischen Landschaft von Akteur*innen fördern und nachhaltige Strategien unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft, Verwaltung,

4.3.2.3 **Dienstleister*innen unter muslimischer Selbstverwaltung in der Sozialarbeit und Wohlfahrt (Nicole Erkan)**

„Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ (Bundespräsidialamt 2010:6) Obiges Zitat stammt aus einer Rede des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff^{xvii} zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 in Bremen.

Die Frage nach der Zugehörigkeit des Islams und somit auch indirekt der Muslim*innen zu Deutschland wird immer wieder öffentlich diskutiert, sei es in Form der Islam-Debatte oder auch der Heimat-Debatte. Die Forschung zeigt, dass Muslim*innen zwar als Gastarbeiter*innen, Ausländer*innen oder Salafist*innen wahrgenommen wurden, aber nie einfach als deutsche Staatsbürger*innen^{xviii}. Gleichzeitig zählen die soziale Zugehörigkeit und Identität zu den Grundbedürfnissen aller Menschen.

Vor diesem Hintergrund kann man sich die Frage stellen, wie sich solche öffentlichen Debatten auf das Zugehörigkeitsgefühl von Muslim*innen in unserer Gesellschaft auswirken. Inwiefern kann eine Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Einrichtungen unter muslimischer Selbstverwaltung so gestaltet werden, dass diese den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt?

Horizontale soziale Arbeit in religiös-konfessioneller Trägerschaft ist durch verschiedene konfessionelle Wohlfahrtsverbände wie Caritas, Diakonie oder die Zentrale Jüdische Wohlfahrtsgemeinde gut etabliert und wichtiger Bestandteil des deutschen Wohlfahrtsstaates. Doch wie schaut es mit sozialen Akteur*innen in muslimischer Trägerschaft aus?

Das deutsche Sozialgesetzbuch sieht vor, dass durch die Träger*innen der öffentlichen Jugendhilfe eine plurale Trägerlandschaft sowie ein plurales Leistungsangebot gewährleistet werden sollen. Plural schließt demnach verschiedene Weltanschauungen sowie weltanschaulich neutrale Träger*innen ein. Obwohl Muslim*innen in Deutschland einen substanziellen Teil der Bevölkerung in Deutschland (ca. 5,7 % der Gesamtbevölkerung) darstellen, gibt es nur wenige anerkannte soziale Einrichtungen und Anbieter*innen von Sozialarbeit in muslimischer Trägerschaft. Unter muslimischen Selbstorganisationen werden meistens Moscheevereine verstanden, die lange Zeit primär religionsorientierte Bildung angeboten haben.

Mit der Zuwanderung von Geflüchteten seit 2015 ist die Anzahl der Muslim*innen in Deutschland gestiegen. Die Hilfsbereitschaft der Wohlfahrtspflege und Zivilgesellschaft war groß. Oftmals waren und sind bis heute insbesondere Moscheevereine die ersten Anlaufstellen für Geflüchtete. Die Moscheevereine verfügen hierbei über wichtige sprachliche und kulturelle Ressourcen, sodass sie einen sehr guten Zugang zur Zielgruppe haben. Gleichwohl fehlen ihnen die finanziellen Ressourcen. Allein durch die Tatsache, dass Muslim*innen über keinen eigenen Wohlfahrtsverband verfügen, sind muslimische

Selbstorganisationen strukturell benachteiligt, sodass das Engagement hauptsächlich durch das Ehrenamt getragen wird.

Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass Muslim*innen primär im Kontext der Integrationspolitik und/oder Sicherheitspolitik diskutiert wurden und auch noch werden – weniger im Kontext einer gesamtgesellschaftlich umfassenden Sozialpolitik. Der Mehrwert für die Gesamtgesellschaft durch die muslimische Zivilgesellschaft ist somit kaum sichtbar und bis heute werden muslimische Selbstorganisationen nicht als wichtige soziale Akteur*innen wahrgenommen, eher als Partnerinnen im interreligiösen Dialog. Damit reduziert man sie auf ihr religiöses Engagement.

Hier ist davon auszugehen, dass diese Debatte direkte Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen den Stadtverwaltungen und den muslimischen Selbstorganisationen hat. Maßgebend für eine gute Zusammenarbeit ist ein stabiles Vertrauensverhältnis zueinander, sodass die muslimischen Selbstorganisationen Brückenglieder zwischen der Verwaltung und der Zivilgesellschaft darstellen können.

Daher sehe ich es als unabdingbar an, dass Kommunen und muslimische Selbstorganisationen mit dem gemeinsamen Ziel, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, aufeinander zugehen. Mögliche Kooperationen sollten auf Augenhöhe erfolgen, sodass sich alle Beteiligten ausreichend wertgeschätzt fühlen und ihre intrinsische Motivation bestehen bleibt, sich weiterhin für gemeinsame Ziele einzusetzen. In der Praxis bedeutet dies, dass beispielsweise im Hinblick auf Kooperationsveranstaltungen muslimischen Selbstorganisationen der Zugang zu Fördertöpfen ermöglicht wird und dass ebendiese Organisationen bei wichtigen Zusammenkünften wie Arbeitsgruppen und Konferenzen zu öffentlichen Räumen nicht fehlen dürfen. Solche zentralen Begegnungen finden oft während der Arbeitszeit von hauptamtlich tätigen sozialen Akteur*innen statt. Langfristig sollte das Engagement von Akteur*innen in muslimischer Trägerschaft vom Ehrenamt ins Hauptamt verlegt werden, um auch ihnen eine Teilnahme an solchen Begegnungen zu ermöglichen.

4.3.2.4 **Moscheen als Orte der Begegnung und Kooperation:
ECCAR-Interview mit Tuncay Nazik von der Moschee
Herne-Röhlinghausen**

I
N
T
E
R
V
I
E
W

ECCAR-Interview mit
Tuncay Nazik

ECCAR: Wie sollen wir Moscheen im 21. Jahrhundert verstehen? Sind sie nur Orte der Religionsausübung oder auch etwas anders? Können auch nicht-muslimische Bürger*innen davon profitieren, wenn es eine Moschee in einer Stadt/einem Stadtviertel gibt?

Tuncay Nazik: Ja, unbedingt. Im Türkischen verwenden wir für Moscheen den Begriff „Camii“, was sich wortwörtlich mit „Versammlungsort“ übersetzen lässt. Die ersten Generationen von Muslim*innen und der Prophet selbst haben Moscheen schon damals als Orte der Begegnung verstanden. Große Feiern wurden dort abgehalten. Die christlichen Besucher*innen aus Nadschan wurden in der Moschee des Propheten untergebracht und konnten dort ihre christlich-religiösen Rituale abhalten. Besonders hervorzuheben ist, welche Rolle die Moschee damals in Bezug auf Bildung spielte. Zeitweise waren dort Hunderte von Studierenden untergebracht, die islamisches Wissen erlernten und dann an die kommenden Generationen weitervermittelten.

ECCAR: Wie leistet eure Moschee soziale Arbeit? Welche Themenbereiche werden abgedeckt und sind die Angebote für alle Bürger*innen der (erweiterten) Gemeinde offen, unabhängig von ihrer religiösen Identität?

Tuncay Nazik: Mit unseren Aktivitäten – zu denen etwa Seminare, Lesungen, Ausflüge und andere Freizeitangebote gehören – fördern wir gegenseitiges Verständnis, arbeiten an besseren Wohlfahrtsangeboten für junge Menschen und stärken den interreligiösen Dialog und die religiöse Alphabetisierung. Die Gemeinde ist ständiges Mitglied der „Röhlinghausen Quartiersarbeit“. Hier treffen sich örtliche Vereine, Parteien, Institutionen und Kirchen und tragen zur Gestaltung des Stadtteils Röhlinghausen bei. Wir sind ein eingetragener Verein und unsere Arbeit wird von den Jugendämtern der Städte Bochum, Herne und Gelsenkirchen anerkannt. Außerdem sind wir durch die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen berechtigt, aktiv Beteiligten einen Engagementnachweis auszustellen.

Da wir fest davon überzeugt sind, dass ein erfolgreiches Miteinander, gegenseitige Akzeptanz und eine sachliche Diskussion nur auf Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse und mit persönlichen Begegnungen und Annäherungen aufgebaut werden können, legen wir sehr viel Wert auf den interreligiösen Dialog. Wir glauben, dass Probleme hinsichtlich des Zusammenlebens in unseren diversen Gemeinschaften offen angesprochen und auf den Punkt gebracht werden müssen. Nur so können Vorurteile abgebaut, Akzeptanz gefördert und ein friedliches Miteinander gewährleistet werden.

Wir betonen, dass die Angebote unserer Gemeinde offen sind für alle, die sich für islamisches Wissen interessieren, uns kennen lernen wollen, das Wohl der Menschheit anstreben oder den Weg des Friedens und der Besonnenheit mit uns gemeinsam gehen möchten.

ECCAR: Wie kann soziale Arbeit von Moscheen/muslimischen Gemeinden zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus beitragen? Können wir hier von einer erhöhten Bürger*innenbeteiligung als Folge dieser Arbeit sprechen?

Tuncay Nazik: Die Zeiten für Muslim*innen in Deutschland sind unruhiger geworden. Der Islam wird inzwischen von der Mehrheitsgesellschaft deutlich kritischer gesehen als früher. Die verschiedenen Ängste und die gegenseitigen Vorurteile – und an dieser Stelle verwende ich bewusst das Wort „gegenseitig“, da nicht nur die Mehrheitsgesellschaft mit Vorurteilen behaftet

ist, sondern auch die muslimische Minderheitsgesellschaft darunter leidet) – können nur mit einer ernsthaften und sachlichen Betrachtung und Vorgehensweise gelöst werden.

Ich sehe die jetzigen Gegebenheiten in der Gesellschaft und das raue Klima allerdings auch als eine Chance. Die Mehrheitsgesellschaft kann nun einerseits erkennen oder hat zumindest die Möglichkeit, zu erkennen, wie wichtig und gleichzeitig verletzlich unsere Demokratie und unsere Grundwerte sind, also zum Beispiel Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens usw. Andererseits können die Muslim*innen raus aus der Opferrolle und zeigen, dass ihre Gemeinschaft nicht allein darauf reduziert werden sollte. Wir als Muslim*innen, die in Deutschland leben, müssen den Wert eines Zusammenlebens nach den Grundwerten, die sich aus unserer Verfassung ableiten, und den Wert gesellschaftlicher Teilhabe anerkennen. Dies ist nicht nur eine Schlussfolgerung, die sich aus der aktuellen Sachlage ergibt. Es ist ein religiöses Gebot.

„Ihr Menschen! Gewiß, WIR erschufen euch aus einem Männlichen und einem Weiblichen und machten euch zu Völkern und Stämmen, damit ihr euch kennenlernt. Gewiß, der Würdigste von euch bei ALLAH ist derjenige mit am meisten Taqwa. Gewiß, ALLAH ist allwissend, allkundig.“ (Heiliger Koran, 49:13)^{XIX}

Wir alle müssen unsere Ängste und Vorurteile abbauen und stets offen auf Andersdenkende zugehen.

Sich von der Mehrheitsgesellschaft abzukapseln oder nach einem gescheiterten Versuch der Öffnung den Mut zu verlieren und sich zurückziehen, kann nicht im Interesse von Muslim*innen sein. Der Koran spricht in den Versen 5 und 6 der Sure 94 davon, dass nach jeder Schwierigkeit auch Erleichterung zu finden sei und Aufgeben keine Eigenschaft von Gläubigen sein kann:

„Also gewiß, es gibt mit der Erschwernis eine Erleichterung. Gewiß, es gibt mit der Erschwernis eine Erleichterung.“ (Heiliger Koran, 94:5–6)

ECCAR: Welche Rolle spielt die Stadt/Kommune bei der Unterstützung solcher Angebote/Dienstleistungen von Moscheen/muslimischen Gemeinden?

Tuncay Nazik: In der Tat ist es so, dass die islamischen Gemeinden und ihre Religionsbediensteten eine Schlüsselrolle bei der Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von Muslim*innen innehaben. Dies wurde im Rahmen der Integrationspolitik jahrzehntelang verkannt. Die nötigen Schritte, um unsere Gemeinden in die Integrationspolitik mit einzuschließen, wurden entweder nicht in Betracht gezogen oder es gab von beiden Seiten – nämlich vonseiten der Politik und der Gemeinden – Vorurteile und Annäherungssängste.

Viele muslimische Gemeinden sind hier auf einem guten Weg. Sie engagieren sich für die Gesellschaft und bringen das zum Beispiel durch die Organisation von Blutspendenaktionen, politische Bildung und ihr Engagement in der Flüchtlingsarbeit

zum Ausdruck. In vielen Fällen bleibt die Anerkennung seitens der Stadt und der städtischen Gemeinschaft leider auf der Strecke.

Was braucht es an konkreten Maßnahmen, um eine effektive Kooperation zwischen der Stadt, der Kommune und der Gemeinden zu erreichen?

- ① Akteur*innen wie Lehrer*innen und Erzieher*innen, die mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund arbeiten, müssen die Kultur und Religion der Zielgruppe näher kennen lernen – vor allem, wenn es darum geht, politisch oder ideologisch motivierte Gewalt kultursensibel zu behandeln.
- ② Besuche von Orten, an denen religiöses Leben stattfindet – also zum Beispiel von Moscheen, Kirchen, Synagogen und Hindutempeln –, sollten in Kindergärten und Schulen angeboten werden.
- ③ Jugendlichen sollten die Möglichkeit haben, eine starke und offene Identität zu entwickeln. Bei Einwanderungskindern der zweiten oder dritten Generation spielen oft auch Identitätskonflikte und das Gefühl, nirgendwo verwurzelt zu sein bzw. bei keiner sozialen Gruppe richtig dazuzugehören eine Rolle bei der Radikalisierung. In diesem Punkt müssen alle Akteur*innen der Gesellschaft, Politik, Schulen, Gemeinden und Medien den jungen Menschen ein eindeutiges Signal senden: Hier gehört ihr hin. Die befremdliche Debatte, ob der Islam oder Muslim*innen zu

Deutschland oder auch einer anderen europäischen Gesellschaft gehören, erzeugt nur das Gefühl, „nicht dazuzugehören“, und dem müssen wir mit gegenseitigem Verständnis begegnen.

- ④ Die Politik und die Medien müssen mit muslimischen Gemeinschaften differenzierter umgehen. Der Kampf gegen Extremismus muss sensibel durchgeführt werden und nicht den Anschein eines Kampfes gegen den Islam erwecken. Die ständige negative Markierung bzw. Stigmatisierung der Muslim*innen führt zur Abgrenzung.
- ⑤ Die Mehrheitsgesellschaft, die Sicherheitsbehörden, die Medien und alle Beteiligten müssen akzeptieren, dass gelungene Integration und verfassungskonformes Leben, nicht am Genuss von Alkohol und am Ablegen der eigenen religiösen Vorstellungen gemessen werden kann. Es muss verstanden werden, dass auch praktizierende, tiefgläubige Muslim*innen, die an die unverfälschten Wahrheiten des Korans glauben, ebenso verfassungstreue Bürger*innen sein können. Verfassungstreue darf und muss nur an den Verfassungswerten und nicht an der gelebten Religiosität oder Lebensgewohnheiten etwa bzgl. Ernährung oder Kleidung gemessen werden.

Bürger*innenbildung und Bürger*innendialog

Kommunale Praxisbeispiele

Die Widerlegung von Hassmythen: Heidelberger Bündnis für Jüdisch-Muslimische Beziehungen (Heidelberg, Deutschland)

Das Heidelberger Bündnis für Jüdisch-Muslimische Beziehungen beschäftigt sich mit dem aktuellen jüdischen und muslimischen Leben in Deutschland und arbeitet implizit über ressourcen- und lösungsorientierte interdisziplinäre Diskurse sowie über Veranstaltungsformate wie die Jüdisch-Muslimischen Kulturtage, Podcasts oder Bildungsformate für Lehrende und Schüler*innen auch an der Prävention von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus.

Das Bündnis ist eine Kooperation der Muslimischen Akademie Heidelberg mit der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg, der Pädagogischen Hochschule, dem Kulturhaus Karlsruhbahn und der Stadtverwaltung. Durch die Arbeit am Empowerment und der Nutzung des Potenzials von jüdischen und muslimischen Gemeinschaften sowie ihrer diverser Lebensperspektiven wird so eine breite Vielfalt an Zielgruppen erreicht.

Die Jüdisch-Muslimischen Kulturtage sind ein in Deutschland einzigartiges Kulturfestivalprogramm, das sogar im weiteren europäischen Kontext hervorsticht: 2016 fanden in Heidelberg die Jüdischen Kulturtage zum zweiten und die Muslimischen Kulturtage zum ersten Mal statt. Die Veranstalter*innen der beiden Festivalprogramme entschieden sich 2017, ihre Festivals zusammenzulegen, um eine einzigartige neue Kooperation einzugehen. Während jüdische und muslimische Kultur in den Diskursen im deutschen und europäischen Kontext meist anhand der daraus entstehenden Probleme und Konflikte behandelt wird, sieht die Lebenswirklichkeit in Heidelberg – wie an vielen anderen Orten auch – weitgehend harmonisch und solidarisch aus. Dem Leitgedanken „Neue Normalität(en)“ folgend wollen die Jüdisch-Muslimischen Kulturtage in Heidelberg jenseits der defizitären Integrationsdebatten den Blick auf diese harmonische Beziehung und fruchtbaren Interaktionen in der öffentlichen Debatte werfen. Die Kulturtage streben danach, den natürlichen und respektvollen Umgang verschiedener Gemeinschaften miteinander abzubilden und zu zeigen, dass die „offene Gesellschaft“, in der Muslim*innen, Jüd*innen, Christ*innen, Atheist*innen und Menschen vieler weiterer Glaubensrichtungen friedlich miteinander leben, schon längst Realität ist.

Das Projekt soll die bereits bestehende positive Diversität innerhalb des jüdischen und des muslimischen kulturellen und intellektuellen Lebens in Deutschland unterstützen und jüdische und muslimische Diskurspositionen und Kulturproduktionen für die Öffentlichkeit im Rahmen innovativer Förderungen rund um Fragen von Bildung, Kultur, Gesellschaft und Zugehörigkeit sichtbar machen.

Die Jüdisch-Muslimischen Kulturtage widmen sich der Schaffung von selbstbewussten, tief verbundenen und zukunftsorientierten Konzepten demokratischen Zusammenlebens in einer pluralistischen Gesellschaft. Die Jüdisch-Muslimischen Kulturtage bekämpfen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Intoleranz und alle anderen Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung mit einem Schwerpunkt auf das, was uns als Menschen und Bürger*innen Heidelbergs vereint. Heidelberg ist eine Stadt, in der Menschen unterschiedlichster Herkunft und Orientierungen zusammen leben, feiern, essen und debattieren. Die Kulturtage ermöglichen den Aufbau neuer sozialer Netzwerke, was sich in den vielen verschiedenen Formaten des Festivals wie Lesungen, Filmvorführungen, Konzerten und Stadtführungen zeigt.

Die Jüdisch-Muslimischen Kulturtage 2022 fanden vom 26. Juni bis 11. August statt und sind ein perfektes und erfolgreiches Beispiel dieser Bemühungen. Dank einem weitgefächerten Programm und verschiedenen Diskurspunkten wurde ein breites Publikum angesprochen bestehend sowohl aus den lokalen jüdischen und muslimischen Gemeinschaften als auch der breiteren Mainstream-Gesellschaft Heidelbergs, die an kulturellen Produktionen und intellektuellen Diskursen interessiert ist. Es werden jüdische und muslimische Künstler*innen und Intellektuelle aus ganz Deutschland und Europa zu den Kulturtagen eingeladen (2022 aus Frankreich, Österreich und Großbritannien). So wurden die lokalen jüdischen und muslimischen Lebenswirklichkeiten mit einem breiteren Feld der Interaktion und Produktion vernetzt. Dank der engen Zusammenarbeit mit einer Moschee (Yavuz-Sultan-Selim-Moschee), einer jüdischen Synagoge (Jüdische Kultusgemeinde Heidelberg), der muslimischen Studierendengruppe Heidelberg und verschiedenen antirassistischen Initiativen und repräsentativen Einrichtungen (z. B. dem Migration Hub Heidelberg und dem Migrationsbeirat Heidelberg) wurden die lokalen jüdischen und muslimischen Lebenswirklichkeiten in das Programm der Kulturtage eingebettet.

Auf einer Freilichtbühne nahe des Neckars eröffnete die Schwarze Jüdische Rednerin, Autorin und Aktivistin Emilia Roig die Kulturtage mit einem Vortrag über die Bedeutung von intersektionalen Bündnissen. Darauf folgte ein Konzert des türkisch-deutschen Saz-Spielers Ozan Ata Canani, der in seinen Liedern über die Geschichte der muslimischen Migration nach Deutschland und die Herausforderungen von Immigrant*innen of Colour der Arbeiterklasse reflektiert. Die Kombination aus politischem Diskurs und musikalischer Unterhaltung erreichte ein diverses Publikum von rund 100 Menschen. Jüdische und muslimische Zuhörende sowie Gäste aus anderen marginalisierten Gemeinschaften fanden sowohl in Emilia Roigs Rede als auch in den Liedern von Ata Canani Momente der Anerkennung und des Empowerment. Die Mainstream-Gemeinschaft lernte von

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ Auf diverse Formate setzen, die sowohl Unterhaltung in Form eines kulturellen Programms als auch eines intellektuellen Programms bieten und sowohl akademische Diskurse als auch Alltagsdiskussionen aufgreifen; dabei verschiedene Ebenen kultureller und intellektueller Angebote verbinden.
- ☑ Bei der Programmplanung und -umsetzung gilt es, direkt mit jüdischen und muslimischen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten und gezielt Veranstaltungen anzubieten, die jüdischen und muslimischen Gemeinschaften Raum geben, sich selbst darzustellen (z. B. geführte Rundgänge durch lokale Moscheen, Synagogen bzw. zum religiösen Stadtleben).
- ☑ Es sollten Programme erstellt werden, die nicht nur als Veranstaltungen „für ein Publikum“ gedacht sind, sondern auch Künstler*innen, Akademiker*innen und anderen auf der Bühne (wie z. B. bei den beiden oben genannten Veranstaltungsbeispielen) die Gelegenheit zum Netzwerken und Interagieren bieten.

sisch-deutschen Au-
rischen muslimischen
n leitete. Die Veran-
chiedenen Erfahrun-
skutiert wurden, die
Strategien für weitere

imischen Kulturtage
ublikum erreichen
ches Zusammenleben
nierung schützen.

Das Projekt soll die ber
des muslimischen kultu
zen und jüdische und r
Öffentlichkeit im Rahm
Gesellschaft und Zugeh

Die Jüdisch-Muslimi
ten, tief verbundenen u
menlebens in einer plu
bekämpfen Antisemitis
Formen von Ausgrenzu
als Menschen und Bürg
Menschen unterschiedl
essen und debattieren.
ke, was sich in den viel
führungen, Konzerten u

Die Jüdisch-Muslimi
und sind ein perfektes
gefächerten Programm
angesprochen bestehen
schaften als auch der b
Produktionen und intel
muslimische Künstler*
den Kulturtagen eingek
So wurden die lokalen
breiteren Feld der Inter
mit einer Moschee (Yav
Kultusgemeinde Heidel
verschiedenen antirass
dem Migration Hub Hei
len jüdischen und mus
eingebettet.

Auf einer Freilichtbi
Autorin und Aktivistin
von intersektionalen Bi
Spielers Ozan Ata Cana
Migration nach Deutsch
der Arbeiterklasse refle

scher Unterhaltung erreichte ein diverses Publikum von rund 100 Menschen. Jüdische
und muslimische Zuhörende sowie Gäste aus anderen marginalisierten Gemeinschaften
fanden sowohl in Emilia Roigs Rede als auch in den Liedern von Ata Canani Momente
der Anerkennung und des Empowerment. Die Mainstream-Gemeinschaft lernte von

Kontexten und Kooperationen, die sie noch nicht kannte.

Ein weiterer prägender Moment war die Lesung der jüdisch-russisch-deutschen Au-
torin Lena Gorelik am 27. Juli, moderiert von der deutsch-schweizerischen muslimischen
Aktivistin Hannan Salamat, die auch die anschließende Diskussion leitete. Die Veran-
staltung führte zu einer sehr lebhaften Diskussion, in der die verschiedenen Erfahrun-
gen jüdischer und muslimischer Migrant*innen in Deutschland diskutiert wurden, die
gemeinsamen Grundlagen hervorgehoben und darauf aufbauend Strategien für weitere
Bündnisse und Empowerment-Strukturen erdacht wurden.

Im Rahmen der 14 Programmveranstaltungen der Jüdisch-Muslimischen Kulturtage
2022 gab es noch zahlreiche ähnliche Momente, die ein diverses Publikum erreichten
sowie vernetzten und neue Anreize für ein positives gesellschaftliches Zusammenleben
setzten, die gegen alle Formen der Marginalisierung und Diskriminierung schützen.

4.4.1.2 **Marginalisiertes Gemeinschaftsleben in die Mitte holen:
Die Muslimischen Kulturtage (Karlsruhe, Deutschland)**



Städtische Perspektive:

Der Deutschsprachige Muslimkreis Karlsruhe (DMK) ist eine wichtige Einrichtung im Dialog zwischen den Religionen in Karlsruhe. Aber auch im gesellschaftlichen Dialog zwischen religiös verorteten Karlsruher Muslim*innen und den nicht-muslimischen Karlsruher*innen, ob religiös oder nicht, spielt der DMK eine zentrale Rolle.

Diese Wertschätzung zeigt sich zum einen daran, dass die Karlsruher Oberbürgermeister*innen schon seit vielen Jahren die Schirmherrschaft der ehemaligen *Karlsruher Islamwochen* und nun des neuen Formats *Muslimische Kulturtage im Fächer* übernehmen und bei Veranstaltungen immer wieder auch die Eröffnungsreden. Veranstaltungen der Kulturtage werden städtischerseits vom Kulturbüro und vom Büro für Integration gefördert und werden von Gemeinderät*innen und städtischen Mitarbeitenden gerne besucht. Der DMK hat eine ganz eigenständige Ausrichtung und setzt dabei stark auf die Jugend, ist aber zahlenmäßig eine der kleineren Moscheegemeinden in Karlsruhe. Dennoch ist der DMK gegenüber der Karlsruher

Mehrheitsgesellschaft sehr offen und innerhalb der muslimischen Gemeinschaft gut repräsentiert und versteht sich deziert als Motor des muslimischen Lebens in Karlsruhe.

So war der DMK ein ganz wesentlicher Akteur beim Realisieren des Bürgerprojekts *Garten der Religionen*. Dieses in gemeinsamer Erarbeitung zum 300-jährigen Stadtjubiläum 2015 entstandene Projekt spiegelt einen großen Schritt im interreligiösen Miteinander in Karlsruhe wider. Durch bauliche Gestaltung, Zitate und Abbildungen symbolisiert der Garten ein friedliches und gutes Miteinander der Religionen und der religiösen Menschen. Dabei werden die jeweiligen Unterschiede respektiert und das Primat der grundlegenden Menschenrechte anerkannt. Der Verein AG Garten der Religionen für Karlsruhe e. V., der den Garten der Religionen realisiert, dient nun auch als Nukleus für den gerade in Gründung befindlichen Rat der Religionen in Karlsruhe. In beiden ist der DMK ein aktiver und wichtiger Akteur.

Nicht nur für die Stadtverwaltung und die kommunalpolitischen Akteur*innen, sondern auch für die Zivilgesellschaft, die Bildungseinrichtungen, die Medien und die anderen Religionen ist die starke Betätigung des DMK in der und für die Stadtgesellschaft von wesentlicher Bedeutung. Denn durch dieses große Engagement haben Muslim*innen in Karlsruhe ein präsenes und engagiertes „Gesicht“, treten mit anderen in Dialog und schaffen damit Sichtbarkeit für muslimische Positionen und Anliegen. Dank dieser effektiven Kooperation, dem Aufbau von Netzwerken, seiner Verlässlichkeit sowie dem Vertrauen, das der DMK sich seitens seiner Partner*innen erarbeitet hat, ist er ein wesentlicher Bestandteil des öffentlichen Lebens in Karlsruhe.

Neben dem DMK engagieren sich in Karlsruhe aber auch viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen gegen antimuslimischen Rassismus (AMR). So haben die *Internationalen Wochen gegen Rassismus in Karlsruhe* seit 2013 regelmäßig auch etliche Veranstaltungen wie Workshops, Vorträge, Lesungen, Konzerte; Begegnungsveranstaltungen, öffentlich zugängliche Gottesdienste und vieles mehr im Angebot, um die breitere Öffentlichkeit über antimuslimischen Rassismus sowie die Mittel zu Bekämpfung desselbigen zu informieren. Auch die Vereinigungen *Netzwerk Karlsruhe gegen Rechts* und *Netzwerk gegen Rassismus Karlsruhe* haben sich die

Bekämpfung von AMR ausdrücklich auf ihre Tagesordnungen gesetzt. In all diesen Formaten wirken vor allem die interreligiösen Dialog-Initiativen sowie zahlreiche muslimische Vereinigungen und Moscheegemeinden.

Unter dem Motto *Flagge zeigen...* und mit ihrem Engagement in der ECCAR setzt auch die Stadt Karlsruhe ein klares Zeichen gegen Diskriminierung und jegliche Art von Rassismus.

Das Engagement der Stadt Karlsruhe manifestiert sich auch in dem gerade eingerichteten *Runden Tisch kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Karlsruhe*. Dieser runde Tisch widmet sich neben anderen Formen von Rassismus und Diskriminierung und deren intersektionalen Verschränkungen auch dem AMR und hat deshalb auch Vertreter*innen aus dem DMK und aus weiteren muslimischen Vereinigungen in seinen Reihen.

Muslimische Kulturtag und antimuslimischer Rassismus

Die NGO-Perspektive

(Deutschsprachiger Muslimkreis Karlsruhe)

Die Muslimischen Kulturtag im Fächer sind die größte Veranstaltung des Deutschsprachigen Muslimkreises in Karlsruhe und finden alle zwei Jahre statt. Im Rahmen der Muslimischen Kulturtag finden Vorträge, Workshops, Podiumsdiskussionen und Lesungen statt. Mit der Gründung des DMK 1989 entstanden auch die Karlsruher Islamwochen, wie sie damals noch hießen. Seither ist die Veranstaltung eine äußerst wichtige Quelle der Inspiration zur Stärkung der institutionellen Kooperation zwischen dem DMK und den lokalen Religionsgemeinschaften, Vereinen und der Karlsruher Stadtverwaltung. Während den Muslimischen Kulturtag im Fächer nutzt der DMK die Gelegenheit, seine Arbeit nach außen aufzuzeigen, mit den Bürger*innen von Karlsruhe ins Gespräch zu kommen und ein gegenseitiges Kennenlernen zu fördern. Der DMK möchte mit seinem diversen Programm so viele Gruppen von Bürger*innen wie möglich ansprechen. Schließlich sollen durch die Begegnungen verschiedener Kulturen, Religionen und Traditionen der Abbau bestehender Vorurteile, Missverständnisse und Berührungspunkte gegenüber Muslim*innen sowie gegenseitige Toleranz gefördert werden.

Das Projekt bietet eine große Bandbreite von Formaten an. Einerseits gibt es Vorträge, deren inhaltliche Schwerpunkte

explizit auf die Problematik des antimuslimischen Rassismus aufmerksam machen, andererseits gibt es Formate, die die Thematik nicht direkt aufgreifen, sondern in ihrer Umsetzung Strukturen aufzeigen, die für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus förderlich sind. Zu den Ersteren zählen beispielsweise Vorträge, welche die Darstellung von Muslim*innen in den Medien aufzeigen und eine Sensibilisierung und Reflexion in Bezug auf die Denkmuster und Betrachtung zum Ziel haben, die Teilnehmer*innen gegenüber Muslim*innen an den Tag legen. Zu den Letzteren gehören beispielsweise eine muslimische Stadtführung, welche Aspekte des muslimischen Lebens einer spezifischen Stadt in das Bewusstsein ihrer Bürger*innen rückt.

2020 wurde die erste muslimische Stadtführung gemeinsam mit der Antidiskriminierungsstelle der Stadt durchgeführt. Diese finden auch über den Projektzeitraum der Kulturtag hinaus statt. Den Teilnehmer*innen werden im Rahmen der Stadtführung Aspekte des muslimischen Lebens in Karlsruhe von den Anfängen bis zur heutigen Zeit nähergebracht. Dazu gehören auch künstlerische, kulinarische und sportliche Workshops sowie Musikveranstaltungen in Form von Konzerten, die muslimische Traditionen in den Fokus rücken. Diese Konzerte sind ein besonders geeigneter Rahmen, um in entspannter Atmosphäre mit Gästen ins Gespräch zu kommen und sich kennen zu lernen.

Genau diese Art von Veranstaltungen, bei denen antimuslimischer Rassismus nicht vordergründig behandelt wird, führen dazu, dass die Begegnungen und der Austausch persönlicherer Natur sind und Raum für Fragen, das Abbauen von Missverständnissen und Offenheit für das Gegenüber besonders gut geschaffen werden kann. Die Mitglieder des Planungsteams der Kulturtag sind der Bedeutung der Vielfalt an Formaten und deren gezielten Einsatzes gewahr und sie wählen ihre Veranstaltungsinhalte und -formate entsprechend der oben beschriebenen Punkte.

Gesprächspartner*innen

Des Weiteren werden im Rahmen des Projekts der Muslimischen Kulturtag gezielt Gesprächspartner*innen eingesetzt, welche selbst zum Planungsteam gehören oder Mitglieder des DMK sind. Durch jahrelange Übung sind diese Gesprächspartner*innen mit verschiedenen Diskussionskulturen vertraut

Nachhaltigkeit der Partnerschaften

und wissen, wie sie auf Belange und Fragen der Teilnehmenden eingehen können. Wichtig ist hierbei, zu betonen, dass diese Gesprächspartner*innen nicht strikt nach professioneller Erfahrung ausgewählt werden. Auch geht es dabei nicht darum, die Expertise der Mitglieder des DMK herauszustellen. Die Mitglieder haben nicht für jede Frage der Gesprächspartner*innen eine Antwort parat. Vielmehr steht die Persönlichkeit jedes einzelnen DMK-Mitglieds im Vordergrund. Im Idealfall wird so beidseitig eine natürliche Gesprächsbeziehung aufgebaut.

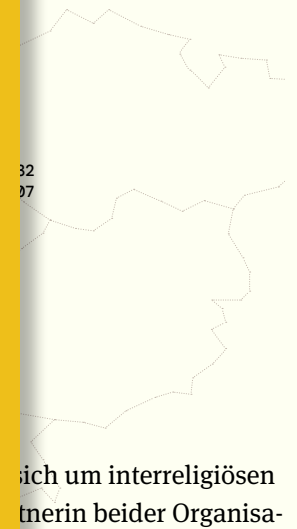
Wie bereits oben erwähnt sind Begegnungen und Diskussionen ein wichtiger Aspekt der Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus. Schritt für Schritt führt das zu gegenseitigem Verständnis und zu einem offenen Dialog ohne Vorurteile. Das Projekt bietet auch Raum, um neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu pflegen. Das Projektteam bleibt ganz bewusst mit den Teilnehmenden auch über die Dauer des Projekts und der Veranstaltungen hinaus in Kontakt. Teilnehmende der Kulturtage, die zum ersten Mal dabei sind, haben die Möglichkeit, ihre Kontaktdaten zu hinterlegen. Neue und alte Kontakte werden dann zu verschiedenen einmaligen aber auch wöchentlichen DMK-Veranstaltungen eingeladen. Mit vielen dieser Kontakte konnten so freundschaftliche Beziehungen aufgebaut werden.

Wirkung des Projekts

Hinsichtlich der Projektwirkung lässt sich festhalten, dass das Team der Muslimischen Kulturtage nach der Veranstaltung einen starken Anstieg der Kontaktanfragen verzeichnet hat. Diese Anfragen kommen von Einzelpersonen, aber auch von Vertreter*innen anderer Vereine, verschiedener Religionsgemeinschaften und städtischer Institutionen. Darunter waren Interviewanfragen vom Fernsehen und von Zeitschriften, Austauschfragen von Fachgruppen zu spezifischen islambezogenen Themen, Anfragen zu Moscheeführungen und interreligiösen Kooperation usw. Vielen Karlsruher Bürger*innen sind der DMK und die Mitglieder des Kulturtage-Teams mittlerweile bekannt; der DMK wird als Anlaufstelle bezüglich verschiedener Anliegen gerne genutzt. Zu diesem Status quo tragen die Muslimischen Kulturtage maßgeblich bei.

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ Das Programm sollte neben Veranstaltungen, die sich inhaltlich spezifisch mit der Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus auseinandersetzen, weitere inhaltliche Schwerpunkte haben. Es soll bei den Teilnehmenden nicht der falsche Eindruck entstehen, dass nur Muslim*innen von antimuslimischem Rassismus betroffen sind. Besonders die Kulturtage sind eine gute Gelegenheit, der nicht-muslimischen Bevölkerung muslimische Kunst, Küche, Musik und andere Aspekte des muslimischen Alltags näherzubringen.
- ☑ Das Projekt sollte verschiedene Formate anbieten. Am besten wählt man viele interaktive Formate wie Workshops, die eine entspannte Atmosphäre schaffen.
- ☑ Die Gesprächspartner*innen sollten am Projekt beteiligt werden. Gespräche zu zweit oder in kleinen Gruppen sind persönlich und haben einen großen Nachhall bei den Teilnehmer*innen. Auf 80 % der Feedback-Bögen haben Gäste die bereichernden Unterhaltungen und die angenehme Atmosphäre bei unseren Veranstaltungen gelobt. Für die Gesprächspartner*innen sollte Folgendes gelten: Niemand wird als Expert*in für Muslim*innen dargestellt. Die Persönlichkeit der Person soll zum Ausdruck kommen.
- ☑ Die muslimischen Veranstalter*innen sollten keine Personen sein, die man mal im Rahmen einer einmaligen Veranstaltung gesehen hat. Begegnungen entfalten erst dann ihre volle Wirkung, wenn Kontakt gehalten wird. Die Besucher*innen sollten persönlich zu weiteren Veranstaltungen außerhalb des



sich um interreligiösen
nerin beider Organisa-

Zusammenschluss
n und staatlicher Stel-
lbst als Bindeglied zwi-
duismus, Buddhismus,
l hat sich dem interre-
rischen religiösen und
Das Forum bietet eine
Öffentlichkeit in den
en. Die regelmäßigen
meinden etwa finden
n Menschen, eine
r Gemeinde kennen zu
espräche gelten als der
llungen zu neutralisie-
mus vorzubeugen.
n Dialog (ZIID) vermit-
um, den Islam und das
umfasst dabei ein brei-
en zu theologischen
in Bezug auf Religion.
n öffentlichen Schu-
ssen über den Islam

und stärkt die Fertigkeiten im Umgang mit religiöser Vielfalt. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen oder Gesundheitsdienste können maßgeschneiderte Schulungen oder Beratungen für bestimmte Teams und Themen anfordern.

Projektes eingeladen werden So werden mit der Zeit mit einigen Besucher*innen freundschaftliche Bande geknüpft und man kann sich zu privaten Treffen verabreden. Wenn man Zeit und Mühe in diese Begegnungen investiert, werden sie irgendwann Früchte tragen und zum besten Mittel werden, um antimuslimischen Rassismus von der Basis aus zu bekämpfen.

Nachhaltigkeit der Partnerschaften

Wirkung des Projekts

ner Anliegen gerne genutzt. Zu diesem Status quo tragen die Muslimischen Kulturtage maßgeblich bei.

Die Förderung der Arbeit von NGOs (Zürich, Schweiz)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

436.332
2007

Die Stadt Zürich fördert zwei NGOs, die sich um interreligiösen Dialog bemühen, und ist eine aktive Partnerin beider Organisationen.

Das Zürcher Forum der Religionen ist ein Zusammenschluss von Vertreter*innen religiöser Gemeinden und staatlicher Stellen im Großraum Zürich. Es sieht sich selbst als Bindeglied zwischen den fünf großen Religionen – Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Christentum und Islam – und hat sich dem interreligiösen Dialog sowie dem Austausch zwischen religiösen und politischen Institutionen verschrieben. Das Forum bietet eine Reihe jährlicher Veranstaltungen für die Öffentlichkeit in den Räumlichkeiten der religiösen Gemeinden. Die regelmäßigen Besuche verschiedener muslimischer Gemeinden etwa finden große Beachtung und ermöglichen es den Menschen, eine Moschee zu besuchen und Mitglieder der Gemeinde kennen zu lernen. Persönliche Begegnungen und Gespräche gelten als der beste Weg, Vorurteile und falsche Vorstellungen zu neutralisieren und damit antimuslimischem Rassismus vorzubeugen.

Das Zürcher Institut für interreligiösen Dialog (ZIID) vermittelt vertieftes Wissen über das Christentum, den Islam und das Judentum. Der Veranstaltungskalender umfasst dabei ein breites Spektrum an Vorträgen und Seminaren zu theologischen und gegenwärtigen Gesellschaftsthemen in Bezug auf Religion. Außerdem führt das Forum Workshops an öffentlichen Schulen durch, vermittelt dort Grundlagenwissen über den Islam und stärkt die Fertigkeiten im Umgang mit religiöser Vielfalt. Öffentliche Einrichtungen wie Schulen oder Gesundheitsdienste können maßgeschneiderte Schulungen oder Beratungen für bestimmte Teams und Themen anfordern.

Vom Fachwissen muslimischer Gemeinschaften profitieren (Kortrijk, Belgien)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

77.741
2020

Die Stadt Kortrijk kooperiert auf vielfältige Weise mit der muslimischen Gemeinde. Bis 2019 wurde jedes Jahr die Veranstaltungsreihe *Dar es Salaam* durchgeführt, die aus drei Themenabenden zum Islam bestand, nämlich zwei Vorträgen und einem Gesprächsabend. Seit 2015 haben wir mit *Dialogo in vriendschap* eine Plattform, die sich dem freundschaftlichen Dialog widmet und einen Raum für Begegnungen zwischen Muslim*innen und Christ*innen schaffen soll. Nach den Terroranschlägen in Brüssel am 22. März 2016 hielten Christ*innen und Muslim*innen gemeinsam einen Schweigemarsch gegen Terrorismus ab. Während des Ramadan organisieren wir jedes Jahr ein gemeinsames Iftar.

Außerdem pflegt die Stadt seit Jahren gute Beziehungen zur lokalen Moschee. Organisationen können Moscheebesuche anfragen. Über das Jahr verteilt organisieren wir auch spontane Veranstaltungen. Schließlich berät und hilft die Stadt der Moschee auch im Hinblick auf Akkreditierungsunterlagen. 2018 haben wir eine Charta der ideologischen Einrichtungen erarbeitet, die u. a. von der Stadt und der lokalen Moschee mit dem Ziel unterzeichnet wurde, der Öffentlichkeit mindestens zwei Veranstaltungen anzubieten. Der Austausch beruht auf gegenseitigem Respekt vor den Werten und der Kultur des jeweils Anderen, auf Toleranz gegenüber allen Bürger*innen unabhängig von ihrer Ideologie, auf Gleichberechtigung, Gleichbehandlung, Offenheit für einen gemeinsamen friedlichen Dialog, gegenseitiger Wertschätzung unserer Unterschiede sowie auf Solidarität miteinander bzw. gegenseitiger Unterstützung in schweren Zeiten.

Begegnungen und
Diskussionen sind
ein wichtiger Aspekt
der Bekämpfung von
antimuslimischem
Rassismus. Schritt
für Schritt führt das
zu gegenseitigem
Verständnis und ei-
nem offenen Dialog
ohne Vorurteile.

Die Bekämpfung von Hassverbrechen und Diskriminierung

116

117

- 4.5.1 Voreingenommenheitsindikatoren für antimuslimische Hassverbrechen als Grundlage für Dokumentations- und Berichterstattungssysteme (CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit)

Pilotprojekt "I-Report"

Die Dunkelziffer antimuslimisch motivierter Übergriffe und Diskriminierungen ist weit höher als offiziell erfasst. Durch ein standardisiertes System zur Erfassung und Dokumentation von antimuslimisch motivierten Übergriffen und Diskriminierungen wollen wir mit „I Report“ zu einer besseren Erfassung und einheitlichen Dokumentation der Fälle beitragen. In Kooperation mit der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus Österreich (Dokustelle Österreich) sowie Antidiskriminierungs-, Beratungs- und Dokumentationsstellen aus Deutschland hat CLAIM mit dem Meldeportal „I Report“ ein standardisiertes System zur Erfassung und

Hintergrund

Dokumentation entwickelt. Seit Juli 2021 haben Betroffene und Zeug*innen von antimuslimischem Rassismus die Möglichkeit, Fälle über die Website www.i-report.eu zu melden.

Das Projekt wird im Rahmen des EU-Programms *Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft* gefördert. Neben dem Meldeportal sollen mit „I Report“ Standards zur Erfassung von antimuslimischem Rassismus im deutschsprachigen Raum etabliert werden.

Muslim*innen und als solche gelesene Personen sind häufig von intersektionaler Diskriminierung und Gewalt betroffen. Das heißt, dass verschiedene Diskriminierungsgründe wie Religion, Herkunft oder Geschlecht zusammenwirken können. Antimuslimischer Rassismus kann unabhängig davon vorliegen, ob die Person praktizierende*r Muslim*in ist oder ob sich eine Aussage explizit auf den Islam bezieht. Für Beratungseinrichtungen und Beamt*innen im Strafvollzugssystem kann das korrekte Erkennen und Erfassen des antimuslimischen Gehalts einer Gewalttat oder einer diskriminierenden Tat deshalb oft herausfordernd sein.

Eine von CLAIM durchgeführte Studie zeigt, dass Beratungsstellen in Deutschland teils nicht die Ressourcen haben, Betroffenen von antimuslimischem Rassismus zu helfen. So hat z. B. die Hälfte der 72 befragten Stellen kein Verfahren, um antimuslimischen Rassismus zu identifizieren, und knapp ein Drittel hat im Team weder Berater*innen, die zu antimuslimischem Rassismus spezifisch geschult sind, noch Berater*innen, die persönliche oder familiäre Bezüge zum Themenfeld haben bzw. muslimische Gemeinschaften sehr gut kennen.

Für die Bewertung von Übergriffen und Diskriminierungen auf ihren antimuslimischen Gehalt hin sind sogenannte Voreingenommenheitsindikatoren ein essenzielles Mittel. Diese Indikatoren sind objektive Tatsachen, Umstände oder Muster, die mit einer diskriminierenden oder übergriffigen/gewalttätigen Handlung einhergehen und die allein oder in Verbindung mit anderen Tatsachen oder Straftaten darauf hindeuten, dass die Handlung des*der Täter*in ganz oder teilweise durch irgendeine Form der Voreingenommenheit motiviert war. Indikatoren können jedoch nur hilfreich sein, wenn ein umfassendes Verständnis von antimuslimischem Rassismus vorliegt.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Einheitliches und etabliertes Begriffsverständnis von antimuslimischem Rassismus: Um Menschen vor Diskriminierung und Übergriffen zu schützen, braucht es eine etablierte und anerkannte Arbeitsdefinition von antimuslimischem Rassismus. Bestehende Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf EU- und nationalstaatlicher Ebene sollten berücksichtigt und Expert*innen aus diesen Gruppen bei der Entwicklung einer Arbeitsdefinition miteinbezogen werden. Zudem bedarf es einheitlicher Indikatoren zur Erfassung des antimuslimischen Motivs bei Diskriminierungen und Übergriffen.
- Einheitliche Erfassung von antimuslimischem Rassismus: Antimuslimische Übergriffe ober- und unterhalb der Strafbarkeit sowie antimuslimisch motivierte Diskriminierung müssen besser erfasst werden. Es bedarf eines bundesweiten Meldesystems mit einer umfassenden und einheitlichen Aufzeichnungs- und Datenerhebungspolitik. Zusätzlich ist eine einheitliche Falldokumentation durch die Beratungsstellen erforderlich, die langfristig nachhaltig finanziert sein muss.
- Nachhaltige Finanzierung von Beratungsstellen: Um betroffene Personen emotional und finanziell zu unterstützen und vor sekundärer Viktimisierung zu schützen, sollten sie die Möglichkeit haben, Übergriffe über Beratungsstellen an die Polizei und die Staatsanwaltschaft zu melden und im Strafverfahren von Beratungsstellen vertreten zu werden. Um dies zu ermöglichen, braucht es sowohl eine rechtliche Grundlage als auch eine nachhaltige und institutionelle Finanzierung von Beratungsstellen. Diese Maßnahmen trügen auch dazu bei, die Zahl der nicht gemeldeten Fälle zu senken, da die Meldung von Übergriffen einfacher wäre.

n von I Report auf
das Vorliegen eines
büros für demokratische
SZE (ODIHR) gemein-

ge

n als muslimisch
ang, Sprache usw.)?

assen sich identifi-
valttaten gegen Mus-
e Gemeinschaften
islamische Feiertage

i Umfeld (Aufrufe zu
ledien)?

en (soziale Medien,

weiteren Motiven ge-
hwarzer Rassismus,

s muslimisch gelese-

cht der betroffenen
anisierten antimusli-
htsextreme Gruppie-

8

**Selbst- und Fremdwahr-
nehmung**

Was ist, wenn die beratende Person den Fall als antimuslimisch einstuft, die betroffene Person aber nicht?

Hintergrund

Voreingenommenheit motiviert war. Indikatoren können jedoch nur hilfreich sein, wenn ein umfassendes Verständnis von anti-muslimischem Rassismus vorliegt.

Folgende Indikatoren wurden im Rahmen von I Report auf Grundlage der Liste von *Indikatoren für das Vorliegen eines antimuslimischen Hassverbrechens* des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) gemeinsam mit Expert*innen weiterentwickelt:

Nr.	Indikator	Zu stellende indikative Frage
1	Kontext	Wurde die betroffene Person als muslimisch markiert (anhand ihr Kleidung, Sprache usw.)?
2	Zeit	Welche zeitlichen Bezüge lassen sich identifizieren (Jahrestage von Gewalttaten gegen Muslim*innen und muslimische Gemeinschaften wie z. B. Utøya-Anschläge, islamische Feiertage usw.)?
3	Muster von Vorfällen	Gab es ähnliche Vorfälle im Umfeld (Aufrufe zu Angriffen in den sozialen Medien)?
4	Drohungen	Gab es im Vorfeld Drohungen (soziale Medien, Flyer usw.)?
5	Intersektionalität	Hat der*die Täter*in aus weiteren Motiven gehandelt (Sexismus, anti-Schwarzer Rassismus, Homophobie usw.)?
6	Ort	Hat der Vorfall an einem als muslimisch gelesenen Ort stattgefunden?
7	Organisierte Hassgruppen	Hat der*die Täter*in aus Sicht der betroffenen Person einen Bezug zu organisierten antimuslimischen Hassgruppen (rechtsextreme Gruppierungen, Pegida usw.)?
8	Selbst- und Fremdwahrnehmung	Was ist, wenn die beratende Person den Fall als antimuslimisch einstuft, die betroffene Person aber nicht?

Die genannten Indikatoren finden sich in der Eingabemaske für Betroffene und Zeug*innen von antimuslimischem Rassismus wieder. Die Datenbank für Beratungsorganisationen basiert auf diesen Indikatoren. Das soll es den Berater*innen ermöglichen, antimuslimische Motive zu erkennen. Um ein antimuslimisches Motiv zu erkennen, ist es wichtig, zu berücksichtigen, dass Personen aufgrund phänotypischer Merkmale, ihres Namens, ihrer Sprache, ihrer zugeschriebenen/tatsächlichen Herkunft und/oder ihres Aufenthaltsstatus als muslimisch gelesen werden, unabhängig davon, ob eine Glaubenszugehörigkeit besteht. Das bedeutet, dass geflüchtete Menschen aus muslimisch geprägten Ländern und/oder Menschen mit Migrationshintergrund aus muslimisch geprägten Ländern als muslimisch gelesen werden können. Bei Übergriffen und Diskriminierungen, die antimuslimisch motiviert sind, wirken angebliche/tatsächliche religiöse und angebliche/tatsächliche ethnische Zugehörigkeit daher oft zusammen. Der Fokus auf nur auf ein Motiv (entweder ethnische Zugehörigkeit oder religiöse Zugehörigkeit) kann dazu führen, dass das antimuslimische Motiv unerkannt bleibt – obgleich der Fall dadurch schwerwiegender wird.

CLAIM vereint und vernetzt derzeit 47 muslimische und nicht-muslimische Akteur*innen der Zivilgesellschaft in Deutschland und bildet eine breite gesellschaftliche Allianz gegen antimuslimischen Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit. CLAIM wird getragen von Teilseind e. V. und im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

4.5.2

Die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus durch spezielle Beratungsstellen – ein Berliner Modell

4.5.2.1

Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS)



Die Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) wurde 2007 gegründet und ist in der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung angesiedelt. Rechtlich und inhaltlich stützt sich die LADS auf das Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz. Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz trat 2020 in Kraft. Aufgrund seiner Stellung als Bundesland ist Berlin mit gesetzgebenden Kompetenzen ausgestattet.

Die Arbeit der LADS gegen antimuslimischen Rassismus beruht auf verschiedenen Prinzipien von Antidiskriminierungsmaßnahmen:

Die LADS arbeitet eng mit Fachkräften aus der Zivilgesellschaft und aus den von Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung von Rom*nja und Sinti*zze und/oder

Homophobie und Transphobie betroffenen Gemeinschaften zusammen. Interessenvertreter*innen aus der Zivilgesellschaft waren an der Ausarbeitung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes ebenfalls beteiligt. Mit dem Gesetz besteht unter anderem die Möglichkeit, diskriminierendes Verhalten öffentlicher Einrichtungen wie Behörden, Schulen und Polizei strafrechtlich zu verfolgen. Außerdem haben Vereine die Möglichkeit, ein Verfahren einzuleiten. Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz ist also auch eine Errungenschaft im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Die Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung betrachtet gesetzliche Rechte als essenziell für eine erfolgreiche Antidiskriminierungspolitik. Die Behörden haben sich klar gegen Diskriminierung ausgesprochen. Zudem wurden Diversitätsrichtlinien für die Berliner Verwaltung veröffentlicht. Die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung hat in einer abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit ein vielschichtiges Diversity-Landesprogramm ausgearbeitet. Die Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung koordiniert das Diversity-Landesprogramm.

Die Hauptziele der Berliner Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung sind:

- Lokalisierung und Reduzierung von struktureller Diskriminierung
- Antidiskriminierungsmaßnahmen bezüglich spezifischer Diskriminierungsmotive unter Einbezug intersektionaler Perspektiven
- Förderung einer netzwerkorientierten Beratungsstelle im Bereich Antidiskriminierung sowie einer Rechtsberatungsinfrastruktur
- Förderung des Empowerments vulnerabler Gruppen
- Förderung von NGO-Projekten über das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus
- Förderung von NGO-Projekten über die Initiative *Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt* (IGSV)
- Betreiben der unabhängigen Ombudsstelle nach dem Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz
- Politikberatung bei Gesetzgebungsverfahren

Die Lokalisierung und Analyse struktureller Diskriminierung stellt die unverzichtbare Grundlage für maßgeschneiderte Maßnahmen gegen Diskriminierung dar. Das gilt auch für den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Die Landesstelle (LADS) arbeitet eng mit professionellen NGOs zusammen. Im Sinne eines niedrigschwelligen Ansatzes wurden eine Anlaufstelle und eine Beratungsstelle eingerichtet.

Ausgewiesene Anlaufstellen bieten Unterstützung bei Antisemitismus, Diskriminierung von Rom*nja und Sinti*zze, Homo- bzw. Transphobie, anti-Schwarzem Rassismus und antimuslimischem Rassismus. Diese Anlaufstellen dokumentieren und analysieren auch Diskriminierungsfälle. Ihre Ergebnisse werden regelmäßig veröffentlicht. Die

Dokumentationsstellen arbeiten eng zusammen und überarbeiten ihre Dokumentationsstandards ständig. Der Berliner Senat fördert zwei Hilfe- und Dokumentationsstellen für antimuslimischen Rassismus: Die Dokumentations- und Beratungsstelle Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit unter Führung von Inssan e. V. sowie das REDAR – Recherche- und Dokumentationsprojekt zu Antimuslimischem Rassismus in Berlin unter Führung von Transaidency e. V. Während sich das Angebot des Netzwerks gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit hauptsächlich an religiöse Muslim*innen richtet, konzentriert sich das REDAR hauptsächlich auf säkulare Personen, die aufgrund der Zuschreibung einer muslimischen Identität antimuslimischen Rassismus erfahren.

Die entsprechenden Anlaufstellen arbeiten eng mit einer auf Antidiskriminierungsarbeit spezialisierten Beratungsstelle zusammen (ADNB von TBB e. V.), die rechtliche Beratung anbietet und Betroffene in Rechtsverfahren unterstützt. Die Hilfsangebote werden ergänzt durch eine spezielle Beratungsstelle für Opfer von rechtsradikaler, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Reach Out by ARIBA e. V.) und eine psychologische Beratungsstelle für Opfer von Gewalt (Opra by ARIBA e. V.).

Nach den rechtsextremistischen Anschlägen 2020 im hessischen Hanau, die neun Todesopfer forderten – alle mit Migrationsgeschichte sowie einem muslimischen bzw. Rom*nja-Hintergrund – verlangten das IslamForum Berlin sowie viele NGOs und migrantisch selbstverwaltete Organisationen eine tiefer gehende Analyse von antimuslimischem Rassismus in Berlin. Das IslamForum ist ein Gremium, das den Austausch zwischen migrantisch selbstverwalteten Organisationen in Berlin sowie den Berliner Behörden organisiert. Der Senat von Berlin hat daher einen Fachausschuss zu antimuslimischem Rassismus ins Leben gerufen. Im Ausschuss sind Fachkräfte aus der Zivilgesellschaft, dem IslamForum und den Moscheegemeinden sowie Wissenschaftler*innen vertreten. Ende August 2022 veröffentlichte der Ausschuss einen Bericht mit Empfehlungen.

Diese Empfehlungen sollen als Richtlinie zur Entwicklung weiterer Maßnahmen gegen antimuslimischen Rassismus sowie zur Förderung entsprechender Projekte dienen. Aktuell werden neun Projekte gefördert, bei denen es explizit um antimuslimischen Rassismus geht. Die Bandbreite der Projekte erstreckt sich von Empowerment-Angeboten für muslimische Mädchen und junge muslimische Frauen über Gemeindeförderung mit Moscheen und den Aufbau professioneller Strukturen für die Jugendarbeit mit jungen Muslim*innen über Empowerment, Teilhabe-Projekte zur Prävention von Radikalisierung sowie die oben erwähnte Beratungsstelle bis hin zu Opferhilfe und Kontrollstrukturen. Außerdem sind auch Projekte mit einem Schwerpunkt auf Diskriminierung in bestimmten Bereichen wie Wohnung und Bildung von großer Bedeutung. Die Berliner Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) sowie Fair Mieten – Fair Wohnen, die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt, sind zwei wichtige Projekte, die sich auf die Praxisanalyse konzentrieren. Gemeinsam mit z. B. durch Rom*nja und Sinti*zze, Muslim*innen oder BIPOC selbstverwalteten Organisationen werden dort spezifische Formen der Diskriminierung unter Einbezug multidimensionaler und intersektionaler Diskriminierungsformen ausgewertet.

Schutz des Rechts auf Unterkunft (Fair Mieten – Fair Wohnen, FMFW)

Die Struktur

„Fair Mieten – Fair Wohnen“ ist die Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und ein Projekt der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung sowie der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS). Ein wichtiges strategisches Ziel der Stelle ist die systematische Stärkung von Netzwerken und Kooperationen in diesem Bereich und damit die Entwicklung einer Kultur der diskriminierungsarmen Vermietung und diskriminierungsfreien Unterkunft. Der Arbeitsbereich Strategie und Vernetzung ist verantwortlich für die Umsetzung dieses Ziels. In diesem Zusammenhang arbeitet die Stelle zu bestimmten Themen auch mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen sowie der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und dem Willkommenszentrum Berlin sowie den Bezirksverwaltungen zusammen. Im Bereich Beratung und Unterstützung für Betroffene bietet die Fachstelle konkrete Unterstützung für Menschen, die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt erfahren haben, z. B. wegen ihrer ethnischen Herkunft oder Religion.

„Fair Mieten – Fair Wohnen“ ist die einzige Fachstelle in Deutschland, die sich ausschließlich mit Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt beschäftigt. Diese ungewöhnliche aber sehr effektive Organisation ist auch eine Schnittstelle von zwei Arbeitsbereichen, in denen verschiedene Ansätze verfolgt werden: Konkret sind das Gespräche im Arbeitsbereich „Strategie und Vernetzung und qualifizierte parteiliche Beratung im Rahmen der Beratung und Begleitung von Betroffenen. Diese zwei Bereiche werden von zwei Organisationen auf Augenhöhe verwaltet: der UP19 Stadtforschung + Beratung GmbH, die unter anderem über Forschungs- und Beratungskompetenz im

Bereich Wohnungsmarkt und Diversitätsmanagement verfügt, und der Menschenrechtsorganisation Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e. V., die viele Jahre Erfahrung im Bereich Antidiskriminierungsarbeit vorweisen kann. Beide Arbeitsbereiche werden begleitet von einem Fachbeirat bestehend aus Vertreter*innen von Gruppen, die oft von Diskriminierung betroffen sind, sowie Vertreter*innen aus der Verwaltung, Wohlfahrtsorganisationen, Interessenvertreter*innen von Dachverbänden im Bereich Wohnungsmarkt sowie einer großen privaten und einer öffentlichen Wohnungsgesellschaft.

Antimuslimischer Rassismus auf dem Wohnungsmarkt

Zwei Beratungsfälle der Stelle sollen als Beispiel für den antimuslimischen Rassismus auf dem Arbeitsmarkt dienen. In beiden Fällen verliefen die vorvertragliche Kommunikation und die Vertragsverhandlung per Mail und Telefon sehr freundlich. Außerdem gingen die Vermieter*innen auf die Wohnungssuchenden zu, sodass diese begründeten Anlass hatten, zu glauben, dass sie die entsprechende Wohnung bekommen würden. In einem Fall war der Mietvertrag bereits aufgesetzt worden. Erst als den Vermieter*innen kurz vor Vertragsunterzeichnung die islamische Religionszugehörigkeit der Wohnungssuchenden – in beiden Fällen Frauen mit Kopftuch bzw. Hidschab – deutlich wurde, zogen sie ihre „Quasi-Zusage“ überstürzt zurück. Ihre Begründungen dafür schienen unglaubwürdig und klangen eher nach einem Vorwand: Es wurde behauptet, die Wohnung sei zu klein oder dass plötzlich Verwandte die Wohnung bräuchten. Als Muslim*innen gelesene Personen erfahren ebenfalls Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Je nach Vermieter*in bzw. Zusammenleben in der Nachbarschaft ist diese Diskriminierung unterschiedlich stark ausgeprägt (z. B. stärker bei traditionellen Genossenschaften oder Privatpersonen).

Die rechtliche Basis für die Arbeit der Stelle in den oben erwähnten Bereichen ist das bundesweit geltende Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, in Einzelfällen auch das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG).

Empowerment-Ansatz

Genauso wichtig ist es, die politischen, strukturellen und institutionellen Dimensionen von antimuslimischem Rassismus zu erkennen und Diskriminierungen basierend auf bestimmten Annahmen über Kultur, Religion und/oder Herkunft effektiv zu

bekämpfen. Die Fachstelle FMFW verfolgt in ihrer Beratungsarbeit einen Empowerment-Ansatz, um Menschen, die als Muslim*innen gelesenen werden und Diskriminierungserfahrungen gemacht haben, bei der Aufarbeitung des Erlebten zu unterstützen und ihnen zu helfen, sich gegen diskriminierendes Verhalten zur Wehr zu setzen. Dieser Empowerment-Ansatz bedeutet auch, dass beide Bereiche der Fachstelle mit Antidiskriminierungsberatungsstellen zusammenarbeiten, die sich auf den Kampf gegen antimuslimischen Rassismus spezialisiert haben. Das Berliner Projekt Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit von Inssan e. V. ist im Fachbeirat von „Fair Mieten – Fair Wohnen“ vertreten und beide Projekte unterstützen sich gegenseitig hinsichtlich Pressearbeit und den sozialen Medien.

Die Antidiskriminierungsberatungsstellen in Deutschland arbeiten vertraulich, unabhängig von Förderungen durch Behörden und parteilich im Interesse der Betroffenen unter Berücksichtigung ihrer Wünsche. Diese Beratungsstellen sind für das Empowerment der Betroffenen in Situationen, in denen ein klares Machtungleichgewicht zum Nachteil der benachteiligten vulnerablen Gruppen besteht, unabdingbar.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Gleichbehandlung ernst nehmen, Antidiskriminierungsarbeit stärken, sich öffentlich klar gegen antimuslimischen Rassismus aussprechen und in den entsprechenden Politikfeldern und Behörden in einem Netzwerk arbeiten;
- Die Intersektionalität von Diskriminierung sichtbar machen, von der muslimische Frauen oft betroffen sind, aber auch Diskriminierung thematisieren, die in muslimischen Gruppen vielleicht ein Tabuthema ist;
- In Politik und Behörden nicht nur für antimuslimischen Rassismus sensibilisieren, sondern auch den Umgang mit institutionellem und direktem Rassismus professionalisieren.
- In allen relevanten Politikfeldern und im Rahmen aller behördlicher Maßnahmen anerkennen, dass sich migrantische und muslimische Viertel herausbilden: Diese Viertel sollten nicht als Problemviertel dargestellt, sondern von innen heraus mit Maßnahmen aufgebaut werden, die Benachteiligungen ausgleichen und die Strukturen und den Mehrwert sozialer Netzwerke in diesen Nachbarschaften kommunizieren, hinsichtlich der aktuellen flüchtlingsbezogenen Migration auch im Sinne einer „Willkommenskultur in den Vierteln“.
- Im Gespräch mit der Immobilienbranche eine nicht-diskriminierende/diskriminierungsarme Immobilienkultur fördern und bei Stadtplanungsangelegenheiten Mediation anbieten (wie etwa hinsichtlich der Akzeptanz religiöser Gebäude).
- Öffentlich ausgeschriebene Pilotprojekte unterstützen (wie etwa die Stadt Gent) und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt regelmäßig überprüfen sowie darüber berichten und dabei angeben, inwiefern bestimmte Gruppen betroffen sind.

kämpfen.

(Fair mieten - Fair wohnen)

Genauso wichtig ist es, die politischen, strukturellen und institutionellen Dimensionen von anti-muslimischem Rassismus zu erkennen und Diskriminierungen basierend auf bestimmten Annahmen (...) effektiv zu bekämpfen.

Gewährleistung von Gleichbehandlung in Schulen (Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen, ADAS)

Deutschlands erste Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) wurde von der zivilgesellschaftlichen Bildungsorganisation LIFE e. V. als Modellprojekt aufgesetzt und wird seit 2021 vom Land Berlin finanziert. Wichtige weitere Meilensteine waren in Berlin die Einführung eines Diskriminierungsverbots sowie einer Verpflichtung zum Schutz von Schüler*innen vor Diskriminierung im Berliner Schulgesetz sowie die Verabschiedung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG).

Die Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS) berät und unterstützt Personen, die in einer Berliner Schule entweder selbst diskriminiert wurden oder eine Diskriminierung gesehen bzw. miterlebt haben und etwas dagegen tun wollen. Bei den Betroffenen kann es sich um Schüler*innen oder Eltern, aber auch um Lehrkräfte, Pädagog*innen oder Elternvertreter*innen handeln.

Oftmals findet Diskriminierung in Schulen subtil und strukturell statt und ist für Betroffene nicht leicht erkennbar oder es fehlen ausreichend Belege zum Nachweis. Als Anlaufstelle ist das Ziel der ADAS dementsprechend auf der einen Seite, niedrigschwellig und nah an den Bedürfnissen der Betroffenen zu unterstützen und Wege aufzuzeigen, um wirksam gegen Diskriminierung in der Schule vorzugehen. Auf der anderen Seite werden Schulen dabei unterstützt, die Diskriminierung lösungsorientiert anzugehen und Strategien zum strukturellen Diskriminierungsschutz zu verankern.

Muslimische sowie als muslimisch gelesene Schüler*innen und deren Eltern gehören zu den Gruppen mit einem besonders hohen Risiko, in Schulen Diskriminierungserfahrungen zu machen: In 20 % aller Fälle bezog sich Diskriminierung direkt auf die muslimische Religionszugehörigkeit der Betroffenen. Es gibt Diskriminierungen mit einem expliziten Islambezug, wobei sich Diskriminierung oder Ungleichbehandlung offen auf die religiöse Zugehörigkeit zum Islam bezieht. Unter anderem werden sichtbare Zeichen muslimischen Lebens problematisiert, verunglimpft, abgelehnt oder mit Verboten belegt (z. B. in Bezug auf das Kopftuch oder das Gebet).

Bei 65 % der von Diskriminierung Betroffenen handelte es sich um Personen mit einem familiären Hintergrund aus Ländern mit einer mehrheitlich islamischen Bevölkerung wie der Türkei oder der MENA-Region. Bei dieser Gruppe, die über die Hälfte der Betroffenen ausmacht, kann davon ausgegangen werden, dass antimuslimischer Rassismus zum Tragen kommt unabhängig davon, ob die Personen selbst Muslim*innen sind.

Beispiel: Eine Schülerin, die vor zwei Jahren aus Afghanistan nach Deutschland geflohen ist und hier aktuell die 10. Klasse besucht, wird immer wieder von anderen Kindern mit Sprüchen wie „Bei dir müssen wir aufpassen, du lässt bestimmt bald Bomben hochgehen!“ geärgert.

Bei einem Großteil der Fälle, die der ADAS gemeldet werden, sind Schüler*innen die Betroffenen und die Diskriminierung geht von Lehrkräften und der Schule aus. Hierzu gehören Formen von direkter Diskriminierung wie abwertende, rassistische Äußerungen und Benachteiligungen.

Beispiel: Ein Schulsozialarbeiter ließ in der Schule die Bemerkung fallen: „Wir haben jetzt wieder zwei Mädchen mit Kopftuch – und wenn jetzt zwei damit anfangen, wird es rumgehen wie eine Krankheit.“

Hinzu kommen Meldungen von indirekter oder institutioneller Diskriminierung wie allgemeine Schulregeln, die muslimischen Schüler*innen das Praktizieren ihrer Religion in der Schule erschweren oder unmöglich machen. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn grundsätzlich das Tragen einer Kopfbedeckung bzw. eines Kopftuchs oder das Beten auf dem Schulgelände – auch während der Hofpause – verboten wird.

Beispiel: Ein Mädchen kam eines Tages mit Kopftuch in die Grundschule. Sie wurde unter Druck gesetzt, das Kopftuch abzulegen: Die Lehrerin fordert sie auf, es sofort abzulegen, sonst dürfe sie nicht mehr am Unterricht teilnehmen. Das Mädchen sagte, dass sie selbst das Kopftuch tragen wolle, und behielt es auf, woraufhin die Lehrerin sie nach hinten an einen Einzelstisch setzte und ihr sagte, dass sie sie in Zukunft bei Meldungen nicht mehr aufrufen werde. Die Mitschüler*innen wurden durch das Verhalten der Lehrerin bestärkt und fingen an, das Mädchen zu ärgern, und sie versuchten, ihr das Kopftuch vom Kopf zu ziehen.

Die muslimische Elternvertretung, die den Fall bei der ADAS meldete, reichte bei der Schule eine Beschwerde über den Fall ein:

„Alle glauben an das deutsche Gesetz, an das Grundgesetz, an Religionsfreiheit und dass keiner benachteiligt werden darf. Und im gleichen Atemzug wird alles daran gesetzt, um die Mädchen mit Kopftuch an unserer Schule zu diskriminieren oder das Fasten zu verbieten. Oder auch beim Schwimmen: Die muslimischen Mädchen standen immer besonders unter Beobachtung, ob sie nackt duschen oder nicht. Und das wurde

wirklich tagtäglich durchgezogen. [...]“

Neben muslimischen Schülerinnen, die ein Kopftuch tragen, sind auch muslimische und als muslimisch gelesene Jungen in der Schule besonders oft von mehrdimensionaler Diskriminierung betroffen, und zwar basierend auf ihrem Geschlecht sowie ihrer ethnischen Herkunft und Religion. Die geschlechtsspezifische Diskriminierung der Jungen äußert sich unter anderem darin, dass die Jungen aufgrund von Stereotypen und Vorurteilen gegenüber muslimischen Männern, die angeblich aggressiver seien, im Schulalltag anders behandelt werden. Bei gleichem (Fehl-)Verhalten werden sie zum Beispiel entweder als Einzige oder härter als anderen bestraft.

Die ADAS hat zusammen mit Wissenschaftler*innen der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der Universität Trier zwischen 2019 und 2021 im Rahmen einer Studie muslimische Jugendliche in Moscheegemeinden und bei Veranstaltungen der muslimischen Jugendarbeit befragt. Die Ergebnisse der Studie zeigten, dass junge Muslim*innen aufgrund ihrer islamischen Identität oft ein ausgrenzendes Schulklima erleben. Beispielsweise gehören in vielen Schulen negative Äußerungen über den Islam zum Schulalltag: Über die Hälfte der Jugendlichen (62 %) gab an, dass es an ihrer Schule Lehrkräfte gebe, die über bestimmte Religionen negative Bemerkungen machen. Die negativen Äußerungen bezogen sich dabei fast ausschließlich (92 %) auf den Islam. Darüber hinaus wurde berichtet, dass Diskriminierungserfahrungen zum Alltag muslimischer Schüler*innen gehören und vor allem Mädchen und junge Frauen, die durch das Tragen eines Kopftuchs als Musliminnen erkennbar sind, negative Reaktionen auf die Sichtbarkeit ihrer Religionszugehörigkeit erleben. Der größte Teil der negativen Reaktionen, z. B. in Form von Stereotypisierungen und abfälligen Bemerkungen, geht dabei von Lehrkräften aus.

Beispiel: So sagte z. B. der Schulleiter zu einem Mädchen, sie solle das Kopftuch abnehmen und fragte, ob sie denn die Putzfrau sei.

Über ein Drittel der muslimischen Jugendlichen berichten davon, Formen direkter Diskriminierung wie Beleidigung, Mobbing und Übergriffe in der Schule erlebt zu haben. Der Großteil der berichteten Diskriminierungen ging vom Schulpersonal aus. Muslimische Schüler*innen berichteten vor allem auch über Benachteiligungen im Unterricht:

„Den meisten Mädels, die Kopftuch trugen, wurde eine ungerechte Note gegeben; konnten uns nicht unterscheiden.“

Oder:

„Den Deutschen wurde immer alles einzeln erklärt und wir wurden oftmals ignoriert.“

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ Die Arbeit von ADAS in Berlin zeigt zum einen, dass muslimische Schüler*innen – vor allem Mädchen, die ein Kopftuch tragen – in Schulen ein großes Risiko haben, Diskriminierung zu erleben. Zum anderen belegt die Erfahrung des Aufbaus der Berliner Anlaufstelle ADAS, dass speziell für Schulen eingerichtete unabhängige Antidiskriminierungsstellen wichtige Akteur*innen sind, um Betroffene im Bildungssystem wirksam unterstützen und Diskriminierung an Schulen langfristig abbauen zu können.

Gruppen/Seiten, rund 800). Die Unterhaltungen auf Flashback wurden basierend auf Thread-Anfängen analysiert, die „Malmö“ enthalten (406).

Facebook haben wir ausgewählt, weil die Plattform immer

er sein“
Schweden)

auf der Sicherheit in
ne-Leben in Malmö
werden kann.
werks Nordic Safe
re in Malmö kaum
menschen auch online
ien systematischen
dtischer Ebene. Wir
chätzungen und hin zu

le Medien zu konzen-
ine nationale soziale
entstammt). Wir haben
erstellt (lokale Seiten,
öffentliche/offene

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

wirklich tagtäglich durch

Neben muslimische und als muslimisch gelassene Diskriminierung betroffen. Die Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft und Religion äußert sich unter anderem in Urteilen gegenüber muslimischen Jugendlichen im Alltag anders behandelt zu werden, entweder als Einzige oder als Gruppe.

Die ADAS hat zusammen mit der Stadt Oldenburg und der Islamischen Jugendorganisation Oldenburg (IJO) muslimische Jugendlichen in der Jugendarbeit beforscht. Aufgrund ihrer islamischen Identität gehören in vielen Fällen muslimische Jugendliche zu einer Minderheit. Über die Hälfte der Jugendlichen, die über bestimmte Religionen bezogen sich dabei äußern, berichten, dass Diskriminierungserfahrungen zu gehören und vor allem als Musliminnen erkennen. Die Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Religionszugehörigkeit erleben sie in Form von Stereotypisierungen und

Über ein Drittel der muslimischen Jugendlichen berichten von Diskriminierung wie Beleidigungen oder Mobbing. Der Großteil der berichteten Diskriminierungserfahrungen betrifft muslimische Schüler*innen bei

„Den meisten Mädels, die eine ungerechte Note gegeben

Oder:

„Den Deutschen wurde immer alles einzeln erklärt und wir wurden oftmals ignoriert.“

- Wichtige Empfehlungen, um antimuslimischem Rassismus in Schulen wirkungsvoll entgegenzutreten, sind das Empowerment von Jugendlichen und Eltern sowie die Fortbildung von Lehrkräften und Schulpersonal.
- Im juristischen Bereich ist es wichtig, das Antidiskriminierungsrecht in Deutschland so weiterzuentwickeln, dass Schulen verpflichtet sind, angemessene Maßnahmen auch in Bezug auf religiöse Bedürfnisse einzuführen. Das würde es muslimischen Schüler*innen erleichtern, ihre Religion in der Schule auszuüben – z. B. durch Fasten oder das obligatorische Gebet –, ohne als Einzelperson jeweils den beschwerlichen Nachweis einer Diskriminierung erbringen zu müssen.

er sein“
(Schweden)

auf der Sicherheit in der Nachbarschaft und im öffentlichen Leben in Malmö werden kann. Das Netzwerk Nordic Safe Schools in Malmö kann muslimischen Jugendlichen auch online helfen, systematischen Diskriminierung auf der kommunalen Ebene zu begegnen. Wir empfehlen, die Erfahrungen und Einschätzungen und hin zu

Die Medien zu kontaktieren und eine nationale soziale Medienkampagne zu erstellen (entstammt). Wir haben eine Website erstellt (lokale Seiten, Facebook-Seiten, öffentliche/offene

Gruppen/Seiten, rund 800). Die Unterhaltungen auf Flashback wurden basierend auf Thread-Anfängen analysiert, die „Malmö“ enthalten (406).

Facebook haben wir ausgewählt, weil die Plattform immer

wirklich tagtäglich durch

Neben muslimische und als muslimisch gelassene Diskriminierung betroffen. Die Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft und Religion äußert sich unter anderem in Urteilen gegenüber muslimischen Jugendlichen im Alltag anders behandelt zu werden, entweder als Einzige oder

Die ADAS hat zusammen mit der Stadt Oldenburg und der Universität Oldenburg muslimische Jugendliche in ihrer Jugendarbeit befürworten, aufgrund ihrer islamischen Identität gehören in vielen Fällen. Über die Hälfte der Jugendlichen, die über bestimmte Religionen bezogen sich dabei berichtet, dass Diskriminierung erfahren und vor allem als Musliminnen erkennen. Die Religionszugehörigkeit erlebte Stereotypisierungen und

Über ein Drittel der muslimischen Jugendlichen, die Diskriminierung wie Beleidigungen erfahren. Der Großteil der berichteten muslimischen Schüler*innen be

„Den meisten Mädels, die eine ungerechte Note gegeben

Oder:

„Den Deutschen wurde immer alles einzeln erklärt und wir wurden oftmals ignoriert.“

Kommunale Praxisbeispiele

4.5.3

4.5.3.1

**„Eine sichere Stadt muss auch digital sicher sein“
– Die Bekämpfung von Hass im Netz (Malmö, Schweden)**

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

351.749
2006

Hintergrund

Der Schwerpunkt des Pilotprojekts liegt auf der Sicherheit in digitalen Umgebungen, obwohl das Online-Leben in Malmö nicht ganz vom Offline-Leben getrennt werden kann.

Als Malmö Anfang 2020 Teil des Netzwerks Nordic Safe Cities wurde, war die digitale Atmosphäre in Malmö kaum erfasst. Bedrohungen und Hass treffen Menschen auch online und nur wenige Städte haben aktuell einen systematischen Überblick über das Online-Leben auf städtischer Ebene. Wir wollten weg von Vermutungen und Einschätzungen und hin zu Wissen.

Plattformen

Also beschlossen wir, uns auf zwei soziale Medien zu konzentrieren: Facebook (FB) und Flashback (eine nationale soziale Plattform, die der extrem rechten Szene entstammt). Wir haben für Facebook eine digitale Karte Malmö erstellt (lokale Seiten, Medien, Organisationen und mehr; nur öffentliche/offene Gruppen/Seiten, rund 800). Die Unterhaltungen auf Flashback wurden basierend auf Thread-Anfängen analysiert, die „Malmö“ enthalten (406).

Facebook haben wir ausgewählt, weil die Plattform immer

noch das am weitesten verbreitete soziale Netzwerk in Schweden ist (rund 70% aller Schwed*innen nutzen die Plattform). Das Ziel des Pilotprojekts war die Analyse der „digitalen Straßen und Plätze“, auf denen sich die Einwohner*innen von Malmö „treffen“, aber dabei nicht auf Hass/Drohungen/Rassismus stoßen sollten. Natürlich gibt es auch Gruppen (wie etwa geschlossene Facebook-Gruppen), in denen der Ton aggressiv und vielleicht sogar hasserfüllt ist, aber die Teilnahme ist eine aktive und persönliche Entscheidung. Die Vorgänge in geschlossenen Gruppen sind vielleicht für andere Organisationen von Interesse, aber der Schwerpunkt der Präventionsarbeit der Stadt liegt oft auf gesellschaftlichen Themen und einer situationsgebundenen Perspektive. Genau das ist für die Stadt Malmö in diesem Pilotprojekt von Interesse – es geht also nicht um Sicherheitsthemen, die für Nachrichtendienste relevant sind, oder Themen im Zusammenhang mit Strafermittlungen.

Algorithmus

Der linguistische Algorithmus ist auf die schwedische Sprache ausgelegt und erfasst daher keinen in anderen Sprachen geäußerten Hass, Rassismus oder Extremismus. Die Daten wurden gesammelt, um einen Überblick bzw. ein Bild der Problemlage zu erstellen, individuelle Wahrnehmungen waren nicht von Belang. Diese Studie wurde gemäß der Datenschutzgrundverordnung ausgeführt.

Methodologie

Das Center mot våldsbejakande extremism (Zentrum für die Prävention von gewalttätigem Extremismus) wurde eingeladen, sich als nationaler Partner zu beteiligen. Nordic Safe Cities hat zwei dänische Tech-Unternehmen engagiert (Analyse & Tal sowie Common Consultancy), um eine digitale Karte von Malmö zu erstellen und einen Sprachalgorithmus zu entwickeln, der Hassrede identifizieren und klassifizieren kann.

Natürlich gibt es zahlreiche Argumente hinsichtlich methodologischer Mängel bzw. Abwägungen, doch das Wichtigste ist, methodologisch transparent zu arbeiten und die Ergebnisse nur basierend auf diesen Erwägungen zu interpretieren. Aus gesellschaftlicher Perspektive jedoch ist es wichtig, dass es allgemeine Maßnahmen auf universeller Ebene basierend auf einem Do-No-Harm-Ansatz gibt.

Analyse

Die erste Analyse wurde im März 2020 vorgestellt. Sie hat gezeigt, dass Malmö Probleme mit Hass im Netz hat und dass Hass und Rassismus aus Problemen im Zusammenhang mit Kriminalität und Migration entstehen und sich grundsätzlich ausschließlich gegen Muslim*innen und/oder Menschen mit (vermeintlichem) MENA-Hintergrund (gemischt) richten. Zu Hass kam es meistens, wenn Muslim*innen oder als Muslim*innen gelesene Personen oder Menschen mit MENA-Hintergrund (oder andere, die sich für sie einsetzten) auf Ungerechtigkeiten hinwiesen (der Hass richtete sich dann gegen die Minderheit oder diejenigen, die sich für sie einsetzen). Auch auf FB rief die Diskussion von lokalpolitischen Themen viel Hassrede hervor. Von den rund 250.000 Kommentaren, die klassifiziert und analysiert wurden, fallen bei FB 0,1 % und bei Flashback 3,9 % in die Kategorie „Hass“.

Eine tiefer gehende Analyse über die Pilotinitiative hinaus, aber basierend auf demselben Algorithmus, wurde durchgeführt, als der dänische Provokateur Rasmus Paludan im Mai 2021 seinen zweiten Besuch in Malmö ankündigte, um seinen „Everybody Draw Mohammed Day“ durchzuführen. Die digitale Auswertung zeigt, dass es schon mit relativ einfachen Mitteln möglich ist, die von ihm postulierte „Konfliktlinie“ zu durchbrechen, die in seiner (polarisierten) Weltansicht zwischen der Meinungsfreiheit und dem Islam steht. Eine gute Strategie ist es, in der Mitte zu stehen und dem Hass den Rücken zu kehren, indem man Raum für eine nuancierte Stimme in der Mitte schafft. Diese Entdeckung wurde zufällig gemacht. Ein*e Vertreter*in der Zivilgesellschaft rief politische Parteien und andere Vertreter*innen der Zivilgesellschaft dazu auf, „dem Hass den Rücken zu kehren“. Diese Initiative hatte einen spürbaren Effekt.

Im Rahmen der Pilotuntersuchungen werden zwei weitere Analysen ausgeführt. Da allerdings die erste bereits die Probleme mit Islamophobie/antimuslimischem Rassismus so deutlich offenbart hat, wurde ein Aktionsplan erarbeitet, der so bald wie möglich umgesetzt werden soll. Eine kontinuierliche Analyse ist natürlich wichtig, doch die Lenkungsgruppe des Aktionsplans war der Meinung, dass die Ergebnisse deutlich genug seien, um den Aktionsplan sofort umzusetzen.

Die drei großen Bereiche des Aktionsplans

① Die Stärkung der digitalen Stimme von Organisationen und der Aufbau einer „nuancierten digitalen Mitte“.

Malmö moderiert (Bildung, Konzept und Deeskalation)

Im Herbst werden Schulungen angeboten für Akteur*innen der Zivilgesellschaft und andere Organisationen in Malmö, die dabei helfen sollen, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden, Online-Hass auf ihren eigenen Plattformen sowie an Orten der digitalen Stadt zu reduzieren, an denen viel Hass präsent ist, und eine Gruppe mit mehreren moderaten digitalen Stimmen zu gründen, die sich dem Online-Extremismus entgegenstellen. Das Ziel ist, die vielen kompetenten Zivilgesellschaften, die es in Malmö gibt, dazu anzuregen, online aktiv zu werden, sich digitale Sicherheit zuzutrauen und sich darum zu bemühen sowie die Kompetenz zu erwerben, präventiv und aktiv einzugreifen, um digitale Sicherheit zu gewährleisten. Auch politische Organisationen sind willkommen. Die erste Schulung wurde im November 2021 online abgehalten. Siehe auch die Bürger*inneninitiative „Kodex Malmö“
<http://www.kodexmalmo.com/>

② Gründung eines „Triage-Teams“, das sich sowohl langfristig als auch in Krisensituationen um die Prävention, die Bekämpfung und den Umgang mit Polarisierung in digitalen Debatten kümmert; Polizei, Stadt, zivilgesellschaftliche Akteur*innen

Malmö kooperiert online

Wir haben Treffen mit der Online-Abteilung der Polizei in Oslo abgehalten, um ein Modell zu finden, das es den Behörden von Malmö – also Akteur*innen von Kommune, Polizei und Zivilgesellschaft – ermöglicht, die Sicherheit auf unseren „digitalen Straßen“ gemeinsam zu gewährleisten, das Gespräch mit Bürger*innen zu suchen und dort zu sein, wo unsere Bürger*innen sind. Die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft müssen hier zusammenarbeiten. Es ist wichtig, klar definierte Rollen zu vergeben, wie bei allen Arbeiten: Die Polizei ermittelt in Strafsachen und beugt Verbrechen vor, die Stadt unterstützt

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ Hass im Netz ist ein Problem an sich: Eine sichere Stadt muss auch digital sicher sein.
- ☑ Hass im Netz steht in Zusammenhang mit den Geschehnissen in Malmö. Gewalt und Verbrechen führen zu „Spitzen“ von Hass. Solche Spitzen treten auch dann auf, wenn Minderheiten sich gegen Ungerechtigkeiten wehren (z. B. gegen Diskriminierung), wobei sich der Hass gegen die jeweils aktuelle Minderheit richtet (sowie alle, die auf ihrer „Seite“ stehen).
- ☑ Bei dem Hass im Netz, der im Rahmen der Pilotinitiative identifiziert wurde, handelte es sich fast ausschließlich um Islamophobie/antimuslimischen Rassismus und er richtete sich gegen Muslim*innen oder Menschen, die als solche gelesen werden und/oder Wurzeln in der MENA-Region haben. Hinter dem Hass steckt die Annahme, dass die schwedische Nationalität und Sicherheit Bedrohungen oder Anschlügen ausgesetzt seien.

n, arbeitet aber auch
derungen, korrigiert
Kommunikation,
tative Wege aufzeigen,
die Bewohner*innen
kann.

Local Democracy Plans und inklusiven

n nicht polarisieren-

ungen lokaler Poli-
die Verbrechen und Ge-
viel Hass.
ie Parteien in ihrem
davon zu distanzieren
nokratie mit einem
skussionsklima beizu-
ischer Ebene darüber
verantwortung für die
eigenen Plattformen
Verteidigung einer
an der alle teilhaben,
In diesen Gesprä-
darin unterstützt und
halten zu entwickeln
hungen und Hass aus-

Die drei großen Bereiche des Aktionsplans

Bürger*innen sind. Die Öffentlichkeit und die Zivilgesellschaft müssen hier zusammenarbeiten. Es ist wichtig, klar definierte Rollen zu vergeben, wie bei allen Arbeiten: Die Polizei ermittelt in Strafsachen und beugt Verbrechen vor, die Stadt unterstützt

Einzelpersonen bei bestimmten Anliegen, arbeitet aber auch allgemein an den städtischen Herausforderungen, korrigiert Faktenfehler und kümmert sich um die Kommunikation, wohingegen die Zivilgesellschaft alternative Wege aufzeigen, alternative Narrative präsentieren und die Bewohner*innen von Malmö in ihre Aktivitäten einbinden kann.

3 **Etablierung einer sicheren lokalen Demokratie mit einem nicht polarisierenden und inklusiven Diskussionsklima.**

Eine sichere lokale Demokratie mit einem nicht polarisierenden und inklusiven Diskussionsklima.

Die Positionen, Aussagen und Entscheidungen lokaler Politiker*innen sowie die Aufmerksamkeit, die Verbrechen und Gewalt in den Medien erfahren, sorgen für viel Hass.

Die Stadt Malmö unterstützt politische Parteien in ihrem Bestreben, Hass zu erkennen, sich aktiv davon zu distanzieren und damit zu einer sicheren lokalen Demokratie mit einem nicht polarisierenden und inklusiven Diskussionsklima beizutragen. Das schließt Gespräche auf politischer Ebene darüber ein, wie alle Politiker*innen in Malmö Verantwortung für die Diskussionen online und auch auf ihren eigenen Plattformen übernehmen und unter anderem bei der Verteidigung einer sicheren lokalen Demokratie in Malmö, an der alle teilhaben, eine führende Rolle einnehmen können. In diesen Gesprächen müssen politische Führungskräfte darin unterstützt und geschult werden, ein sicheres Online-Verhalten zu entwickeln und lernen, was zu tun ist, wenn sie Drohungen und Hass ausgesetzt sind.

Observatorio de las discriminaciones en Barcelona (Barcelona, Spanien)

Barcelonas Oficina por la No Discriminación (OND, Nichtdiskriminierungsstelle) gibt es seit über 20 Jahren, genau wie auch zahlreiche soziale Organisationen, die besonders vulnerablen Gruppen Unterstützung bieten. Seit 2017 arbeiten der Stadtrat und viele soziale Organisationen mit der Servicio de Atención a las Víctimas de Discriminación (SAVD, Servicestelle für Opfer von Diskriminierung) zusammen. Diese Zusammenarbeit wächst jedes Jahr und inzwischen kooperieren bereits 22 soziale Organisationen der Stadt mit der OND. Es handelt sich um einen Arbeitsraum, in dem Methodologien und Wissen ausgetauscht werden können und in dem Zusammenarbeit gefördert wird. Ziel dabei ist es, von Diskriminierung Betroffenen die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen.

Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Sensibilisierung für die verschiedenen Arten von Diskriminierung, die in der Stadt auftreten, und die Verbesserung der Datenlage, damit Strategien entwickelt werden können, um das Problem an der Wurzel zu packen. Deswegen wurde das Observatorio de las discriminaciones en Barcelona^{xx} (Diskriminierungsobservatorium) eingerichtet. Die Stelle veröffentlicht seit 2018 jedes Jahr einen Bericht über die Arbeit, die Datenlage und die Überlegungen von OND und Vorstand.

Der Bericht beruht auf qualitativer und quantitativer Analyse und gründet sich auf sieben Fragen:

- ① Wer wird diskriminiert?
- ② Wer diskriminiert?
- ③ Wo tritt die Diskriminierung auf?
- ④ Aus welchem Grund?
- ⑤ Welche Rechte werden verletzt?
- ⑥ Wie äußert sich die Diskriminierung?
- ⑦ Wie reagieren die OND und die Fachorganisationen auf diese Diskriminierung und welchen Effekt haben diese Maßnahmen?

Mit den Antworten, die wir erhalten, können wir die verdeckten Ursachen der städtischen Diskriminierungsfälle, die nur die Spitze des Eisbergs darstellen, präsentieren und analysieren. In den meisten Fällen basiert die Diskriminierung auf tiefsitzenden, strukturellen Problemen wie Rassismus und Xenophobie, LGBTQI+ Feindlichkeit und geschlechtsspezifischer Diskriminierung.

Diskriminierung in Zahlen

16 % der Einwohner*innen von Barcelona haben in ihrem Viertel bereits eine diskriminierende Erfahrung gemacht. Das ergibt sich aus der *Encuesta sobre Relaciones Vecinales y Convivencia en los Barrios* (ECAMB, Umfrage zum Zusammenleben und zu den Nachbarschaftsverhältnissen in der Metropolregion Barcelona) aus dem Jahr 2020. Darin werden die Diskriminierungserfahrungen nach Stadtviertel aufgeschlüsselt, wobei Interviews mit 5.437 Menschen in der Metropolregion Barcelona – davon 4.043 aus der Stadt Barcelona – als Ausgangsbasis dienen. Die Interviews wurden zwischen dem 29. Oktober und dem 23. Dezember 2020 geführt.

Wenn wir uns jedoch die Diskriminierungsfälle ansehen, die der OND oder einer Mitgliedsorganisation der SAVD berichtet wurden, sind die Zahlen deutlich niedriger: Im Bericht von 2020^{xxi} tauchen 436 Diskriminierungsfälle auf. Auf Diskriminierungen aufgrund von Religionszugehörigkeit entfielen 2020 32 Fälle und damit 7,3 % der Fälle insgesamt. Das sind mehr als doppelt so viele Fälle wie 2019 (14 Fälle). Mit 28 Fällen lässt sich außerdem eine klare Dominanz islamophober Diskriminierungsfälle erkennen, im Vergleich zu zwei Fällen von Antisemitismus und einem Fall von Christ*innenphobie. Wenn wir uns auf die Diskriminierungsgründe Religion, Rassismus und Xenophobie konzentrieren, ist festzustellen, dass diese Gründe in 84 % der Fälle zusammenhingen. Das ist besonders für Fälle von Islamophobie wichtig, die den Großteil der von OND und SAVD erfassten Fälle von religionsbasierter Diskriminierung ausmachten.

In 78 % der Fälle ging die Diskriminierung von Einzelpersonen (53 %) und privaten Organisationen sowie Unternehmen (25 %) aus. Die Diskriminierung fand dabei überwiegend im privaten Bereich und dort mehrheitlich in Häusern, Wohnungen und anderen Wohnbereichen statt (7).

Der Kampf gegen Islamophobie in Barcelona

Mit dem Plan municipal de lucha contra la Islamofobia (Städtischer Plan für die Bekämpfung von Islamophobie) als wirkungsstarkem und umfassendem Instrument hat die Stadt Barcelona im Kampf gegen Islamophobie^{XXII} eine führende Rolle eingenommen. Im Jahr 2020 wurde das Observatori de la Islamofòbia a Catalunya (ODIC, Islamophobieobservatorium Katalonien) mit folgenden Zielen gegründet: Einerseits soll das ODIC alle Berichte über Islamophobie auf katalanischem Gebiet zentralisiert erfassen und Unterstützung bieten, um die Täter*innen auf rechtlicher und gesellschaftlicher Ebene zur Rechenschaft zu ziehen, andererseits soll auf diese Weise letztlich auch das Phänomen Islamophobie in Katalonien sichtbar gemacht werden.

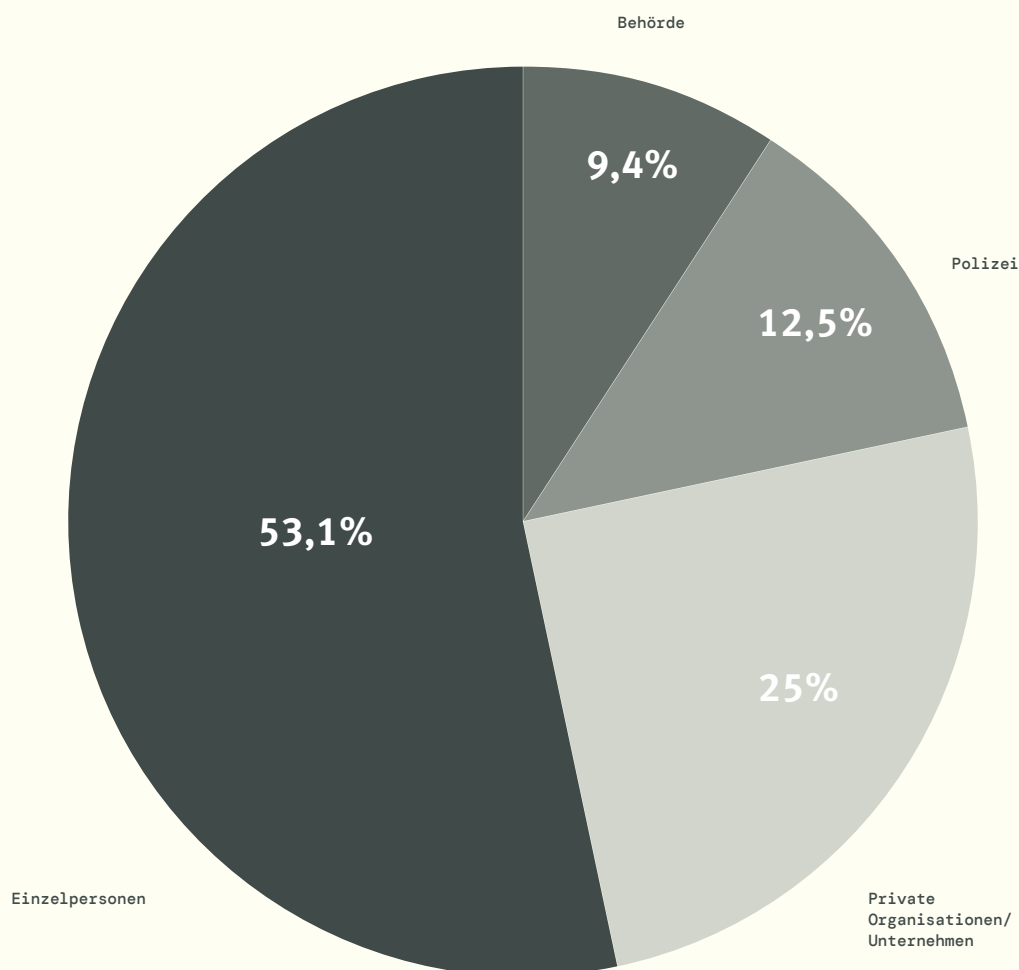
Die Eröffnungsstrategie umfasste mehrere Aspekte. Zunächst wurde für die Bürger*innen eine Website mit verschiedenen audiovisuellen Materialien eingerichtet, die die Arbeit des Observatoriums in sieben Sprachen erklären (Spanisch, Katalanisch, Hocharabisch, Urdu, Wolof, Amazigh, Englisch, Französisch und Darija). Auch der Aufbau eines Netzwerks war essenziell: Das ODIC nahm Kontakt mit vielen Einrichtungen in Katalonien auf, darunter auch islamische Einrichtungen (hauptsächlich Moscheen), Menschenrechts- und Bürgerrechtseinrichtungen, Organisationen, die sich dem Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus verschrieben haben, sowie mit den betreffenden Behörden der öffentlichen Verwaltung. Außerdem wurde die Zusammenarbeit mit bestehenden Partner*innen, wie der durch Barcelonas Nichtdiskriminierungsstelle geführten SAVD, gestärkt.

Die Umsetzung war jedoch nicht einfach. Die Gründung des ODIC fiel mit der Pandemie zusammen, was die Arbeit des Observatoriums stark einschränkte. Eine weitere grundlegende Herausforderung waren die begrenzten wirtschaftlichen und personellen Ressourcen, denn beim ODIC gibt es nur eine Teilzeitstelle. Die Reichweite des Observatoriums, das für ganz Katalonien zuständig ist, ist daher begrenzt. Eine weitere Herausforderung, die sich auch auf andere Arten der Diskriminierung bezieht, die im Bericht des Observatorio de las discriminaciones en Barcelona Erwähnung finden, ist die Normalisierung von Alltags-Islamophobie, selbst bei Betroffenen.

Arten der Diskriminierung



Wer diskriminiert?



Trotz der Herausforderungen hat das ODIC letztes Jahr seinen ersten Jahresbericht veröffentlicht, in den die im Laufe des Jahres 2020 eingegangenen Beschwerden aufgenommen wurden.

Nach einer sorgfältigen Analyse der Fälle, die eindeutig in Zusammenhang mit einer islamophoben Motivation standen (19 in Katalonien, elf in Barcelona), können einige wertvolle Schlussfolgerungen aus dem Bericht gezogen werden:

- ➔ **Islamophobie ist auf die eine oder andere Weise immer institutionell.** Basierend auf den verschiedenen Fallarten werden im Bericht drei Hauptkategorien unterschieden: die persönliche Ebene, die mit 44 % der Fälle am häufigsten auftritt, gefolgt von der institutionellen Ebene mit 34 % und der symbolischen mit 22 % der analysierten Fälle. Das ODIC kommt zu der Schlussfolgerung, dass die meisten Taten zwar vorsätzlich begangen werden, insofern als hinter einer islamophoben Handlungen ein asymmetrisches Machtverhältnis zwischen Täter*in und betroffener Person steht, dass diese Taten jedoch trotzdem unbestraft bleiben. Somit lässt sich eine klare strukturelle und institutionelle Komponente in den Mustern islamophober Handlungen erkennen.
- ➔ **Die Geschlechterdimension ist hier ein zentraler aufschlussreicher Faktor.** Die unverhältnismäßig hohe Zahl an Fällen mit Musliminnen oder als muslimisch gelesenen Frauen unter den im Jahr 2020 registrierten Fällen – vor allem jenen im öffentlichen Raum – zeigt klar das Ausmaß, in dem muslimische Frauen auf allen Ebenen von Islamophobie betroffen sind.

Positive Ergebnisse des ODIC

- Im Rahmen des Projekts hat sich bestätigt, dass es Menschen (Muslim*innen und Nicht-Muslim*innen) gibt, die sich sehr für die Menschenrechte in der Stadt und vor allem auch im Kampf gegen Islamophobie engagieren.
- Das Netzwerk muss daher weiter ausgebaut und gestärkt werden, um alle zu erreichen. In dieser Hinsicht hat sich auf kommunikativer Ebene die Erstellung von mehrsprachigen Inhalten als essenziell erwiesen,

vor allem im Hinblick auf Minderheitensprachen (das Material anlässlich der Gründung des Observatoriums wurde auf Spanisch, Katalanisch, Hocharabisch, Urdu, Wolof, Amazigh, Englisch, Französisch und Darija veröffentlicht).

- Dank dieser Strategie wurden viele augenscheinlich schwer erreichbare Gemeinschaften erreicht, die sich als sehr empfänglich dafür erwiesen haben, sich für die Verteidigung dieser Rechte zu engagieren und ihren Beitrag zu leisten.

Trotz aller Hindernisse ist das ODIC eine Einrichtung von grundlegenden der Bedeutung im Kampf gegen Islamophobie in der Stadt (und im Rest von Katalonien) und hat die Grundlage für die Erhebung von Fällen mit Bezug zu Islamophobie geschaffen. Es hat sich zu einer Referenz für alle Betroffenen von Islamophobie in all ihren Erscheinungsformen wie auch für Gemeinschaften und Einrichtungen entwickelt, die sich mit diesem strukturellen Problem beschäftigen.

4.5.3.3

„BanHate“: Europas erste App zum Melden von Hassrede (Graz, Österreich)



Die Antidiskriminierungsstelle Steiermark (ADS) in Graz, der Hauptstadt des Bundeslandes Steiermark, ist eine Einrichtung, die ganz unabhängig von einem bestehenden Rechtsschutz Beratung für Menschen anbietet, die sich diskriminiert fühlen. Die Zahl der Fälle von Hassrede, die der ADS zugetragen wurden, hat zugenommen. Deshalb hat die ADS 2017 ihre erste mobile App entwickelt, über die Hassnachrichten auf unbürokratischem Wege und plattformunabhängig gemeldet werden können („BanHate“). Die App ist kostenlos verfügbar (iOS-Store, Google Play Store). Die Meldungen werden auf Posts untersucht, die aus Österreich stammen. Hassrede aus den sozialen Medien kann aber in allen deutschsprachigen Gebieten gemeldet werden. Grundlegende Idee der App „BanHate“ ist es, Beratung, das Fördern von Zivilcourage, Anonymität, möglichst niedrige bürokratische Hürden sowie das Melden und Erfassen von Hassrede und Hassverbrechen in einer zentralen App zu vereinen.

Mit der App reichen ein paar Klicks, um Hassrede zu melden. Die Meldungen werden dann durch Rechtsfachkräfte auf kriminelle Inhalte untersucht und wo angezeigt an die entsprechenden Behörden und Einrichtungen weitergeleitet.

Die ADS setzt sich auch für die Bekämpfung von Hassverbrechen ein. Schon seit 2014 arbeitet die ADS mit der Polizei in Graz zusammen und die erste und einzige Studie zu Hassverbrechen in Österreich wurde von der ADS durchgeführt.

Österreich wird international kritisiert, weil es keine relevanten Daten sammelt. Daher wurde die App „BanHate“ im Mai 2020 dahingehend ausgeweitet, dass auch Hassverbrechen gemeldet werden können. Das soll die bürokratischen Hürden für Betroffene und Zeug*innen bei der Meldung dieser Verbrechen senken, eine ausführliche und anonymisierte Rechtsberatung ermöglichen sowie Zivilcourage unter Zeug*innen fördern.

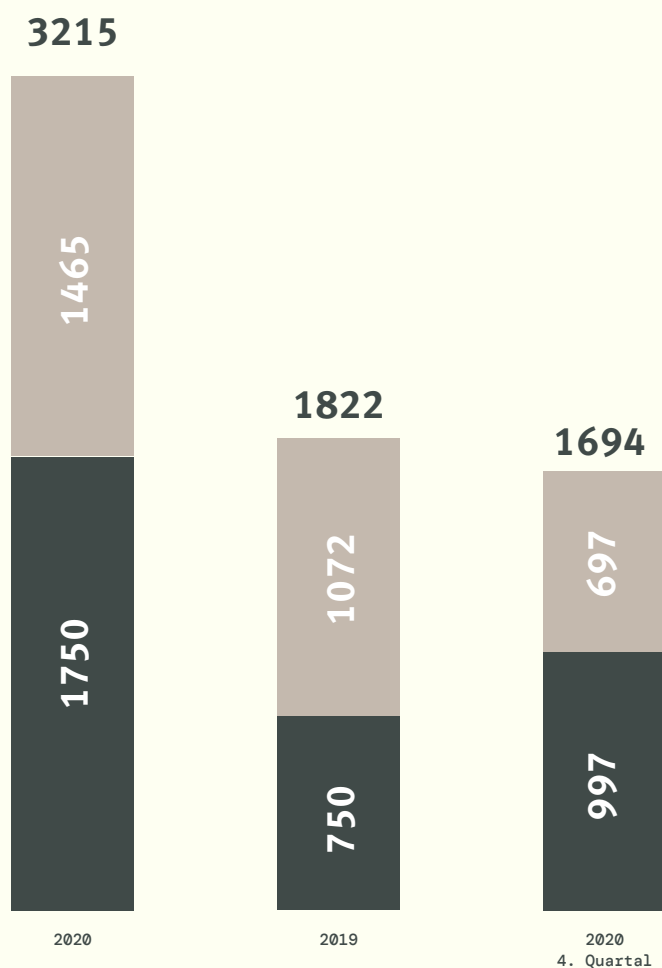
Die ADS stellt jedes Jahr ihren *Online-Hassreport Österreich* vor, der alle Statistiken zu Meldungen über die App „BanHate“ sowie aktuelle Trends enthält.

In den meisten Fällen basiert die Diskriminierung auf tiefsitzenden, strukturellen Problemen wie Rassismus und Xenophobie, LGBTQI+-Feindlichkeit und geschlechtsspezifischer Diskriminierung.

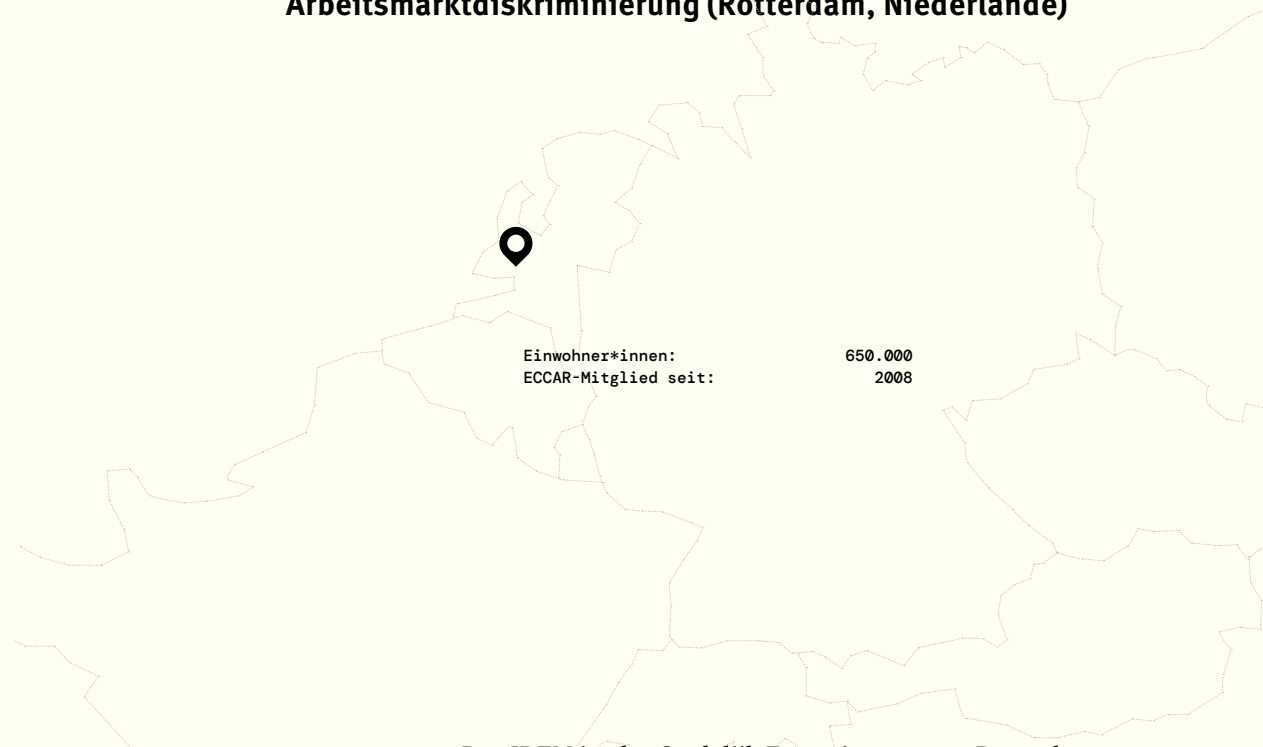
(Stadt Barcelona)

Statistiken 2020 und 2019^{XXIII}

Mehr Informationen unter www.banhate.com



4.5.3.4 Forschung für die Praxis: Muslim*innen und Arbeitsmarktdiskriminierung (Rotterdam, Niederlande)



Das IDEM ist das Stedelijk Expertisecentrum Rotterdam voor inclusie, discriminatie en (LHBTIQ+-)emancipatie (Städtisches Fachzentrum für Inklusion, Diskriminierung und (LGBTQI+) Emanzipation von Rotterdam). Wir fühlen uns einer städtischen Gesellschaft verpflichtet, die Raum für alle bietet. Eine Gesellschaft, an der alle gleichberechtigt und vollumfänglich teilhaben können, ist nicht selbstverständlich. Um diese Gesellschaft zur Realität zu machen, arbeiten Organisationen, Fachkräfte und Freiwillige aus Rotterdam tagtäglich an verschiedenen Initiativen. Unser Ziel ist die Stärkung dieser Initiativen durch die Vernetzung von Organisationen und Menschen und durch das Anbieten bzw. die Vermittlung von Expertise und lokalem Fachwissen. Dafür bauen wir auf ein engagiertes Team aus Wissenschaftler*innen, Netzwerker*innen und Expert*innen. Das IDEM ist in beratender Funktion für die Stadt Rotterdam tätig. Wir handeln im Auftrag von RADAR (vóór gelijke behandeling, tegen discriminatie), der städtischen Agentur für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung der Stadt Rotterdam, und von „Stichting art.1“, einem niederländischen Fachzentrum zum Thema Diskriminierung.

Forschung zu Diskriminierung von muslimischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Das IDEM hat in den letzten Jahren unter anderem ein Forschungsprojekt mit Schwerpunkt auf den Diskriminierungserfahrungen von muslimischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt in Rotterdam durchgeführt. In diesem Rahmen hat das IDEM eine Gruppe aus 20 muslimischen Frauen interviewt, die in Rotterdam arbeiten. Die Ergebnisse haben gezeigt, dass die Frauen auf dem Arbeitsmarkt Erfahrungen mit Diskriminierungen aus verschiedenen Gründen gemacht haben. Sie wurden wegen ihrer religiösen Identität diskriminiert, haben aber Rassismus und Sexismus erfahren. Bei diesem Forschungsprojekt wurde daher ein intersektionaler Ansatz gewählt. Das heißt, wir haben uns die verschiedenen Teile der Identität angesehen, darunter ethnische Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Bildungsgrad und sozioökonomischer Status. Wir haben uns für diese Vorgehensweise entschieden, weil sich die Schnittstellen dieser Identitäten gegenseitig beeinflussen und zu verschiedenen Erfahrungen führen.

Ergebnisse

Die Interviews zeigen, dass die Frauen sich diskriminierender Erfahrungen nun bewusster sind. Sie sagen, dass sie Diskriminierungen rückblickend besser erkennen und sich nun trauen, diese auch anzuprangern. Analysen zeigen, dass dies hauptsächlich am aktuellen Diskurs und an den politischen Bewegungen liegt, die stigmatisierte Gruppen angreifen, aber auch daran, dass die Personen nun selbst ein besseres Verständnis dafür haben, welche gesellschaftliche Position man ihnen zuweise.

Außerdem sehen sich alle interviewten Frauen auf der Arbeit mehr oder weniger stark ausgeprägten Vorurteilen und Stereotypen ausgesetzt. Über die Jahre scheint eine Verschiebung stattgefunden zu haben von expliziteren zu impliziteren Formen der Diskriminierung. Das lässt sich auch in Teilen durch das gesellschaftliche Klima erklären, in dem explizite Hassrede nicht mehr möglich ist bzw. in dem Vorurteile und Stereotypen in subtilere Formen diskriminierender Gewalt eingebettet sind, darunter Mikroaggressionen.

Die interviewten Frauen nutzen verschiedene Strategien, um mit der Diskriminierung umzugehen, und zwar sowohl bewusst als auch unbewusst. Diese Strategien sind in ihrer Verwendung oft austauschbar, es werden aber auch je nach Situation verschiedene Strategien eingesetzt. Widerstandsstra-

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die interviewten muslimischen Frauen sehen zwei Wege, um der Diskriminierung von Muslim*innen strukturell entgegenzuwirken:

- Auf der Gesetzgebungs- und Politikebene tragen vor allem Behörden und Organisationen eine große Verantwortung dafür, die Diskriminierung von muslimischen Frauen zu bekämpfen.
- Diskriminierung sollte durch Interventionen bekämpft werden. Dazu gehören Bildung sowie (die Ermöglichung von) Begegnungen und Dialog. Dabei sollte der Schwerpunkt auf Sensibilisierung und dem Abbau von Vorurteilen und Stereotypen liegen.
- Die interviewten Frauen wollten, dass ihre Stimmen (mehr) Gehör finden. Studien wie die vorliegende können dazu beitragen, dass Diskriminierung von muslimischen Frauen unter Politiker*innen zum Thema wird.
- Es braucht auf jeden Fall mehr Bündnisse. Nicht-Muslim*innen sollten sich gegen antimuslimische Diskriminierung aussprechen und Unterstützung anbieten.

eingesetzt. Sie wider-
sie z. B. auf einen
begannen, in dem
gen zu Ethnie, Islam
erstand ließ sich auch
en feststellen.
muslimischen Frauen
n ihrem Team oder ih-
brachte Anerkennung
z sie selbst sein zu kön-
nuss nicht unbedingt
slimische Frauen sind.
le of Colour, haben
sexuelle Identitäten,
e Status usw.

**Forschung zu
Diskriminierung von
muslimischen Frauen
auf dem Arbeitsmarkt**

Ergebnisse

um mit der Diskriminierung umzugehen, und zwar sowohl bewusst als auch unbewusst. Diese Strategien sind in ihrer Verwendung oft austauschbar, es werden aber auch je nach Situation verschiedene Strategien eingesetzt. Widerstandsstra-

tegien werden bei jüngeren Frauen öfter eingesetzt. Sie wider- setzten sich der Diskriminierung, indem sie z. B. auf einen Kommentar reagierten und ein Gespräch begannen, in dem sie z. B. Humor einsetzten oder Erklärungen zu Ethnie, Islam und muslimischen Frauen anboten. Widerstand ließ sich auch gegen Politik- und Regierungsmaßnahmen feststellen.

Schließlich sagten die interviewten muslimischen Frauen auch oft, dass mit steigender Diversität in ihrem Team oder ih- rer Abteilung auch die ihnen entgegengebrachte Anerkennung sowie ihr Gefühl stiegen, am Arbeitsplatz sie selbst sein zu kön- nen. Diese „Diversität am Arbeitsplatz“ muss nicht unbedingt heißen, dass ihre Kolleg*innen auch muslimische Frauen sind. Stattdessen sind sie vielleicht auch People of Colour, haben unterschiedliche religiöse Hintergründe, sexuelle Identitäten, ethnische Identitäten, sozioökonomische Status usw.

Inter- kulturelle Kompetenz in der Bildung

4.6.1 Die Stimme der Jugend (Forum of European Muslim Youth and Student Organisations, FEMYSO)

Das Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (Forum für muslimische Jugend- und Studierendenorganisationen, FEMYSO) ist ein paneuropäisches Netzwerk bestehend aus 33 Mitgliedsorganisationen in 20 europäischen Ländern und die Stimme der muslimischen Jugend in Europa. Das Forum wird regelmäßig zu Themen im Zusammenhang mit jungen Muslim*innen konsultiert. Die Vision von FEMYSO ist es, eine führende Stimme für junge europäische Muslim*innen zu sein, für ihre Förderung und ihr Empowerment zu sorgen und ein diverses, kohäsives und lebendiges Europa zu schaffen. Antimuslimischer Hass ist in der Geschichte Europas tief verwurzelt. In jüngerer Zeit hat der Kolonialismus diesen Hass noch verstärkt und dafür gesorgt, dass es komplexer und schwieriger ist, ihn zu erkennen und zu bekämpfen. In dieser Hinsicht gehört diese Form der Diskriminierung zu den komplexesten, da hier Aspekte, die bei anderen Formen von Diskriminierung typisch sind – zum Beispiel bei Afrophobie, Antisemitismus und Diskriminierung von Rom*nja und Sinti*zze –, mit Rassifizierungselementen kombiniert werden, die dafür sorgen, dass Muslim*innen (unabhängig davon, ob sie von Geburt an muslimischen Glaubens oder später konvertiert sind) als Immigrant*innen und Ausländer*innen markiert werden. Darüber hinaus sind die Daten der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte der Schlüssel, um Teile des antimuslimischen Hasses in Europa zu

verstehen – und zwar nicht nur als Bottom-up-Problem, sondern auch als systemisches Top-down-Problem. Seit 2012 hat die Agentur verschiedene bedeutende internationale, europäische und nationale Präzedenzfälle und Urteile, Entscheidungen von UN-Menschenrechtsorganisationen, Berichte, Feststellungen von Menschenrechts- sowie Gleichstellungseinrichtungen und -organisationen in Bezug auf Hassverbrechen, Hassrede und Diskriminierung von Muslim*innen sowie entsprechende wissenschaftliche Arbeiten, Berichte, Studien, Daten und Statistiken zu diesen Themen verurteilt.

Gemäß dem *Pädagogischen Leitfaden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen* der OSZE, zu dem das FEMYSO beigetragen hat, haben Schüler*innen mit mehreren negativen Folgen der Diskriminierung und Intoleranz zu kämpfen, darunter:

Niedriges Selbstwertgefühl

Selbstabschottung

Abkapselung von Aktivitäten in der Schule

Internalisierte Unterdrückung

Zurückbleiben hinter ihrem Potenzial

Schulabbruch/Schulverweigerung

Empfänglichkeit für gewalttätige und extremistische Ideologien

Gesundheitsprobleme/Depressionen und Suizidgedanken

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Bildung sollte Toleranz und Nicht-Diskriminierung fördern und es sollten Lehrmaterial und Instrumente, wie Richtlinien für Lehrer*innen und Bildungspersonal, entwickelt werden, um Islamophobie zu bekämpfen. Ein Beispiel ist die von der italienischen Organisation „Un ponte per“ in die Wege geleitete Initiative, die gemeinsam mit der EU das Projekt „Combating the Structural Drivers of Anti-Muslim Hatred and Intolerance“ (Bekämpfung der strukturellen treibenden Kräfte von antimuslimischem Hass und Intoleranz) entwickelt hat. Eines der Ziele war, in der Bevölkerung durch Aufklärung und mittels digitalen Plattformen für ein größeres Bewusstsein für und mehr Widerstand gegen strukturelle Faktoren zu sorgen. Zu diesem Zweck wurde das Lehrpersonal an Grund- und Sekundarschulen durch Expert*innen für Islamophobie und Diskriminierung geschult. Die Schulungen trugen den Titel: „Islamophobia in schools: How to understand its triggers, overcome stereotypes, avoid conflicts and promote social cohesion practices“ (Islamophobie an Schulen: Auslöser verstehen, Stereotypen überwinden, Konflikte vermeiden und Aktivitäten zur Förderung des Zusammenhalts fördern). Zweck der Schulung war es vor allem, Lehrenden die Möglichkeit zur Selbstreflexion zu bieten, ihnen aber auch ein Diskussionsthema mitzugeben, das sie ins Klassenzimmer mitnehmen können. Diese Schulung wurde für 150 Lehrer*innen durchgeführt und umfasste acht Stunden.
- Ebenfalls empfehlenswert sind Bildungsprogramme für Schüler*innen im Rahmen von Gemeinschafts- oder Sozialkundeunterricht, im Rahmen derer sie etwas über Islamophobie und die Folgen lernen. Das Thema kann auch in Sommerschulprogrammen bearbeitet werden. Ebenfalls möglich ist, dass Schulen erst mit dem Thema experimentieren und dann die Ergebnisse bewerten. Es könnte zweckdienlich sein, Schüler*innen einen Raum

che:
, Spanien)

n der Primär- und Sekundarstufe (konzertierten Schulung) an. Darija ist ein Dialekt der marokkanischen Araber. Der Dialekt wird in der marokkanischen Araber-Gemeinschaft gesprochen. In manchen Regionen wird er auch geschrieben.

, Schüler*innen mit der Sprache zu erkennen, wenn sie sie sprechen können. Auf der Grundlage des im Unterricht vor den Schülern, dass diese Sprache

einen Wert hat – sogar soviel Wert, dass der*die Lehrer*in sie lernt. So wird eine empathische Beziehung bzw. Bindung aufgebaut, im Rahmen derer die andere Person vollumfänglich (also mit ihrer Persönlichkeit, Sprache, Kultur, Religion

verstehen – und zwar n
Top-down-Problem. Se
europäische und nation
schenrechtsorganisatio
stellungseinrichtungen
Diskriminierung von M
Berichte, Studien, Date

Gemäß dem *Pädagogis*
gegenüber Muslimen de
nen mit mehreren nega
darunter:

Niedr

Abkapselung von A

Zurückbleiben hint

Empfänglic

Gesun

zu bieten, in dem sie sich aktiv über Islamophobie infor-
mieren können.

- Schulungen zu unbewusster Voreingenommenheit und Stereotypisierung helfen Sozialberater*innen und Psycholog*innen an Schulen, angemessen auf die Probleme einzugehen, denen muslimische Schüler*innen gegen-
überstehen. Außerdem sollte sichergestellt sein, dass psychologische und soziale Beratung an Schulen nicht mit staatlichen Programmen zur Prävention von Extremismus verbunden sind. Die Beratung von jungen Muslim*innen, die Opfer von Islamophobie geworden sind, ist ein sensib-
les Thema. Wenn Beratungen dazu führen, dass die jungen Personen im Kontext von Sicherheitsfragen beleuchtet werden, kann sich das schädlich auf die mentale Gesund-
heit der Opfer von Islamophobie auswirken.
- Schulordnungen müssen die Opfer von Mobbing und Hassrede schützen. Die Richtlinien sollten praktisch sowie einfach umzusetzen sein und ihr Erfolg sollte sich messen lassen. Schulen sollten Antirassismusbeauftragte ernennen, die islamophobe Zwischenfälle nachverfolgen und ihnen angemessen begegnen können. Schulen sollten mit muslimischen Jugendorganisationen zusammenarbeiten, um für Islamophobie und die Folgen zu sensibilisieren bzw. gemeinsam Regeln zu erarbeiten.
- Dekolonialisierung des Lehrplans: Der Lehrplan sollte funktional geprüft werden, um die orientalistische Perspek-
tive in Schulbüchern zu durchbrechen. Beispiel: In einer italienischen Schule kam ein Geschichtsbuch von Mondadori – einem großen Verlagshaus – zum Einsatz, das ein inkorrektes und islamophobes Narrativ wiedergab. Die muslimische Wissenschaftlerin Francesca Bocca pranger-
te dies an. Daraufhin engagierte man sie, um den Inhalt zu bearbeiten und zu aktualisieren. Schulen sollten den Lehrplan angemessen weiterentwickeln und Verlagshäuser müssen mit Expert*innen zu Islamophobie und antimusli-
mischem Hass zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass in Büchern ein umfassendes Bild wiedergegeben wird, der Inhalt richtig sowie die Fakten geprüft sind. Die Repräsentation von muslimischer Forschung in der Bildung

fördert die Inklusivität der Schulen.

- Es ist außerdem empfehlenswert, den Respekt gegenüber religiösen Pflichten und Praktiken sicherzustellen. Das betrifft unter anderem Gebet, Kleidung und Ernährungsvor-
schriften. Schulen können Ruheräume einrichten, die alle Schüler*innen zum Nachdenken und für Gebete nutzen können. Darüber hinaus sollte die Toleranz gegenüber verschiedenen religiösen Kleidungsvorgaben (Hidschab, Turban, Kippa ...) in Bildungsräumen gefördert werden. Schulen sollten den Ernährungsweisen aller Schüler*in-
nen gerecht werden und halal, vegetarische, vegane und koschere Optionen anbieten.
- Die nationalen Lehrpläne für den Religionsunterricht sollten in Zusammenarbeit mit der jeweiligen religiösen Gemeinde umgesetzt werden. In Finnland^{xxiv} ist der Reli-
gionsunterricht bis zum Alter von 16 Jahren verpflichtend. Das Beispiel dieses Landes zeigt: In nationalen Kontexten, in denen der Religionsunterricht verpflichtend ist und alle Religionen einem eigenen nationalen Lehrplan folgen, der jeweils vom Bildungsministerium ausgearbeitet wurde, herrscht Inklusivität und Schüler*innen können dort ihre religiösen Identitäten wahren.

che:
(, Spanien)

n der Primär- und Se-
d konzertierten Schu-
Darija) an. Darija ist
n der marokkanischen
größte Gemeinschaft
ar. Der Dialekt wird
rochen. In manchen
%.

, Schüler*innen mit
zu erkennen, wenn
n können. Auf der
im Unterricht vor den
, dass diese Sprache

einen Wert hat – sogar soviel Wert, dass der*die Lehrer*in
sie lernt. So wird eine empathische Beziehung bzw. Bindung
aufgebaut, im Rahmen derer die andere Person vollumfäng-
lich (also mit ihrer Persön-lichkeit, Sprache, Kultur, Religion

verstehen – und zwar n
Top-down-Problem. Se
europäische und nation
schenrechtsorganisatio
stellungseinrichtungen
Diskriminierung von M
Berichte, Studien, Date

Gemäß dem *Pädagogisc*
gegenüber Muslimen de
nen mit mehreren nega
darunter:

Niedr

Abkapselung von A

Zurückbleiben hint

Empfänglic

Gesun

Kommunale Praxisbeispiele

4.6.2

4.6.2.1

Gegenseitige Anerkennung durch Sprache: Arabischunterricht für Lehrer*innen (Terrassa, Spanien)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

224.111
2020

**Sprachkurse mit
antirassistischer
und interkultureller
Perspektive**

Die Stadt Terrassa bietet für Lehrer*innen der Primär- und Sekundarstufe an öffentlichen, privaten und konzertierten Schulen Kurse in marokkanischem Arabisch (Darija) an. Darija ist der am häufigsten gesprochene Dialekt in der marokkanischen Bevölkerung von Terrassa. Sie stellt die größte Gemeinschaft mit Migrationshintergrund in Terrassa dar. Der Dialekt wird von 6,01 % der Gesamtbevölkerung gesprochen. In manchen Stadtvierteln liegt der Anteil bei über 40 %.

Grundgedanke

Auf der einen Seite hilft es Lehrer*innen, Schüler*innen mit marokkanischen Wurzeln in ihrer Klasse zu erkennen, wenn sie selbst ein paar Wörter auf Darija sagen können. Auf der anderen Seite tragen sie damit dazu bei, im Unterricht vor den restlichen Schüler*innen anzuerkennen, dass diese Sprache einen Wert hat – sogar soviel Wert, dass der*die Lehrer*in sie lernt. So wird eine empathische Beziehung bzw. Bindung aufgebaut, im Rahmen derer die andere Person vollumfänglich (also mit ihrer Persön-lichkeit, Sprache, Kultur, Religion

usw.) akzeptiert wird, was wiederum dafür sorgt, dass diese Person den*die Lehrer*in akzeptiert. Die Lehrer*innen haben uns gegenüber geäußert, dass ihre Schüler*innen überrascht und froh waren, dass die Lehrer*innen ein paar Wörter in ihrer Sprache kannten, und sogar angeboten haben, mit ihnen zu üben, oder ihnen neue Wörter beigebracht haben, um ihren Wortschatz zu erweitern. Außerdem haben die Lehrer*innen gemerkt, dass sie der Kurs auch den Familien mit marokkanischer Abstammung am Bildungszentrum nähergebracht hat.

Die Kurseinheiten, die sich mit Antirassismusbearbeitung, einer interkulturellen Perspektive und religiöser Diversität befassen, ermöglichen es den Teilnehmenden, ihr Wissen zu erweitern, sich Unterdrückung und Privilegien bewusst zu werden, (oft unsichtbaren) Rassismus im Klassenzimmer zu erkennen, sich über die Angebote von der Einrichtung „SOS Racisme“ für Opfer von Rassismus zu informieren (die mit dem Stadtrat von Terrassa abgestimmt wurden) und ihre Unterrichtsmethoden inklusiver zu gestalten, indem sie die Diversität (Herkunft, Religion, kulturelle Überzeugungen usw.) ihrer Schüler*innen berücksichtigen. Da es sich um einen Darija-Kurs handelte, lag ein Schwerpunkt auch auf Fallstudien zur muslimischen Religion (z. B. Aktivitäten und Prüfungen im Ramadan) und auf der Bekämpfung von vorgefassten Meinungen und Stereotypen hinsichtlich der muslimischen Bevölkerung.

Außerdem werden in diesem Kurs Informationen zu dem normativen Rahmenwerk (die auch in der Spanischen Verfassung als Grundrecht verankerte Religionsfreiheit sowie das Acuerdo de Cooperación del Estado con la Comisión Islámica de España, ein staatliches Abkommen mit der islamischen Kommission Spaniens aus dem Jahr 1992) und zu den Folgen dieses Rechtsrahmens im schulischen Kontext (Freiheit, Rechte und Pflichten) erörtert sowie Materialien und Ressourcen erschlossen, um Diversität in Bezug auf Herkunft und/oder Glauben im Unterricht zu thematisieren.

Von den Lehrer*innen kamen zu dieser Aktivität viele positive Rückmeldungen, und zwar sowohl in Bezug auf den Sprachkurs als auch im Hinblick auf die soziokulturellen und religiösen Themen. Zwischen 2019 und 2021 gab es sechs Einstiegskurse für Darija und einen Darija-Kurs für Fortgeschrittene (mit insgesamt 106 Teilnehmenden), die bei den Lehrer*innen der Stadt auf viel positive Resonanz stießen. Im

Kursinhalte

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ Es sollten nicht bloß reine Sprachkurse angeboten werden. Für uns machte die Kombination aus Sprachkurs und Einheiten zu interkultureller Perspektive, Antirassismus sowie religiöser Diversität (jeweils von anderen Expert*innen gehalten) mit dem Ziel der Sensibilisierung der Lehrer*innen für diese Themen den Erfolg des Kurses aus. Außerdem ist es wichtig, Zweifel und Bedenken (hinsichtlich der Normen, Kultur, Religion, Linguistik usw.) Raum zu bieten und diese dann im Laufe des Kurses aufzulösen.
 - ☑ Die angebotenen Schulungen sollten eine angemessene Stundenzahl umfassen (bei uns werden Kurse von mindestens 15 Stunden anerkannt) und von einer Einrichtung anerkannt werden (in unserem Fall durch die für Lehrmaterial zuständige Stelle), die den Anforderungen des jeweiligen Landes in Bezug auf den Lehrplan entspricht (hinsichtlich Auswahlprozess, Ausschreibungen usw.).
 - ☑ Um ein Teilnahmezertifikat zu erhalten, sollte eine Anwesenheitspflicht von 80 % der Kursstunden bestehen.
 - ☑ Es ist empfehlenswert, sich Feedback in Bezug auf den besten Zeitpunkt (Datum und Uhrzeit) für den Kurs zu holen (wir haben uns an die für Lehrmaterial zuständige Stelle gewandt, um den besten Zeitpunkt im Schuljahr, den besten Wochentag und die beste Uhrzeit zu erfahren).
 - ☑ Wenn es genug Teilnehmende gibt, kann es sich lohnen, je nach der Schulart, an der Teilnehmende unterrichten (Kindergarten, Primär- oder Sekundarstufe), verschiedene Gruppen zu bilden, da sich die (sprachlichen) Anforderungen unterscheiden. Sollte das aber nicht möglich sein, ist das auch kein Problem (in unserem Fall waren die Gruppen immer gemischt)!
- Kurse und ein Kurs für sich auf acht Sitzungen auf einem pragmatischen im Vordergrund steht schen Alphabets und die Lehrer*innen die n richtig aussprechen, die vermittelt wurden, und Possessivpronomen rund um das Bildung haben wir die Inhalte nehmenden (d. h. den n angepasst und dabei damit alle in einem it einer Mischung aus unter Leitung von vier Sitzungen der Antirassistischen Perspektivitäten, die in einer mer auftreten können.
- olviert haben, können, der nach demselben Darija, zwei zu einer u religiöser Diversität, i), sodass Teilnehmenden tiefen und festigen n Teilnahmezertifikat, ts besucht haben. Das pedagógicos (Zentrum t.

Kursinhalte

und religiösen Themen. Zwischen 2019 und 2021 gab es sechs Einstiegskurse für Darija und einen Darija-Kurs für Fortgeschrittene (mit insgesamt 106 Teilnehmenden), die bei den Lehrer*innen der Stadt auf viel positive Resonanz stießen. Im

letzten Quartal 2022 sind zwei Einstiegskurse und ein Kurs für Fortgeschrittene geplant.

Der Sprachkurs umfasst 16 Stunden, die sich auf acht Sitzungen verteilen. Er baut dabei vorrangig auf einem pragmatischen Ansatz auf, bei dem das Sprechen im Vordergrund steht – einschließlich des Erlernens des arabischen Alphabets und der Buchstabenkombinationen –, damit die Lehrer*innen die Vor- und Nachnamen ihrer Schüler*innen richtig aussprechen können. Weitere praktische Fertigkeiten, die vermittelt wurden, waren Begrüßungen, Zahlen, Personal- und Possessivpronomen, Körperteile, Farben und Vokabular rund um das Bildungszentrum, Familien usw. Außerdem haben wir die Inhalte während des Kurses an die von den Teilnehmenden (d. h. den Lehrer*innen) geäußerten Anforderungen angepasst und dabei kommunikative Strukturen einbezogen, damit alle in einem Bildungskontext interagieren können. Mit einer Mischung aus Theorie und praktischen Übungen und unter Leitung von verschiedenen Expert*innen widmen sich drei Sitzungen der Anwendung einer interkulturellen und antirassistischen Perspektive im Rahmen von Situationen oder Aktivitäten, die in einer Bildungseinrichtung bzw. im Klassenzimmer auftreten können.

Zertifizierung

Lehrer*innen, die den Einstiegskurs absolviert haben, können am Kurs für Fortgeschrittene teilnehmen, der nach demselben Format aufgebaut ist (fünf Sitzungen zu Darija, zwei zu einer antirassistischen Perspektive und eine zu religiöser Diversität, geleitet von verschiedenen Expert*innen), sodass Teilnehmende ihr Wissen aus dem Einstiegskurs vertiefen und festigen können. Die Teilnehmenden erhalten ein Teilnahmezertifikat, wenn sie mindestens 80 % des Unterrichts besucht haben. Das Zertifikat wird vom Centro de Recursos Pedagógicos (Zentrum für pädagogische Ressourcen) ausgestellt.

Religiöse Alphabetisierungskurse für Schüler*innen (Göteborg, Schweden)

Einwohner*innen:
ECCAR-Mitglied seit:

604.829
2019

Das Projekt *Under samma himmel* (Unter demselben Himmel) basiert auf der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und richtet sich gegen alle Formen der Unterdrückung. Stattdessen soll das Verständnis für menschliche Vielfalt langfristig verbessert und der Aufbau zwischenmenschlicher Beziehungen unter den Schüler*innen im Alter zwischen 13 und 16 gefördert werden.

Im Rahmen der Kurse, die als Teil des Projekts angeboten werden, treffen die Jugendlichen auf junge Erwachsene mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen. Sie bekommen die Möglichkeit, darüber nachzudenken, was sie mit anderen verbindet oder von ihnen unterscheidet, wie eine positive Beziehung entstehen kann und wie sie zu reifen Erwachsenen heranwachsen können, die Verantwortung füreinander übernehmen.

Ein Kurs umfasst 15 Einheiten zu je 60 bis 80 Minuten, die in den regulären Unterricht eingebettet werden können. Der Kurs richtet sich an alle Schulen, egal ob die Mehrheit religiös oder säkular ist.

Kursziele

- Die Schüler*innen in ihrem individuellen Identitätsbildungsprozess unterstützen
- Schulklassen dabei unterstützen, eine inklusivere und freundlichere Gemeinschaft zu schaffen
- Schüler*innen dabei unterstützen, ihre sozialen Kompetenzen weiterzuentwickeln, um ihre Fähigkeiten zur Kooperation mit Menschen aus verschiedenen Gruppen zu verbessern
- Schüler*innen dabei unterstützen, neugieriger zu sein und mehr Verständnis und Toleranz für die verschie-

Gewonnene Erkenntnisse

- ☑ Es gibt keine schnelle Lösung. Um etwas zu bewirken, braucht es einen langen Atem. Es gilt also, Geduld mitzubringen.
- ☑ Wichtig ist, dass die Kurse klar strukturiert sind. Man sollte aber auch flexibel bleiben, um sich den Bedürfnissen der individuellen Schule/Klasse anpassen zu können. Denn man muss in der Lage sein, auf das zu reagieren, was in der Klasse passiert.
- ☑ Vorbilder aus der eigenen Gruppe sind wichtig. Es ist wichtig, dass die Storyteller selbst junge Menschen sind, um ihre Altersgenoss*innen zu erreichen.

stile der Menschen

en, ihr Wissen zu erweitern, ihr Verständnis der Welt zu entwickeln, ihre Fähigkeiten zu erweitern, um herum geht, zu erkennen, was das für ein N-Menschenrechts-Problem ist, über die Rechte des Menschen und die lokalen Gegebenheiten, die diese bezieht

25 Kurse an sechs verschiedenen Orten. Jeder Schüler*innen müssen eine bestimmte Zeit im Kontext, wie z. B. in der Schule oder einer religiösen Gemeinschaft, verbringen. In der Vergangenheit gab es oft eine Kombination aus (junge) Kursleiter*innen und Schülern an einer Schulung. Die Kurse sind in den Einstiegskurs und die Fortbildungskurse. Bei der Fortbildung wird beachtet, dass die Teilnehmer*innen in gewogenen Verhältnissen teilnehmen, alle, die die Schulung besuchen, hängt von der Nachfrage der verschiedenen Religionen ab.

ne hinweg positiv. Hier ist es wichtig, dass man an dem Kurs teilgenommen hat.

Gelegenheit haben, Storytelling zu machen, warum Menschen

über Religion gelernt,

aber ich habe auf jeden Fall gelernt, Menschen besser zu verstehen. Ich glaube, wir alle sollten alle andere Menschen kennen lernen, damit wir merken, dass sie auch in Ordnung sein können.“

Kursziele

- Kooperation mit Menschen aus verschiedenen Gruppen zu verbessern
- Schüler*innen dabei unterstützen, neugieriger zu sein und mehr Verständnis und Toleranz für die verschie-

denen Perspektiven und Lebensstile der Menschen aufzubringen

- Schüler*innen dabei unterstützen, ihr Wissen zu erweitern und zu vertiefen und ein breiteres Verständnis der Konzepte Religion und Kultur zu entwickeln
- Schüler*innen dabei unterstützen, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln, wenn es darum geht, zu erkennen, inwiefern der Kurs sich auf die UN-Menschenrechts-erklärung, das Übereinkommen über die Rechte des Kindes sowie die Werte der Schule und die lokalen sowie globalen aktuellen Ereignisse bezieht

Bis zum Sommer 2022 wurden insgesamt 25 Kurse an sechs verschiedenen Schulen abgehalten. Kursleiter*innen müssen eine Religion ausüben und in einem etablierten Kontext, wie z. B. einer NGO mit Bezug zu dieser Religion oder einer religiösen Gemeinde, aktiv sein. Im Rahmen des Projekts gab es oft eine Kooperation mit religiösen Gemeinden, um (junge) Kursleiter*innen zu finden. Alle Kursleiter*innen nehmen an einer Schulung teil, um *Storyteller* zu werden. Für alle, die den Einstiegskurs bereits absolviert haben, gibt es auch Fortbildungskurse. Bei dem Projekt wird unter anderem darauf geachtet, dass die Religionen der Leiter*innen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Es gibt keine Gewähr dafür, dass alle, die die Schulung absolvieren, sofort eingesetzt werden. Das hängt von der Nachfrage und dem Verhältnis der vertretenen Religionen ab.

Die Rückmeldungen waren über die Jahre hinweg positiv. Hier sind zwei Zitate von Schüler*innen, die an dem Kurs teilgenommen haben:

„Ich finde, alle Schüler*innen sollten Gelegenheit haben, *Storyteller* kennen zu lernen. Jetzt verstehe ich, warum Menschen überhaupt religiös sind.
Das habe ich vorher nicht verstanden.“

„Ich habe vielleicht nicht viele Fakten über Religion gelernt, aber ich habe auf jeden Fall gelernt, Menschen besser zu verstehen. Ich glaube, wir alle sollten alle andere Menschen kennen lernen, damit wir merken, dass sie auch in Ordnung sein können.“

Ich finde, alle Schüler*innen sollten Gelegenheit haben, Storyteller kennen zu lernen. Jetzt verstehe ich, warum Menschen überhaupt religiös sind. Das habe ich vorher nicht verstanden.

(Anonyme*r Kursteilnehmer*in)

4.6.2.3

**Jüdisch-muslimische Kooperation für
interreligiösen Dialog (Malmö, Schweden)**

Für die Wissensvermittlung in der Bevölkerung und die Verständigung der Menschen untereinander hat Amanah 2019 den Menschenrechtspreis der Stadt Malmö erhalten. Die Arbeit dieser Organisation basiert auf glaubensübergreifender Zusammenarbeit, bei der Imam Salahuddin Barakat und Rabbiner Moshe-David HaCohen eine zentrale Rolle spielen.

Mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Malmö 2019 will die Stadt ein Zeichen gegen Diskriminierung und zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten setzen. Der Preis soll Menschen, die sich in Malmö um Menschenrechte verdient gemacht haben, in den Fokus rücken. Hierbei kann es zum Beispiel um die Förderung von Antidiskriminierungsarbeit, der Gleichstellung der Geschlechter, der Kinderrechte, von Maßnahmen gegen Ausgrenzung und um Wissensvermittlung in Bezug auf die Umsetzungsmöglichkeiten der Menschenrechte gehen.

Amanah ist ein jüdisch-muslimisches Kooperationsprojekt, mit dem Vertrauen zwischen Jüd*innen und Muslim*innen in Schweden geschaffen werden soll. Außerdem soll das Verständnis der Mehrheitsgesellschaft für die jüdische und muslimische Religion, Tradition und Kultur gefördert werden.

Städtische Förderung

Der Stadtrat fördert die Initiative seit 2016. Im Juni 2019 erhielt Amanah Förderzusagen für 2019, 2020, 2021 und 2022 in Höhe von 35.800 EUR pro Jahr. Der Stadtrat hat ebenfalls beschlossen, dass Amanah der Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Forderung von zusätzlichen Fördermitteln einen jährlichen Bericht zukommen lassen wird.

Exkurs Ramadan

160

161

4.7.1 Handlungsempfehlungen der ECCAR

Im Frühjahr – zumeist Anfang April – beginnen viele Muslim*innen in ganz Europa eine 30-tägige Fastenzeit, die im islamischen Monat Ramadan stattfindet. Ramadan und die damit verbundene Fastenzeit gelten im Islam als besonders wichtig, da sie zu den fünf Säulen des Glaubens gehören. Die fastende Person soll ungefähr in der Zeit zwischen Sonnenauf- und Sonnenuntergang nichts essen und trinken. In der 30-tägigen Fastenzeit soll man nicht nur auf sinnliche Genüsse verzichten, sondern es handelt sich auch um eine wichtige Zeit der Selbstreflexion, der persönlichen Weiterentwicklung und der spirituellen Disziplin. Der Fastenmonat endet mit dem dreitägigen Fest Eid al-Fitr.

Das Wissen über den Ramadan und darüber, wie Muslim*innen in der Fastenzeit ihren Alltag bewältigen, ist unter Nicht-Muslim*innen begrenzt. Viele Muslim*innen müssen sich abwertende Kommentare zu ihrer Entscheidung anhören, weil es für zu „extrem“ gehalten wird, „nicht einmal Wasser zu trinken“. Oder sie sehen sich Mikroaggressionen ausgesetzt, beispielsweise in Form von Kommentaren wie „Trink doch einen Schluck, Gott kann dich ja hier nicht sehen“. Die Bürgergruppe Pegida Nederland, die antimuslimisch-rassistische politische Ansichten vertritt, hat 2022 für den Ramadan provokative „Spanferkel-Grillaktionen“ vor den niederländischen Moscheen angekündigt. In vielen Fällen können falsche Informationen zu Spannungen und schlimmstenfalls auch zu Einschränkungen der religiösen Freiheit führen. Lehrer*innen sind etwa besorgt, dass ihre muslimischen Schüler*innen sich nicht auf das Lernen konzentrieren können, wenn sie fasten. Deshalb greifen sie darauf zurück, ihnen das Fasten zu verbieten. Das Schlimmste daran ist, dass diese Regeln aufgestellt werden, ohne den Betroffenen wirklich zuzuhören. Jeder Mensch reagiert anders auf das Fasten und benötigt Zeit, sich auf den neuen Rhythmus einzustellen. Es besteht im Islam keine Verpflichtung zum Fasten, wenn dadurch gesundheitliche Probleme hervorgerufen werden. Für alle, die ihre religiöse Freiheit ausüben möchten, indem sie an diesem spirituellen Akt teilnehmen, kann der moralische Schaden durch auferlegte Verbote größer sein als mit dem „Schutz“ des Wohlergehens Gutes erreicht wird.

Außerdem ist es wichtig, festzuhalten, dass die religiöse Praxis des Fastens nicht nur von Muslim*innen befolgt wird. Auch in vielen christlichen Glaubensrichtungen gibt es

Fastenzeiten. In der orthodoxen Kirche etwa wird 40 Tage lang ein großes Fasten gehalten, bei dem man auf bestimmte Lebensmittel verzichtet. In der jüdischen Religion gibt es Fastenregeln zu Jom Kippur, die dem islamischen Fasten ähneln. Außerdem fasten viele Menschen aus Gesundheitsgründen nach verschiedenen Methoden und ohne religiöse Begründung. Das Fasten ist eine Praxis, die Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen verbindet. Der Ramadan bietet eine hervorragende Gelegenheit für einen glaubensübergreifenden Austausch, stärkt die religiöse Alphabetisierung und schafft bessere gesellschaftliche Beziehungen.

In ihren Rollen als Arbeitgeberinnen, Auftraggeberinnen, Dienstleisterinnen und Gestalterinnen von demokratischen städtischen Räumen können Städte, die sich gegen Rassismus und für Inklusion als tragende Säulen ihrer Kommunalverwaltung einsetzen, den Ramadan nutzen, um antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verbessern. Einige ECCAR-Städte wie Malmö und Göteborg setzen im glaubensübergreifenden Dialog und im Bürger*innendialog bereits bewährte Maßnahmen ein und organisieren jedes Jahr gemeinsam mit der muslimischen Gemeinschaft ein Eid-Fest, das allen Menschen unabhängig von ihrem Hintergrund offensteht. Kortrijk in Belgien richtet gemeinsam mit der lokalen muslimischen Gemeinschaft ein Iftar aus.

Natürlich gibt es viele verschiedene Möglichkeiten, aktiv zu werden, die ECCAR-Arbeitsgruppe zu antimuslimischem Rassismus empfiehlt jedoch die nachfolgend vorgestellten Optionen, die für Muslim*innen in diesem Monat ein Zeichen der Unterstützung sein können.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

- Podiumsdiskussionen oder Bildungsprogramme mit religiösen und nicht-religiösen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zum Thema Fasten organisieren;
- Ein Iftar-Essens für Bürger*innen mit der lokalen muslimischen Gemeinschaft organisieren;
- Die lokale muslimische Gemeinschaft beim Ausrichten eines Eid-al-Fitr-Festes unterstützen und zu einem Kulturprogramm als Teil der Veranstaltung beitragen;
- Eine ausreichende religiöse Alphabetisierung der Stadtverwaltung gewährleisten, damit sich Mitarbeitende den Empfindungen muslimischer Kolleg*innen/Schüler*innen/Gruppenmitglieder bewusst sind, die im Ramadan fasten;
- Offizielle Ramadan-Grußworte des*der Bürgermeister*in und anderer Vertreter*innen veröffentlichen;
- Gewährleisten, dass die lokalen Polizeibehörden über den Ramadan Bescheid wissen und mögliche Hassverbrechen erkennen, die gegen die muslimische Gemeinschaft verübt werden, um sie einzuschüchtern und sie von der Ausübung ihrer Religion abzuhalten;
- Absprache mit der lokalen Moschee hinsichtlich möglicher Sicherheitsbedenken während des Ramadan und gegebenenfalls die Beziehungen zwischen Polizei und Moschee stärken.

Zeit ist wichtige und

ein Kulturfest, das in Göteborg gefeiert wird und an dem viele Menschen teilnehmen. Das Fest ist ein Kulturprogramm, das von der Stadt und allen anderen in der Stadt organisiert wird. Das Fest ist ein Treffpunkt für alle, die an der Veranstaltung teilnehmen, unabhängig von ihrer Herkunft, Ethnie und gleich anderen. Es ist ein Fest, das alle Menschen einladen soll, daran teilzunehmen.

und teilen die Freude am gemeinsamen Feiern. Sich in Göteborg sicher und willkommen zu fühlen und eines der wichtigsten Feste in einer etablierten Kultureinrichtung feiern zu können, hat einen unschätzbaren wertvollen positiven Effekt auf

Fastenzeiten. In der orten, bei dem man auf bes Fastenregeln zu Jom viele Menschen aus Ges religiöse Begründung. Hintergründen verbind glaubensübergreifende bessere gesellschaftlich

In ihren Rollen als A Gestalterinnen von den Rassismus und für Inkl zen, den Ramadan nutz gesellschaftlichen Zusa Göteborg setzen im glau bewährte Maßnahmen Gemeinschaft ein Eid-F offensteht. Kortrijk in B schaft ein Iftar aus.

Natürlich gibt es vie beitsgruppe zu antimus stellten Optionen, die f sein können.

Des einen Fastenzeit ist unser aller Feier: öffentliche Eid-Feierlichkeiten und Iftar

4.7.2

4.7.2.1

Göteborg, Schweden

Eid-firande för alla! (Eid-Fest für alle) ist ein Kulturfest, das nun schon seit 14 Jahren in Folge in Göteborg gefeiert wird und für die Bürger*innen zur Tradition geworden ist.

Das Fest hat sich zu einer beliebten und gut besuchten Veranstaltung entwickelt. Es ist ein Familienfest mit kulturellen Aktivitäten für Kinder, junge Menschen und Erwachsene, bei dem man gemeinsam mit den Lieben und allen anderen Besucher*innen Erinnerungen fürs Leben sammelt. Das Fest ist ein Treffpunkt für Familien aus allen Stadtteilen, bringt sie zusammen und bietet Anlass, gemeinsam zu feiern.

Eid-firande för alla! gehört zum vielfältigen Kulturangebot der Stadt. Das Fest dient als Rahmen und Treffpunkt für alle Menschen, gleich welcher Religion, Kultur, Ethnie und gleich welchen Alters. Über 20.000 Bürger*innen nehmen daran teil und teilen die Freude am gemeinsamen Feiern. Sich in Göteborg sicher und willkommen zu fühlen und eines der wichtigsten Feste in einer etablierten Kultureinrichtung feiern zu können, hat einen unschätzbar wertvollen positiven Effekt auf

Einzelpersonen, Familien, die Gruppe und damit letztlich auch auf die Gesellschaft.

Die Freude, die unsere jungen Teilnehmer*innen bei diesem Fest über die Jahre erlebt haben, ist von unschätzbarem Wert und hat ihre Beziehung zur Stadt geprägt. Sie fühlen sich sichtbarer und besser einbezogen, vor allem im öffentlichen Kulturangebot der Stadt. Die Veranstalter*innen möchten zum Empowerment von Minderheiten beitragen und eine qualitativ hochwertige Veranstaltung bieten. Dieses Fest an einem der schönsten Orte der Stadt feiern zu können, bedeutet den Teilnehmer*innen viel. In den letzten drei Jahren wurde beim Fest aktiv mit Partner*innen wie dem Roten Kreuz und Save the Children zusammengearbeitet, um Neuankömmlinge, Asylsuchende und unbegleitete Minderjährige in die Feierlichkeiten miteinzubeziehen. Das Eid-Fest bedeutet diesen Besucher*innen viel und unser Personal hat viel Dankbarkeit von den Neuankömmlingen erfahren. Innerhalb von vier Jahren haben 3.000 Neuankömmlinge, Asylsuchende und unbegleitete Minderjährige an dem Fest teilgenommen.

Malmö, Schweden (Ibn Rushd Studieförbund)

Der Ibn Rushd Studieförbund möchte als Bildungseinrichtung für Erwachsene fungieren und bei gesellschaftlichen Entwicklungen eine führende Rolle einnehmen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Glauben, den Grundrechten und Diversität. Ibn Rushd ist eine Freiwilligenorganisation, die unabhängig von politischen Parteien agiert. Die Organisation richtet Bildungs- und Kulturveranstaltungen für Erwachsene aus, die von Ehrenamtlichen organisiert und geleitet werden. Die Arbeit von Ibn Rushd gründet sich auf muslimische Werte und strebt danach, Gerechtigkeit zu fördern, Solidarität zu bekunden, die menschliche Freiheit zu verteidigen, Diversität zu stärken, Beratung anzubieten und Zusammentreffen zu fördern.

Wir halten Netzwerke innerhalb der Zivilgesellschaft mit den Behörden und anderen Interessenvertreter*innen für wertvoll, um die Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Ibn

Rushd steht allen offen und ist in ganz Schweden aktiv. Wir streben danach, Demokratie und Menschenrechte zu schützen.

Wir arbeiten aktiv daran, die schwedisch-muslimische Identität zu stärken. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen veranstalten wir Kurse im Rahmen der Erwachsenenbildung und beteiligen uns an gesellschaftlichen Debatten, erstellen Lernmaterial und bieten eine breite Palette an Seminaren, Studienkreisen und Kulturveranstaltungen an. Dabei arbeiten wir mit unseren Mitgliedsorganisationen zusammen.

Der Ibn Rushd Studieförbund unterstützt und fördert Menschen aktiv, die sich in Vereinen und Organisationen selbst organisieren wollen. Vor allem marginalisierte Gruppen werden durch die Möglichkeiten, die eine Organisation bietet, gestärkt. Im Rahmen unseres Demokratieauftrags unterstützen wir Einrichtungen und Teilnehmer*innen durch Bildung, Finanzierung und Begleitung, um ihnen eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen und die Organisation besonders marginalisierter Gruppen zu fördern.

Ibn Rushd ist eine von zehn Bildungseinrichtungen in Schweden, die im Rahmen der Erwachsenenbildung staatlich gefördert werden. Die Organisation besteht seit 2008 und hat als unabhängige Bildungsträgerin Anspruch auf staatliche Förderung. Seither haben wir unsere Aktivitäten im Bereich der Erwachsenenbildung gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen erweitert und weiterentwickelt.

Das Eid-Fest wird seit 2011 regelmäßig vom Ibn Rushd Studieförbund ausgerichtet und die Zahl der Besucher*innen hat über die Jahre stetig zugenommen. Während das Fest 2020 abgesagt wurde, wurde es 2021 in digitaler Form gefeiert. Die Veranstalter*innen planen für 2022 ein Fest im Folkets Park. 2019 nahmen 13.000 Besucher*innen am Fest teil und für 2022 erwarten die Veranstalter*innen mindestens die gleiche Zahl an Besucher*innen.

Die Veranstalter*innen betonen, wie wichtig es ist, die Identitäten verschiedener Minderheiten im öffentlichen Raum sichtbar zu machen und sie in einem positiven Kontext darzustellen, um die Integration und das Zugehörigkeitsgefühl durch öffentliche und allen offenstehende Feste zu stärken.

Die Stadt Malmö hat Teile der Feierlichkeiten in den letzten Jahren mitfinanziert. Auf organisatorischer Ebene wird die Ausrichtung dieser Feste direkt vom Büro des*der

Bürgermeisters*in finanziert und unterstützt. Die Durchführung erfolgt in Zusammenarbeit mit einem Veranstaltungsausschuss. Letzterer besteht aus vielen verschiedenen betroffenen Gruppen. Das Konzept basiert auf der Gleichstellung von Glaubensrichtungen und soll unterstreichen, dass alle Bürger*innen das Recht haben, ihre spirituellen und religiösen Identitäten zu entwickeln und gleichzeitig integraler Bestandteil der Gesellschaft zu sein. Die Entwicklung des Festes seit der Einführung 2011 zeigt, dass solche Programme immer mehr Menschen anziehen und gleichzeitig die Diversität der muslimischen Bevölkerung Malmö sichtbar machen.

Meilensteine im Laufe der Zeit

2021

Das Fest wurde in einem sehr reduzierten Format digital über soziale Medien/Facebook ausgerichtet. Zudem haben wir mit der Stadt Göteborg zusammengearbeitet, die jedes Jahr ein ähnliches Programm zum Eid-Fest ausgerichtet. Am Tag des Eid wird unser Programm *Eid-firande för alla* über 10.000 Mal angesehen.

2019

Wir haben das Fest im Folkets Park ausgerichtet. Teilgenommen haben etwa 13.000 Besucher*innen und 20 Organisationen/Aussteller*innen, die insgesamt etwa 30 Ethnien vertraten. Das Fest wurde landesweit über eine Website, auf großen Werbeflächen in der Stadt Malmö und in verschiedenen arabischsprachigen Online-Zeitungen beworben.

2011

Das erste Eid-Fest wurde im Rosengårdscentrum ausgerichtet und zog etwa 750 bis 1.000 Besucher*innen und fünf teilnehmende Organisationen/Aussteller*innen an, die eine kleine Zahl von Ethnien vertraten.

4.7.2.3

Fasten brechen, Brücken bauen (Löwen, Belgien)



Viele Kommunalverwaltungen sind auf der Suche nach Ideen, wie sie mit der muslimischen Gemeinschaft in ihrer Stadt in Kontakt treten können. Sie unterstützen Aktivitäten und Veranstaltungen, die die Sichtbarkeit der muslimischen Gemeinschaft und ihres kulturellen und religiösen Erbes erhöhen. Das hat offensichtliche Vorteile, da so interkulturelle Kontakte und Dialoge gefördert werden, und man der Ignoranz gegenüber dem Islam und der muslimischen Gemeinschaft, die der Nährboden für unterschiedlichste negative und falsche Annahmen ist, die Stirn bietet. Dabei zeigen sich auch die Kernwerte des Islam und der muslimischen Gemeinschaft: Solidarität, Zugehörigkeitsgefühl, Offenheit.

Wenn man sich diese Initiativen kritisch ansieht (zumeist ist von ihnen im heiligen Monat Ramadan zu hören), könnte man sagen, dass sie ihr Ziel nicht wirklich erreichen. Diese Veranstaltungen stellen die religiösen Praktiken von Muslim*innen in den Fokus und exotisieren diese. Sie unterstreichen die Unterschiede zwischen Muslim*innen und Nicht-Muslim*innen auf stereotype Art und Weise und tragen durch ihren Fokus auf die Frage, wodurch sich Muslim*innen von Nicht-Muslim*innen unterscheiden, zum Othering bei. Solche Veranstaltungen verstärken die stereotype Vorstellung, dass sich der Alltag von Muslim*innen nur um Religion und spirituelle Praktiken dreht, und stellen somit ein „irrrationales Verhalten“ mit islamischer Inspiration in den Vordergrund. Natürlich stimmt es, dass religiösen Praktiken im Islam viel Bedeutung zukommt, aber der Islam und die Lebenswelten von Muslim*innen sind so viel mehr als das. Wenn wir den Rahmen

dieser Aktivitäten nicht ausweiten, um mehr Aspekte des Islam abzubilden – von denen viele auch Muslim*innen unbekannt sind –, dann lassen wir eine wichtige Chance ungenutzt.

Die Stadt Löwen unterstützt die Ausrichtung von Iftar (dem gemeinsamen Fastenbrechen im Fastenmonat Ramadan) durch die Moscheen der Stadt. Die Veranstaltung wird von den Moscheen in Zusammenarbeit mit Gesundheitsorganisationen, interkulturellen Organisationen und dem Stadtrat organisiert. Vor dem Fastenbrechen gab es viele runde Tische, bei denen zahlreiche Aspekte des Islam diskutiert wurden. Bei einem runden Tisch ging es um den Islam selbst (Was bedeutet der Islam für Muslim*innen? Was sind die zentralen Glaubenssätze?

Wie sieht die tägliche Praxis aus? Wie wird eine Moschee geleitet?). Bei einem zweiten und dritten runden Tisch ging es um islamische Perspektiven zum Thema Gesundheit. Bei einem ging es um eine breitere Perspektive (Was lehrt der Islam über Gesundheit? Wie lässt sich das in moderne Medizin übersetzen? Wie können sie sich gegenseitig stärken?). Bei dem letzten runden Tisch trat eine muslimische Frau auf, die eine Krebserkrankung überlebt hat, und den Teilnehmenden davon berichtete, welche Kraft sie in ihren religiösen Überzeugungen gefunden und welche Unterstützung sie in der muslimischen Gemeinschaft erfahren hat. Das Thema Gesundheit war von größter Relevanz, weil es sich um eine der ersten öffentlichen Zusammenkünfte nach der schweren Zeit der Corona-Pandemie-bedingten Lockdowns und Einschränkungen handelte.

Indem das Thema als Teil einer interreligiösen und interkulturellen Veranstaltung aufgegriffen wurde, konnten stereotype Herangehensweisen an den Islam in den Diskussionen verhindert werden. Das hat gezeigt, dass Muslim*innen dieselben Sorgen haben wie der Rest der Gesellschaft und nicht isoliert, einsam und allein auf einem weit entfernten Planeten leben. Auch wurde deutlich, dass der Islam eine intellektuelle Seite hat, die auch viel beitragen kann zu verschiedensten Themen jenseits von religiösen Praktiken und Spiritualität. Dieser Ansatz sorgte für echte Gleichstellung zwischen allen Teilnehmenden unabhängig von ihrem Hintergrund. Muslim*innen hatten die Chance, ihre Religion in all ihrer Diversität zu zeigen. Auch künftig wollen wir die Multidimensionalität des Islam darstellen und dazu beitragen, dass seine Erkenntnisse die öffentliche Debatte zu zahlreichen relevanten Themen bereichern können.

Natürlich stimmt es,
dass religiösen Praktiken im Islam viel
Bedeutung zukommt,
aber der Islam und
die Lebenswelten von
Muslim*innen sind
so viel mehr als das.

5

Kontakt- daten der Mitwirkenden

Beiträge von ECCAR-Städten

ECCAR-Städte	Adresse	Mitwirkende*r Autor*in
Barcelona (Spanien)	Direcció de Serveis de Drets de Ciutadania Passeig de Sant Joan, 75 7a planta exterior 08009 Barcelona Espania	dretsciutadania@bcn.cat
Berlin (Deutschland) Stanislawa Paulus	Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung Salzburger Straße 21-25 10825 Berlin Deutschland	poststelle@senjustva.berlin.de Stanislawa.Paulus@senjustva.berlin.de
Bologna (Italien)	U.I. Diritti, cooperazione e nuove cittadinanze Piazza Maggiore, 6 40124 Bologna Italia	cooperazionediritti@comune.bologna.it
Chemnitz (Deutschland) Ines Vorsatz	Stadtverwaltung Chemnitz Dezernat 3 Geschäftsstelle Kommunale Präventionsrat Düsseldorfer Platz 1 09111 Chemnitz Deutschland	kriminalpraevention@stadt-chemnitz.de Ines.Vorsatz@stadt-chemnitz.de

Göteborg (Schweden) Anna Thomasson	Göteborgs stad Stadeldningskontoret Gustav Adolfs Torg 4 404 82 Gothenburg Sverige	stadsledningskontoret@stadshuset.goteborg.se anna.thomasson@stadshuset.goteborg.se
Graz (Österreich) Daniela Grabovac	Antidiskriminierungsstelle Steiermark Andritzer Reichsstraße 38 8045 Graz Österreich	buero@antidiskriminierungsstelle.steiermark.at grabovac@adss.at
Heidelberg (Deutschland)	Stadt Heidelberg Amt für Chancengleichheit Bergheimer Straße 69 69115 Heidelberg Deutschland	chancengleichheit@heidelberg.de
Karlsruhe (Deutschland) Christoph Rapp	Stadt Karlsruhe Kulturamt Kulturbüro Fachbereich 2 Karl-Friedrich-Straße 14 – 18 76133 Karlsruhe Deutschland	christoph.Rapp@kultur.karlsruhe.de
Kortrijk (Belgien)	Dienst Welzijn Grote Markt 54 8500 Kortrijk België	welzijnsdienst@kortrijk.be
Leipzig (Deutschland)	Stadt Leipzig Referat für Migration und Integration 04092 Leipzig Deutschland	migration.integration@leipzig.de
Leuven (Belgien) Yassin Elattar	Afdeling diversiteit en gelijke kansen Stad Leuven Diestsesteenweg 104F 3000 Leuven België	diversiteit@leuven.be yassin.elattar@leuven.be

Malmö (Schweden)	Malmö Stad August Palms plats 1 SE-20580 Malmö Sverige	malmostad@malmo.se
Malin Martelius		malin.martelius@malmo.se
Jeppe Albers		jeppe@nordicsafecities.org
Andreas Hasslert		andreas.hasslert@ibnrushd.se
Malin Noven		malin.noven@ibnrushd.se
Rotterdam (Niederlande)	Team Inclusief Samenleven Afdeling Publieke Gezondheid, Welzijn & Zorg Gemeente Rotterdam Halvemaanpassage 90 3000LP Rotterdam Nederland	
Terrassa (Spanien)	Servei de Ciutadania (Ajuntament de Terrassa) Crt. de Montcada, 596 08223 Terrassa Espana	ciutadania@terrassa.cat
Sandra Astudillo		sandra.astudillo@terrassa.cat
Toulouse (Frankreich)	Mission égalité diversités de la Mairie de Toulouse 38, rue d'Aubuisson 31000 Toulouse France	mission.egalite@mairie-toulouse.fr
Serge Dolcemasclo		serge.dolcemasclo@mairie-toulouse.fr
Vienna (Österreich)	Stadt Wien Integration und Diversität Friedrich-Schmidt-Pl. 3 1080 Wien Österreich	post@ma17.wien.gv.at
Almir Ibric		almir.ibric@wien.gv.at
Karin König		karin.koenig@wien.gv.at
Zürich (Schweiz)	Stadt Zürich Stadtentwicklung Integrationsförderung Stadthausquai 17 8001 Zürich Schweiz	integrationsfoerderung@zuerich.ch

Beiträge von Expert*innen

Name	Kontakt	E-Mail
Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS)	LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit Rheinstr. 45, 1. Hof, Aufgang C, 3. Etage 12161 Berlin Deutschland	info@adas-berlin.de
Aliyeh Yegane		yegane@life-online.de
CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit	CLAIM // Allianz gegen Islam – und Muslimfeindlichkeit Friedrichstraße 206 10969 Berlin Deutschland	info@claim-allianz.de
Deutschsprachiger Muslimkreis Karlsruhe (DMK)	Kaiserallee 111 A 76185 Karlsruhe Deutschland	info@dmk-karlsruhe.de
Dr. Klaus Starl	Geschäftsstelle des Menschenrechtsbeirates der Stadt Graz Europäisches Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie (ETC Graz) Elisabethstraße 50B 8010 Graz Österreich	menschenrechtsbeirat@etc-graz.at
Dr.ⁱⁿ Amina Easat-Daas	De Montfort University The Gateway, Leicester LE1 9BH UK	amina.easat-daas@dmu.ac.uk
European Forum of Muslim Women (EFOMW)		info@efomw.eu
Dr. ⁱⁿ Sanja Bilic		sanja.bilic@efomw.eu

European Network Against Racism (ENAR)		info@enar-eu.org julie@enar-eu.org
Julie Pascoët		
Fair Mieten Fair Wohnen (FMFW)	UP19 Stadtforschung + Beratung GmbH	christiane.droste@fairmieten-fairwohnen.de
Dr. ⁱⁿ Christiane Droste	Geusenstraße 2	
Remzi Uyguner	10317 Berlin Deutschland	remzi.uyguner@fairmieten-fairwohnen.de
Forum of European Muslim Youth and Student Organisations (FEMYSO)	Rue Archimede 50 BE-1000 Bruxelles Belgique	head.campaigns@femyso.org
IDEM Rotterdam	Grotekerklein 5 3011 GC Rotterdam 010 – 411 39 11 Postbus 1812 3000 BV Rotterdam Nederland	b.fiere@radar.nl
Moschee Herne-Röhlinghausen	Die Islamische Gemeinde Herne – Röhlinghausen	info@ig-ev.de
Tuncay Nazik	Rheinische Straße 25 44651 Herne Deutschland	
Muslimische Akademie Heidelberg	Muslimische Akademie Heidelberg i.G.	leyla.jagiella@teilseiend.de
Leyla Jagiella	Willy-Brandt-Platz 5 69115 Heidelberg Deutschland	
Nicole Erkan		nicoleerkan1979@gmail.com
Prof. Peter Hopkins	Daysh Building, Room 3.35 Newcastle University, Newcastle Upon Tyne UK NE17RU	peter.hopkins@ncl.ac.uk

Alle Anfragen bezüglich der bewährten Maßnahmen, die in diesem Leitfaden vorgestellt werden, dürfen gerne an die ECCAR-Geschäftsstelle gerichtet werden.

ECCAR-Geschäftsstelle
c/o Stadt Heidelberg
Bergheimer Straße 69
69115 Heidelberg
Deutschland
office@eccar.info

6

Fußnoten

- I. **ECRI (Europarat), Stellungnahme zum Konzept der „Rassifizierung“** (angenommen in der 87. Plenartagung der ECRI am 8. Dezember 2021), <https://rm.coe.int/ecri-opinion-on-the-concept-of-racialisation/1680a4dcc2>
- II. **Farah Elahi and Omar Khan (Hg.), Islamophobia: Still A Challenge for Us All**, (London: Runnymede, 2017), <https://www.runnymedetrust.org/publications/islamophobia-still-a-challenge-for-us-all>
- III. **ENAR, Forgotten Women: The Impact of Islamophobia on Muslim Women**, (Brüssel: ENAR, 2016), https://www.enar-eu.org/wp-content/uploads/forgottenwomenpublication_lr_final_with_latest_corrections.pdf
- IV. **Irene Zempi und Neil Chakraborty, Islamophobia, Victimisation, and the Veil** (Hampshire: Palgrave Macmillan, 2014).
- V. **“Tell MAMA”**, abgerufen am 14. November 2022, [About Us \(tellmama.org\)](http://www.tellmama.org)
- VI. **“Wien - Stadt der Menschenrechte“**, Stadt Wien, abgerufen am 10. November 2022, <https://www.menschenrechtsstadt.wien.at>
- VII. **Tell MAMA, The Impact of the Christchurch Terror Attack. Tell MAMA Interim Report 2019** (London: Faith Matters, 2020), <https://www.tellmama.org/wp-content/uploads/2020/03/The-Impact-of-the-ChristChurch-Attack-Tell-MAMA-Interim-Report-2019-PP.pdf>
- VIII. **Iner Derya (Hg.), Islamophobia in Australia Report III (2018-2019)**, (Sydney: Charles Sturt University and ISRA, 2019), <https://www.isra.org.au/wp-content/uploads/2022/03/Islamophobia-Report-3-2022-LR-Spreads-RA.pdf>
- IX. **ECRI (Europarat), Allgemeine Politikempfehlung Nummer 5 (revidiert) der ECRI zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen**, (Straßburg: ECRI, Europarat, 2022), <https://rm.coe.int/ecri-general-policy-recommendation-no-5-revised-on-preventing-and-comb/1680a5db32>
- X. **Ian Law, Amina Easat-Daas, and Salman Sayyid, Counter-Islamophobia Toolkit: Briefing Paper and Toolkit of Counter-Narratives to Islamophobia** (Leeds: CERS, University of Leeds, 2018).
- XI. **Nadya, Ali and Ben, Whitham, “Racial Capitalism, Islamophobia and Austerity,” International Journal of Political Sociology 15, (2021): 190 – 211**, DOI: 10.1093/ips/olaa023
- XII. **Amina, Easat-Daas, Muslim Women’s Political Participation in France and Belgium** (Cham: Springer Nature, 2020).
- XIII. **Ian Law, Amina Easat-Daas, and Salman Sayyid, Counter-Islamophobia Toolkit: Briefing Paper and Toolkit of Counter-Narratives to Islamophobia** (Leeds: CERS, University of Leeds, 2018, <https://dora.dmu.ac.uk/bitstream/handle/2086/19144/2018.09.03%20CIK%20Final.pdf?sequence=1>.
- XIV. Daniel G. Solórzano and Tara J. Yosso, **“Critical race methodology:**

- Counter-storytelling as an analytical framework for education research,”** Qualitative inquiry 8 no. 1 (2002): 23-44, DOI: 10.1177/107780040200800103.
- XV. Gert Pickel, **Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie. Wie sich religiöse Pluralität auf die politische Kultur auswirkt, Religionsmonitor, verstehen was verbindet**, (Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2019), https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Religionsmonitor_Vielfalt_und_Demokratie_7_2019.pdf
- XVI. **Migrantenbeirat Stadt Leipzig, Verurteilung von und Engagement gegen jede Form von antimuslimischem Rassismus und Islamfeindlichkeit**, VII-A-00689, <https://www.leipzig.de/news/news/beschl%C3%BCsse%20oder%20stadtratssitzung%20vom%208.%20und%209.%20juli%202020>
- XVII. **Bundespräsident Christian Wulff, Rede zum Jahrestag der Deutschen Einheit**, 3 October 2010, www.bundespraesident.de: Der Bundespräsident / Speeches / Speech to mark the Twentieth Anniversary of German Unity
- XVIII. Detlef Pollack, **“Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in ausgewählten Ländern Europas: Erste Beobachtungen”**, In: Detlef Pollack, Olaf Müller, Gergely Rosta, Nils Friedrichs and Alexander Yendell (Hg.), **Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa**, –34 (Wiesbaden: Springer, 2014)
- XIX. Alle Koranstellen dieses Beitrags wurden der deutschen Übersetzung von Amir Zaidan entnommen.
- XX. **„Observatorio de las discriminaciones en Barcelona“**, Stadt Barcelona – Oficina por la No Discriminación, abgerufen am 10. November 2022, <https://ajuntament.barcelona.cat/oficina-no-discriminacio/en/discriminacion-observatory>
- XXI. **Ajuntament de Barcelona, Informe del Observatorio de las Discriminaciones en Barcelona**, (Barcelona: Ajuntament de Barcelona, 2021), <https://ajuntament.barcelona.cat/oficina-no-discriminacio/sites/default/files/Informe%20OND%202020%20EN.pdf>
- XXII. Siehe auch Kapitel 4.2.2.2
- XXIII. **“Online-Hassreport Österreich: Explosion von Hass und Radikalisierung im Netz durch Corona“**, Antidiskriminierungsstelle Steiermark, abgerufen am 10. November 2022, <https://www.antidiskriminierungsstelle.steiermark.at/cms/beitrag/12816497/162294838>
- XXIV. **“Religious Education in Finland”**, Suomen uskonnonopettajain liitto ry, abgerufen am 10. November 2022, <https://www.suol.fi/index.php/uskonnonopetus-suomessa/religious-education-in-finland>

Über die Herausgeber*innen



Dr.ⁱⁿ Linda Hyökki

Dr.ⁱⁿ Linda Hyökki arbeitet seit Juni 2021 als Koordinatorin der ECCAR-Arbeitsgruppe zu antimuslimischem Rassismus. Sie schrieb ihre Doktorarbeit im Bereich Zivilisationsstudien an der İbn Haldun Üniversitesi in Istanbul über die Erfahrungen muslimischer Konvertit*innen mit antimuslimischem Rassismus in Finnland, ihrem Heimatland.

Als Wissenschaftlerin, Schulungsleiterin und Beraterin ist sie freiberuflich an diversen Projekten in den Bereichen antimuslimischer Rassismus und europäische muslimische Minderheiten beteiligt. Zuvor arbeitete sie für das Islamic Cooperation Youth Forum (Jugendforum Islamische Kooperation) als internationale Projektmitarbeiterin und war als leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin am İslam ve Küresel İlişkiler Merkezi (Zentrum für islamische und globale Angelegenheiten) der İstanbul Sabahattin Zaim Üniversitesi tätig.



Danijel Cubelic

Danijel Cubelic ist seit 2020 Vizepräsident der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Er ist Leiter des Amtes für Chancengleichheit der Stadt Heidelberg und lehrt im Bereich Gender and Diversity Studies an der Universität Heidelberg und der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW). Nach einem Studium der Religionswissenschaft, Islamwissenschaft und Kulturanthropologie in Heidelberg, Bochum, Damaskus und Aleppo hatte Danijel Cubelic eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien der Ruhr-Universität Bochum und am Institut für Religionswissenschaften der Universität Heidelberg inne. Von 2011 bis 2021 war er Koordinator der Arbeitsgruppe Islam bei der Deutschen Vereinigung für Religionswissenschaft.

